blätter des iz3w

nr. 38 sept/okt. 74

Hrsg: Informationszentrum Dritte Welt (iz3w)
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, F. Bammel, S. Bartels, R. Beckert, I. Berghanner, G. Cremer, G. Erhard, E.-H. Flammer, J. Geue, F. Hemmerich, E.-L. Iskenius, S. Lindemann, B. Merk, H. Pöttker, P. Riedesser, J. Rösel, A. Sommerfeld, B. Stein, W. Witzel. Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a.
Konten: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.
Jahresabonnement bei 10 Nummern im In- und Ausland DM 18,- öS 135,- Sfr. 20,-. Luftpostgebühren auf Anfrage.
Einzelpreis dieser Einfachnummer DM 1,90 öS 14,- Sfr 2,10

KAPVERDISCHE INSELN

Hungersnot

Wir veröffentlichen untenstehend einen Aufruf des Komitee Südliches Afrika Heidelberg, dem sich die Redaktion der "blätter des iz3w" anschließt.

SPENDENAUFRUF ZUM KAMPF GEGEN DIE HUNGERSNOT AUF DEN KAPVERDISCHEN INSELN

Am Montag, den 12. August 74, erkannte die Bundesrepublik Deutschland die Republik Guinea-Bissau als unabhängigen Staat an. Aber noch vor kurzer Zeit haben die BRD und andere NATO-Länder durch Waffenlieferungen die Herrschaft des Kolonialismus über die afrikanischen Völker von Guinea-Bissau, Angola und Mozambique ebenso wie die Herrschaft des Faschismus über das portugiesische Volk selbst unterstützt. Schon vor einem Jahr, am 24. Sept. 73, wählte sich das Volk von Guinea-Bissau in freier und geheimer Wahl eine eigene Regierung und schuf sich eine eigene Verfassung. Seine Nationalversammlung erklärte die Unabhängigkeit der Republik Guinea-Bissau. Gleichzeitig erklärte es seine Solidarität mit dem unterdrückten portugiesischen Volk; in der Tat wurde der erfolgreiche Freiheitskampf der afrikanischen Völker ausschlaggebend für das portugiesische Volk, sich selbst am 25. April 74 vom Faschismus befreien zu können.

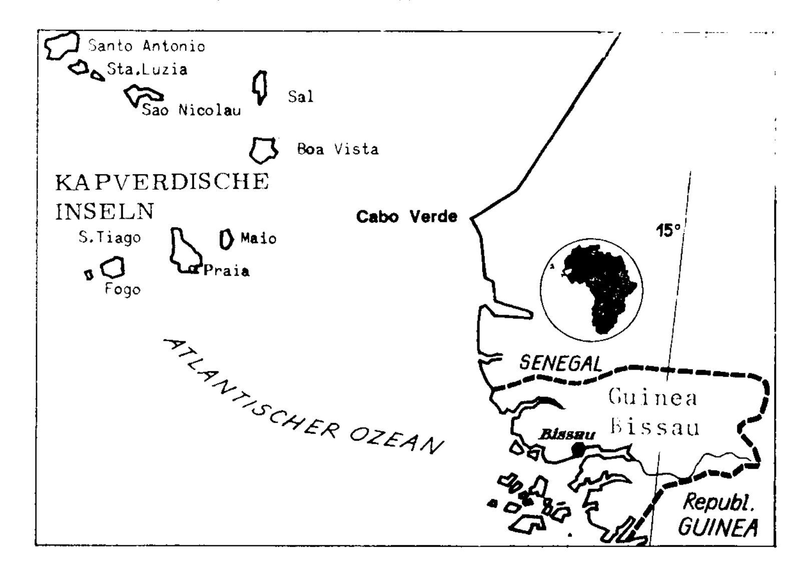
Die afrikanischen Völker mußten erst ein Jahrzehnt für ihre Freiheit kämpfen; 90 Staaten mußten erst die unabhängige Republik Guinea-Bissau anerkennen; das portugiesische Volk mußte erst vom Faschismus frei sein und selbst das Recht der afrikanischen Völker auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung anerkennen: dann erst sahen sich die ehemaligen Verbündeten des portugiesischen Faschismus, die waffenliefernden EG-Staaten, darunter auch die BRD, zur Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau gezwungen.

Noch immer aber leiden die Kapverdischen Inseln unter der Herrschaft des Kolonialismus. Ihnen wird die Unabhängigkeit und die Einheit mit der Republik Guinea-Bissau vorenthalten. Dennoch kämpft das Volk hier wie dort unter der Führung ein und derselben Partei um die vollständige Beseitigung des Kolonialregimes und die Einheit von beiden Gebieten.

Die NATO-Länder und die BRD unterstützen noch die Herrschaft des Kolonialismus über die Kapverdischen Inseln. Denn die NATO will ihre Stützpunkte auf den Kapverden nicht aufgeben, weil sie von dort die atlantische Küste Afrikas kontrollieren und beherrschen kann. Mit BRD-Steuergeldern und NATO-Mitteln werden auf den Kapverden der Flughafen von Sal ausgebaut, der Marine-Infanteriestützpunkt von Ribeira de Juliao errichtet und modernste Fernmeldezentren finanziert.

Das Volk von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln will überhaupt keine Stützpunkte irgendeiner fremden Macht im eigenen Lande haben. Es wird sich nicht spalten lassen in ein freies und ein unterdrücktes Gebiet; sondern es verlangt vollständige Unabhängigkeit und freie Hand für den Aufbau des Landes.

KAPVERDISCHE INSELN



Schon während der langen Jahre seines bewaffneten Kampfes, ganz besonders aber nach der Unabhängigkeitserklärung der Republik Guinea-Bissau hat das Volk von Guinea-Bissau unter der Führung der PAIGC (der Afrikanischen Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den Kapverdischen Inseln) neue Strukturen in dem Gesundheitswesen, der Erziehung, der Wirtschaft und Verwaltung von Guinea-Bissau aufgebaut und ständig ausgebaut. Im Februar 74 hat das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen der Republik Guinea-Bissau einen ersten, sehr ein-

drucksvollen Bericht über den Stand des Wiederaufbaus des Landes vorgelegt. Der Bericht ist jetzt auch in der BRD erhältlich.

Aber die Bevölkerung der Kapverdischen Inseln steht noch direkt unter portugiesischer Kolonialherrschaft. Das hat verheerende Folgen für die Bevölkerung. Ein UNO-Sonderkomitee untersuchte die Situation auf den Kapverdischen Inseln und verabschiedete am 5. April 74 eine Resolution, in der es unter anderem heißt: "... Das Sonderkomitee... ist sehr beunruhigt über die kritische Lage in diesem Gebiet, wo als Folge der von Portugal verfolgten Politik der Kolonialherrschaft und der Unterdrückung sowie als Folge der Tatsache, daß dieses Land weiterhin kein Interesse am Wohlergehen der Bevölkerung zeigt, die Bevölkerung dieses Gebietes schwer an Hunger, Unterernährung und Krankheiten leidet... Die Ursache dafür liegt in einer sich über mehrere Jahre erstreckenden Trockenheit, gegen die von seiten der portugiesischen Behörden keine wirksamen Maßnahmen ergriffen wurden. (Das Sonderkomitee) nimmt mit großer Besorgnis die verzweifelte Lage zur Kenntnis, in der sich Tausende von ausgewanderten Kapverdianern befinden, von denen die Mehrheit zum Verlassen ihres Landes gezwungen wurden, vorwiegend wegen der in diesem Gebiet herrschenden Armut und den schwierigen Lebensbedingungen, die eine unmittelbare Folge der portugiesischen Kolonialausbeutung sind... (Das Sonderkomitee) verurteilt die Versuche der portugiesischen Regierung, die darauf abzielen, der NATO die Kapverdischen Inseln zur Ausnutzung ihrer militärischen Zwecke anzubieten..."

Mit einem dringenden Appell wendet sich die PAIGC an alle Menschen in der Bundesrepublik, aus humanitären wie aus politischen Gründen die verheerenden Folgen des Kolonialregimes über die Kapverdischen Inseln zu bekämpfen; die PAIGC bittet um finanzielle und materielle wie auch sanitäre Unterstützung, damit sie effektiv gegen eine schon seit mehr als vier Jahren herrschenden Hungersnot und eine jetzt aufgetretene Cholera-Epidemie auf den Inseln auftreten kann. Die Hungersnot, durch die das Leben von Zehntausenden von Bewohnern der Inseln bedroht ist, ist eine Folge der Dürre, die sich über die gesamte Sahel-Zone erstreckt. - Schon 1971 gab Amilcar Cabral, der von Portugiesen ermordete Generalsekretär der PAIGC, auf einer Pressekonferenz in Stockholm bekannt, daß das Volk auf den Kapverdischen Inseln von einer unvorstellbaren Hungersnot und unbeschreiblichem Elend bedroht ist. Während die internationale humanitäre Hilfe andere afrikanische Länder der Sahel-Zone erreichte, lehnte das damalige faschistische und kolonialistische Regime Caetano die angebotene internationale humanitäre Hilfe ab. Statt dessen organisierte die portugiesische Regierung die Emigration der kapverdischen Bauern und Arbeiter nach Portugal. Dort waren ihr Lohn, ihre Arbeitszeit, die Art der Arbeit, ihre Wohnverhältnisse, ihre Ernährung und die sanitären und hygienischen Bedingungen von äußerstem Elend gekennzeichnet. Damit wollte die Regierung Caetano die chronische Hungersnot auf den Kapverdischen Inseln vertuschen; zweitens den großen Mangel an Arbeitskräften in Portugal selbst (bedingt durch die Emigration der portugiesischen Arbeiter in andere westeuropäische Länder) durch billige Kapverdianer ersetzen; und drittens die Organisation der PAIGC auf den Kapverdischen Inseln schwächen.

Selbst nach dem Sturz des faschistischen Regimes Caetano nimmt das Elend des kapverdianischen Volkes auf den Inseln immer bedrohlichere Ausmaße an. Darüber hinaus werden die kapverdianischen Arbeiter, die vorher zur Emigration nach Portugal gezwungen wurden, jetzt massenhaft entlassen.

Die Bürger der Bundesrepublik haben jetzt die Gelegenheit, die Republik Guinea-Bissau in ihrem Wiederaufbau des Landes und die PAIGC in ihrem Kampf gegen die Hungerkatastrophe auf den kapverdischen Inseln zu unterstützen. Wie sie schon in Guinea-Bissau bewiesen hat, ist die PAIGC nicht nur bereit, sondern auch fähig, effektive Hilfsmaßnahmen gegen Hunger und Cholera auf den Kapverden zu organisieren. Sie braucht aber Ihre finanzielle und materielle Hilfe.

Nach unserer Meinung sollte jede gespendete DM auch als ein politischer Protest verstanden werden gegen die Waffenlieferungen der BRD an das frühere faschistische Kolonialregime Portugals, wie auch gegen das Festhalten und den Ausbau des NATO-Stützpunktes auf den kapverdischen Inseln.

Bitte überweisen Sie Ihre Finanzspende an:

Postscheckkonto Karlsruhe
Nr. 95 292/754
Komitee Südl. Afrika/69 HD
Stichwort "Capverden"

Informationen über die kapverdischen Inseln, eine Langspielplatte der PAIGC mit Freiheitsliedern von den kapverdischen Inseln sowie ein Bericht der Republik Guinea-Bissau über den Wiederaufbau des Landes können bestellt werden bei dem Komitee Südliches Afrika, 69 HD, Postfach 103368.

CHRONIK DER ABHÄNGIGEN WELT:

MITTE JULI BIS MITTE SEPTEMBER

AFRIKA

22.8.74 (NZZ)
Die Kirchenleitung der "Vereinigten Lutherischen Kirchen Deutschlands" empfiehlt ihren Mitgliedskirchen, von einer Unterstützung des Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus (Weltkirchenrat) abzusehen. Begründung: Das Antirassismus-Programm ermutige zur Anwendung von Gewalt.

1.9.74 (NZZ)
Neuere Zahlen der UNO-Wirtschaftskommission für Afrika (ECA) zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas (ohne südliches Afrika) im Verlauf der Jahre 1972 und 73: Gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate des Kontinents 1972: 5,4 % / 1973: 4 %; ein vom Durchschnitt nach oben abweichendes Wachstum verzeichnen für 1972 die Länder: Algerien, Tunesien, Lybien, Nigeria, Gabon, Botswana, Malawi, Mauritius und Swaziland (Wachstumsraten bei 6 % oder auch darüber); Bevölkerungszuwachsrate für 1972: durchschnittlich bei 2,8 %; Handelsbilanz des Kontinentes für 1972: Export in Höhe von 14,2 Mrd. Dollar (Zuwachsrate: 7 %) / Importe in Höhe von 12,4 Mrd. Dollar (Zuwachsrate: 7 %); für 1972 also ein Handelsbilanzüberschuß von 1,8 Mrd. Dollar; endgültige Zahlen für 1973 liegen diesbezüglich noch nicht vor; die ECA rechnet jedoch mit einem negativen Handelsbilanzabschluß und nennt als einen wesentlichen Grund dafür die 1973 für Afrika wieder verstärkt wirksame Verschlechterung der "Terms of Trade". Durchschnittliches industrielles Wachstum 1972: 5,7 % (damit liegt der Anteil der afrikanischen Länder an der Weltindustrie-Produktion unverändert bei 0,6 %).

Afar und Issa (Französisch Somaliland)

3.8.74 (NZZ)
Frankreich beabsichtigt, seine militärische Präsenz in Schwarzafrika weiter zu verstärken. Zu dem Zweck sollen die in und um Djibouti (am Ausgang des Roten Meers) stationierten französischen Land- und Seestreitkräfte personell verstärkt und auf eine modernere Waffentechnik umgerüstet werden. Damit wird die in den letzten Monaten zu beobachtende Waffenkonzentration im nördlichen Teil Ostafrikas weiter zunehmen (die USA betreibt seit längerer Zeit eine massive Aufrüstung Äthiopiens, während die Sowjetunion neuerdings militärisch verstärkt in Somalia präsent ist).
Die vorweg genannte Hafenstadt Djibuti liegt auf dem Territorium des noch von Frankreich in kolonialer Abhängigkeit gehaltenen Stammesgebiet der Afar- und Issa-Völker. Zur dortigen französischen Kolonialherrschaft merkt ein Kenner der Verhältnisse in der FR vom 16.7. an: "... Frankreich hält hier eine Herrschaft nur mit brutalsten Methoden traditioneller Kolonialpolitik gegen den massiven Widerstand der Bevölkerung aufrecht. Blutige Massaker, Deportationen, Liquidierung der Führer der PMP (Populair Movement Party), wahllose Verhaftungen, völliger Mangel an Bildungschancen für die einheimische Bevölkerung, Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit kennzeichnen die Situation".

Äthiopien

(siehe im Anschluß an die Chronik den Artikel zum Thema: "Chronik-Anmerkungen zum Sturz Kaiser Haile Selassies")

Portugiesische Kolonien

(siehe Artikel im Anschluß an die Chronik: "Portugal und portugiesische Kolonien - Fortschreibung der Ereignisse")

Rhodesien

(vgl. auch im Anschluß an die Chronik: "Rhodesien - Zur gegenwärtigen Lage")

27.7.74 (NZZ)
Die rhodesische Regierung plant eine sog. Umsiedlungsaktion für den im Nordosten Rhodesiens ansässigen Chiwesche-Stamm. Das Stammesgebiet der Chiwesche gilt als das Hauptoperationsfeld der Befreiungsbewegung ZANU. Von der "Umsiedlungs"-Aktion sind 60 000 Personen betroffen. Sie werden zwangsweise in sog. Wehrdörfern untergebracht. Unter "Wehrdörfern" sind Barackensiedlungen zu verstehen, die nach außen hin durch Stacheldrahtzaun und Flutlichtring abgeschirmt sind.

6 Wochen später kündigt die Regierung eine weitere Aktion dieser Art an: Diesmal sind die 16 500 Angehörigen des Madziwa-Stammes (gleichfalls Nordost-Region) betroffen (FR vom 10.9.).

Kommentar eines Arztes im Chiwesche-Bezirk zu der dort inzwischen angelaufenen Zwangsumsiedlung: "Das Ganze ist, wie wenn man Tiere aufsammelt und sie von einem Feld zum anderen bringt" (FR vom 10.9.).

31.7.74 (SZ)
In den vorzeitig angesetzten Parlamentswahlen gewann die Partei von Premierminister Smith, die "Rhodesische Front", einen Stimmenanteil von 75 %. Da die oppositionelle "Rhodesische Partei" (gemäßigt fortschrittliche Partei, die für eine stärkere politische Repräsentanz der Schwarzenbevölkerung in Rhodesien plädiert) in allen Wahlkreisen des Landes der Rhodesischen Front unterlegen ist, fallen alle 50 "weißen" Parlamentssitze der Smith-Partei zu. Von den 16 Parlamentssitzen, die dem afrikanischen Bevölkerungsteil vorbehalten sind, gingen 3 Sitze an Kandidaten des ANC und 5 an sog. unabhängige Kandidaten. Die übrigen 8 Sitze teilen die Häuptlinge der verschiedenen Stämme des Landes unter sich auf. Wie in den vorangegangenen Wahlen, waren bei einer potentiellen Wahlbevölkerung von annähernd zweieinhalb Millionen nur 7000 Afrikaner zur Wahl zugelassen.

Der ANC (African National Council) hatte, in Reaktion auf das Scheitern der Ende letzten Jahres mit der Smith-Regierung geführten Verhandlungen um eine Vergrößerung des Sitzanteils von Afrikanern im rhodesischen Parlament, seine Parteimitglieder zu einem Boykott der Wahlen aufgerufen. Den 6 ANC-Mitgliedern, die sich dessen ungeachtet als Kandidaten aufstellen ließen, droht inzwischen ein Partei-Ausschlußverfahren (NZZ vom 18.9.).

2.8.74 (FR)
Eine von Mitgliedern des Auswärtigen Amtes und dem BMZ gebildete Kommission will sich in der BRD darum bemühen, die, wie es heißt, "Gesetzeslükken zu stopfen", die es deutschen Ex- und Importeuren bislang möglich machten (unter Mißachtung des UNO-Boykotts) Handel mit Rhodesien zu treiben. 1973 erreichten die statistisch erfaßten Ausfuhren nach Rhodesien ein Volumen von 6,2 Mill. DM (Einfuhren: 2,4 Mill. DM).

Die genannte Kommission, die auf massiven Druck der UNO hin gebildet worden sein soll, will auch die Vorgänge um den Bau eines rhodesischen Stahlwerks untersuchen, an dem 2 deutsche Stahlunternehmen mit hohem Kapitaleinsatz beteiligt sind (vgl. Chronik Heft 36/37).

9.8.74 (NZZ)
Alle südafrikanischen Polizisten, die jünger als 50 Jahre alt sind, sollen 3-6 Monate Dienst an der, wie es heißt, Grenze nach Rhodesien leisten. Da die zur "Grenze nach Rhodesien" eingesetzten Polizei- und Militäreinheiten zeitweilig mehr auf rhodesischem als auf südafrikanischem Territorium operieren, drückt die südafrikanische Regierung in diesem Beschluß offenbar auch die Absicht aus, sich stärker noch als bisher in den Guerilla-Abwehrkrieg der rhodesischen Regierung einzuschalten.

Wieweit dieses Engagement jetzt schon fortgeschritten ist, zeigen die in den vergangenen Wochen sich häufenden Meldungen über südafrikanische Polizisten, die, wie es offiziell heißt, "bei der Erfüllung ihrer beruflichen Mission" in Rhodesien ums Leben gekommen sind.

Dunkle Wege Die Zeit, 26.7.74

Trotz aller Sanktionen gelangen sowjetische Kugellager auf geheimnisvollen Wegen nach Rhodesien. Wie die „Financial Mail" in Johannesburg meldet, werden die Kugellager offenbar von der Magra GmbH in Hattersheim nach Rhodesien geliefert. Es ist unbekannt, ob die Sowjets von diesen Lieferungen wissen.

Sahelzone

Nach einer 6 Jahre anhaltenden Dürre werden aus der Sahelzone erstmals wieder anhaltende Regenfälle gemeldet. Da diese Regenfälle stellenweise den Charakter von sintflutartigen Regenstürmen angenommen haben, droht in einigen Gebieten die ohnehin nur zögernd angelaufene Versorgung der hungernden Bevölkerung (Korruption, schlechte Verkehrsbedingungen) wieder gänzlich zusammenzubrechen (FR vom 30.8.).

Spanisch Sahara

Die südlich von Marokko am atlantischen Ozean gelegene spanische Kolonie Spanisch Sahara ist zum Gegenstand eines internationalen Konfliktes geworden: Während Spanien immer noch zögert, den rund 250 000 arabischen und berberischen Einwohnern dieses 260 000 km² umfassenden Gebietes die volle politische Autonomie zu gewähren, melden die anliegenden Staaten Marokko, Algerien und Mauritanien immer entschiedener Ansprüche auf eine Annektion der Kolonie an. Das Interesse der 4 um die staatliche Oberhoheit über Spanisch Sahara konkurrierenden Staaten gilt vor allen Dingen den reichhaltigen Phosphatvorkommen im Gebiet von Rio de Oro. Algerien ist darüber hinaus auch an der Möglichkeit interessiert, sich über eine Einverleibung Spanisch Saharas einen Zugang zum Atlantischen Ozean zu verschaffen. In dem genannten Streit tritt zur Zeit insbesondere Marokko offensiv in Erscheinung: Die marokkanische Regierung ließ bereits eine Demonstration von Bewohnern Spanisch Sa-

-aras organisieren, die einen Anschluß der Kolonie an Marokko forderten (NZZ vom 31.7. / FR vom 23.8.).

Südafrikanische Republik

26.7.74 (SZ)
Zwei schwedische Journalisten beschuldigen südafrikanische Soldaten, in Reaktion auf eine militärische Aktion der im Norden Namibias operierenden Befreiungsbewegung SWAPO im September letzten Jahres die Bewohner eines Dorfes im Kahanga-Distrikt (Caprivi-Landzipfel im nördlichen Namibia) massakriert zu haben. Dem Massaker, über dessen Spuren die Journalisten dem schwedischen Fernsehen ausgiebiges Filmmaterial vorgelegt haben, sollen 105 Afrikaner zum Opfer gefallen sein. Die Neue Züricher Zeitung äußert allerdings Zweifel an der Authentität des Filmmaterials. Sorgfältige Nachforschungen eines Redakteurs der Zeitung an Ort und Stelle hätten die Beschuldigungen der genannten Journalisten nicht bestätigen können (NZZ vom 28.8.).

2.8.74 (FR)
Eine Untersuchung des "Christlichen Instituts" in Südafrika weist nach, daß die schwarzen Angestellten der deutschen Schule in Johannesburg einen Stundenlohn erhalten, der durchschnittlich um 40 % unter der regierungsamtlichen Mindestlohngrenze ("Poverty-Line") liegt. In der Mindestlohngrenze ist eine Lohnuntergrenze errechnet, die einer 6-köpfigen Familie (in Südafrika die Regel) das "reine Überleben" (FR) sichert.

"Die Mängel eines ungebildeten Menschen werden durch die Zwanglosigkeit, mit der man ihn dank seiner einfachen Verfassung und Ignoranz als wirtschaftliches Aktivum ausbeuten kann, wieder ausgeglichen."
Christian Express, 19o7
zit. nach M. Braun, Das schwarze Johannisburg, Frankfurt 1973

5.8.74 (NZZ)
Die Nationalkonferenz des südafrikanischen Kirchenrates hat eine Resolution verabschiedet, in der alle dienstpflichtigen Kirchenmitglieder aufgefordert werden, den Militärdienst zu verweigern. Die Konferenz leitet diese Forderung aus einem von ihr erarbeiteten Thesenpapier ab, in dem es u.a. wörtlich heißt: "... in der Republik Südafrika (besteht) eine grundsätzlich ungerechte und diskriminierende Gesellschaftsordnung, und diese Ungerechtigkeit und Diskriminierung (stellt) die primäre, institutionalisierte Gewalt dar, die erst die Gegengewalt der Terroristen oder Freiheitskämpfer ausgelöst hat" (vollständiger Wortlaut des Konferenzpapiers siehe in diesem Heft Seite).



Hinweis:

Aus technischen Gründen kann dieser Nummer der "Blätter des iz3w" das angekündigte Register nicht beigelegt werden. Aber: die nächste Ausgabe kommt bestimmt!

14.8.74 (FR)
Unter Heranziehung eines speziell für diesen Zweck Mitte des Jahres erlassenen Gesetzes (Affected Organisations Act) hat das südafrikanische Parlament die "Nationale Südafrikanische Studenten Union", das "Christliche Institut", das "Institut für Rassen- und Religionsfragen" und die "Organisation für ein christliches Ziel in einer Gesellschaft der Apartheid" zu "subversiven" Organisationen erklärt. Den genannten Organisationen droht jetzt, von der Regierung verboten zu werden. Es ist zu vermuten, daß dieser Schritt des Parlaments in Verbindung mit der vom südafrikanischen Kirchenrat in der Vorwoche verabschiedeten Anti-Apartheid-Resolution steht.

19.8.74 (FR)
Die südafrikanische Regierung will im Haushaltsjahr 1974/75 ihren "Verteidigungs"-Etat um fast 50 % auf umgerechnet rund 2,8 Mrd. DM erhöhen. Das Hauptgewicht der Mehrausgaben soll auf die Landstreitkräfte entfallen (um 100 %). Diese beabsichtigte Ausgabensteigerung und die Einführung verschiedener technischer Neuerungen verraten nach Meinung der FR die Furcht der südafrikanischen Regierung vor einem auch nach Südafrika übergreifenden Guerilla-Krieg afrikanischer Widerstandskämpfer.

5.9.74 (FR)
England und die SAR führen am Kap der Guten Hoffnung im Rahmen des sog. Simonstown-Abkommens eine gemeinsame Seeübung durch. Das Simonstown-Abkommen verpflichtet im Kriegsfall England und die SAR zu einer gemeinsamen Verteidigung der Kap-Seeroute. Das genannte Abkommen ist in der Labour-Party in England stark umstritten. Wenn sich die Wilson-Regierung nun doch entschlossen hat, das Abkommen weiterhin zu respektieren, so gehorcht sie darin nach Angaben der NZZ (7.9.) dem Druck ihres NATO-Partners USA (zum Engagement der NATO im südlichen Afrika vgl. in diesem Heft: UN-Dokument zum Thema "Die NATO auf dem Wege...").

ARABISCHE LÄNDER UND VORDERASIEN

28.8.74 (NZZ)
Die französische Regierung beschließt eine Lockerung des von ihr Mitte 1967 gegenüber den Staaten des Nahen Osten verhängten Waffenembargos.

13.9.74 (FR)
Die Regierungen ölproduzierender Länder zeigen auf den internationalen Kapitalmärkten erstes Kaufinteresse: So erhielt Anfang September die amerikanische First National City Bank von einem, wie sie erklärt, "kleineren Ölstaat" eine Vollmacht zum Erwerb von Aktien in Höhe von rund 100 Mill. Dollar. Weiter ist in diesem Zusammenhang auf die jüngst erfolgte Umverteilung des Aktienkapitals des italienischen Chemiekonzerns "Montedison" (175 000 Beschäftigte, 10 Mrd. DM Jahresumsatz) hinzuweisen. Entgegen anderslautenden Angaben des Unternehmens selbst vermuten Kenner der Branche, daß sich hinter dem neuen Mehrheitsaktionär des Konzerns der Schah von Persien verborgen hält.

Algerien

7.8.74 (SZ)
Nach einem im April dieses Jahres getroffenen Abkommen werden erstmals auch 500 algerische Gastarbeiter in der DDR arbeiten.

Iran

18.7.74 (NZZ/SZ)
Der Iran übernimmt etwa ein Viertel (25,4 %) des mit 573 Mill. DM angegebenen Grundkapitals der Friedrich Krupp Hüttenwerke, Bochum. Darüber hinaus ist zwischen Krupp und der iranischen Regierung die Gründung einer von beiden Seiten getragenen Investitions-Gesellschaft vertraglich vereinbart. Diese soll gemeinsame Industrie-Projekte fördern und auf ausländischen Kapitalmärkten spekulieren.

Irak

26.8. - 12.9.74 (Le Monde/FR/NZZ/SZ)
Nach Angaben des kurdischen Senders "Stimme Kurdistan" hat die irakische Luftwaffe ihre Bombardierungen von Ortschaften im Operationsgebiet der kurdischen Separatisten-Bewegung weiter fortgesetzt. Wie schon in den Vormonaten sollen dabei auch Napalmbomben eingesetzt worden sein. Wie der Sender weiter berichtet, befänden sich Tausende von Frauen, Kindern und Greisen aus den von der irakischen Luftwaffe heimgesuchten Gebieten auf der Flucht nach Persien. In einer Anfang September herausgegebenen Pressemeldung des Londoner Büros der DPK (Demokratische Partei Kurdistans) wird hierzu ergänzend berichtet, daß von sowjetischen Piloten gesteuerte Überschallbomber vom Typ Tupolew 22 auf irakischer Seite in die Kämpfe gegen die Kurden eingegriffen hätten (zu den Hintergründen des Kurdenkrieges vgl. auch die Chronik Heft 36/37).

Nach amtlichen iranischen Quellen sollen fast 80 000 Kurden in den mehr als ein Dutzend Auffanglagern entlang der 700 km langen Grenze zwischen dem Iran und Irak leben und 200 000 auf die Erlaubnis zur Einreise in den Iran warten. Der für Flüchtlingsfragen im Iranischen Roten Kreuz zuständige Sohrab Shaybani beschuldigt den Irak, mit seinen systematischen Bombenangriffen die 2 Mio. Kurden aus dem Land vertreiben zu wollen.

Jordanien

12.9.74
Der britischen Regierung liegen Berichte vor, nach denen Jordanien insgeheim britische Flugzeuge, Tigercat-Raketen und 41 Centurion Panzer im Gesamtwert von 7 Mio. Pfund Sterling (etwa 40 Mio. DM) an die von England mit einem Waffen-Embargo belegten weißen Minderheitsregime im südlichen Afrika (Rhodesien, SAR) geliefert habe.

Kuwait

30.7.74 (FR)
Kuwait, zweitgrößter arabischer Öllieferant, lehnt es ab, sich an einem UNO-Notfond zu beteiligen, aus dem Staaten der Dritten Welt, die von den Ölpreiserhöhungen der letzten 1 1/2 Jahre am stärksten betroffen sind, finanzielle Hilfe zufließen soll. Kuwait begründet seine Ablehnung damit, daß es sich auf die Entwicklung seiner eigenen Wirtschaft konzentrieren müsse und daß es Sache der ehemaligen Kolonialmächte sei, den von ihnen in Asien und Afrika angerichteten Schaden wiedergutzumachen. (FR)

24.8. - 2.9.74 (SZ/NZZ)
Die Regierungen von Kuwait, Libyen und Venezuela haben aus Protest gegen die ihren Aussagen nach noch immer zu niedrigen Erdölpreise die Rohölproduktion ihrer Länder gedrosselt. "Wenn die Preise", so der kuwaitische Erdölminister, "ein Problem des Vorrats und der Nachfrage ist, werden wir das Angebot verringern, um die Nachfrage nach unserem Öl zu vergrößern."

Palästinensische Befreiungsbewegungen

3. - 14.8.74 (FR)
Das Abschlußkommunique zu dem kürzlich erfolgten Besuch König Husseins von Jordanien in Ägypten hat nach Angaben von Yassir Arafat zu Spannungen zwischen der ägyptischen Regierung und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) geführt. In dem Kommunique wird der PLO mit Blick auf die Genfer Nahostkonferenz das Vertre-

tungsrecht für die auf jordanischem Territorium lebenden Palästinenser abgesprochen.

Der Leiter der "Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP), Georges Habasch, hat erneut mit dem Austritt seiner Organisation aus der PLO gedroht, falls die PLO an ihrer Absicht festhalten sollte, an der Genfer Nahostkonferenz teilzunehmen. Habasch übte in diesem Zusammenhang auch Kritik an der sowjetischen Regierung, der er vorwirft, nicht mehr länger den Anspruch der Palästinenser auf Ganz-Palästina (in den Grenzen vor 1948) zu unterstützen.

Südjemen

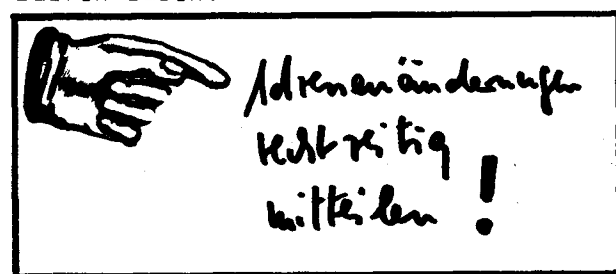
1.8.74 (NZZ)
Der frühere Ministerpräsident Südjemens, Ali Haytan, gibt die Gründung einer "Jemenitischen Einheitsfront" bekannt, die sich zum Ziel gesetzt hat, mit "allen politischen und militärischen Mitteln" das gegenwärtige Regime in Aden zu stürzen und Nord- und Südjemen zu vereinigen.

Tunesien

26.8.74 (FR)
In dem seit Anfang August in einer Kaserne bei Tunis stattfindenden Massenprozeß gegen 202 Schüler, Studenten und Arbeiter sind gegen 175 der Angeklagten Gefängnisstrafen zwischen 6 Monaten und 10 Jahren verhängt worden. 27 Angeklagte sind freigesprochen worden. Die Anklage hatte auf Zugehörigkeit zu illegalen Organisationen ("Marxistisch-leninistische Bewegung Tunesiens" und "Aktionsgruppe sozialistischer Studenten Tunesiens") und auf "Verleumdung" von Staatspräsident Burgiba gelautet. Die Angeklagten waren bei Streiks und Demonstrationen, die sich gegen die Inflation im Lande richteten, verhaftet worden.

Türkei

15.7.74 (FR)
Türkische Behörden haben im Rahmen einer von Ministerpräsident Ecevit verfügten Amnestie mit der Freilassung von rund 4000 politischen Häftlingen begonnen. Unter diese Amnestie fallen auch ca. 2700 links-gerichtete Häftlinge, gegen die bereits seitens der Militärgerichte Verfahren angelaufen waren.



ASIEN

16.7.74 (FR)
Asien erlebt in diesem Jahr die größte Nahrungsmittelknäppheit seiner bisherigen Geschichte. Nach Berechnungen des amerikanischen Entwicklungshilfeexperten Lester Brown bedürfen bis zum Ende des laufenden Jahres in den asiatischen Ländern insgesamt rund 200 Mill. Menschen des Importes von Lebensmitteln aus anderen Kontinenten. Mengenmäßig beziffert Brown Asiens diesjährigen Bedarf, vorausgesetzt, die noch ausstehenden Ernten fallen befriedigend aus, mit 50 Mill. Tonnen - eine bisher nicht erreichte Rekordhöhe. Dem steht gerade in diesem Jahr die Tatsache gegenüber, daß die Weltgetreidereserven auf dem seit langem niedrigsten Stand angelangt sind. Sie würden, falls sich die asiatischen Länder entschließen würden, den Nahrungsmittelbedarf ihrer hungernden Bevölkerung durch Importe voll zu befriedigen, binnen Frist eines Monats aufgebraucht sein. Indien müßte im laufenden Jahr insgesamt mindestens 7,5 Mill. Tonnen Getreide einführen. Bei einem schlechten Ernteergebnis der noch ausstehenden Ernte wären weitere 15 Mill. Tonnen erforderlich.

1.8.74 (FR)
Bilanz der bisherigen Indochina-Politik der USA (Zahlen des UN-Kinderhilfswerk, UNICEFF): ca. 28 Mill. Bombenkrater / ca. 11 Mill. Flüchtlinge, von denen 1,5 Mill. verwundet oder verkrüppelt sind.

Indien

14.8.74 (NZZ)
Nach Berichten in der indischen Presse beginnt Indien in Kürze nach zweieinhalbjähriger Zusammenarbeit mit der französischen Firma "Aerospatiale" mit dem Eigenbau von französischen Mittelstreckenraketen des Typs SSBS. Die von Frankreich erstmals 1965 getestete und seit 1971 in Dienst gestellte Rakete eignet sich für eine maximale Einsatzdistanz von 3000 km. Sie vermag, mit einem Nuklearsprengkopf von 150 Kilotonnen ausgerüstet zu werden.

16.8.74
Nach Angaben des "South Asia Commitee", dem Wissenschaftler aus verschiedenen westlichen Ländern - insbesondere der USA und Kanada - angehören, werden in Indien zur Zeit rund 30 000 politische Häftlinge gefangengehalten. Es soll sich dabei hauptsächlich um Anhänger der links-revolutionären Naxaliten-Bewegung handeln, die seit 1969 insbesondere in Westbengalen aktiv war (Landbesetzungen) und inzwischen vom indischen Militär mit äußerster Brutalität zerschlagen worden ist. Sprecher des genannten Komitees schilderten grausame Einzelheiten

über die Foltermethoden, denen die Häftlinge in indischen Gefängnissen unterworfen sind. Professor Christian Sigrist (Münster) wirft in diesem Zusammenhang den indischen Behörden vor, mit den Methoden eines Kolonialregimes gegen das eigene Volk vorzugehen. (FR/SZ)

23.8.74 (FR)
Wie ein Anti-Hunger-Komitee in Indien berichtet, haben Dorfbewohner aus einem seit 3 Jahren von Dürre heimgesuchten Landstrich in der Nähe von Bombay in ihrer Not Zuflucht in dem Verkauf von Menschenknochen (aus geöffneten Gräbern) gesucht. Abnehmer war eine indische Düngermittelfabrik. Die den Bewohnern des genannten Notgebietes von der indischen Regierung gewährte Hungerhilfe beschränkte sich auf eine monatliche Getreideration von 2 Kilo pro Kopf.

31.8. - 9.9.74 (FR/SZ)
Nach einer von der indischen Regierung seit Januar 1973 zielstrebig verfolgten Annektionspolitik (Truppeneinmarsch wegen angeblicher Wahlfälschungen und eine Wiederholung der Wahl unter indischer "Aufsicht") ist dem Himalaya-Königreich Sikkim auf Beschluß des indischen Parlaments der seit 1950 für Sikkim gültige halbautonome Status (die indische Regierung war für die Außen- und Verteidigungspolitik sowie für das Verkehrswesen zuständig) aberkannt worden und das Land quasi auf den Status eines indischen Bundesstaates heruntergestuft worden. Über das Territorium von Sikkim führt einer der wenigen Himalaya-Übergänge (nach China).

Kambodscha

27.8.74 (NZZ)
Wirtschaftliche Bilanz der amerikanischen Kambodscha-Politik: 1969, dem letzten Regierungsjahr des mit amerikanischer Finanz- und Militär-"Hilfe" aus Kambodscha vertriebenen Staatspräsidenten Prinz Sihanuk, wurden in Kambodscha 2,5 Mill. ha an Boden landwirtschaftlich genutzt (überwiegend Reisanbau); im Vorjahr waren es nur noch 0,8 Mill. ha. Entsprechend fiel die Reiserzeugung des Landes zwischen 1969 und 1972 von 3,8 Mill. auf 0,95 Mill. t. Diese Tendenz dürfte sich 1973 noch weiter fortgesetzt haben. Der kambodschanische Viehbestand hat sich seit 1969 um mehr als die Hälfte reduziert. Die Holzproduktion (Holz war neben Reis ein wichtiger Exportartikel) ist fast zum Erliegen gekommen. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes ist seit 1969 eine Geldentwertung von annähernd 700 % einhergegangen.

Wirtschaftliche Properität verzeichnet allerdings weiterhin der in der Hauptstadt Pnom Penh und 4 anderen Städten des Landes im Schutz der Lon-Nol-Armee (230 000 Mann) lebende Geld- und Feudaladel Kambodschas. Diesem floß beispielsweise 1972 eine US-amerikanische Wirtschaftshilfe von 72,1 Mill. Dollar und 1973 von rund 350 Mill. Dollar zu. (Zur militärischen Lage Kambodschas vgl. die Chroniken der vorangegangenen Hefte.)

Komoren

28.8.74
Die französische Regierung beschloß, der Nationalversammlung eine Gesetzesvorlage für eine Volksabstimmung über die Unabhängigkeit der im indischen Ozean gelegenen Komoren-Inseln vorzulegen. (FR)

Siri Lanka (Ceylon)

3.8.74 (NZZ)
Die mit finanzieller und technischer Hilfe der UdSSR durchgeführten Erdölprospektionen in Pesalai, im nordwestlichen Teil Siri Lankas, lassen dort beträchtliche Erdöl- und Erdgasvorkommen vermuten.

28.8.74
Die erste Phase der 1972 eingeleiteten Landreform ist abgeschlossen. Die Regierung hat in diesem Zeitabschnitt 550 000 Acres Land (2,5 Acres = 1 Hektar) aus privatem in nationalen Besitz überführt, darunter 1300 Acres der Premierministerin Bandaranaike selbst. (NZZ)

Südkorea

22.7.74
Der südkoreanische Verteidigungsminister wandelt 5 von einem Militärgericht gegen Studenten und Intellektuelle ausgesprochene Todesurteile in lebenslange Haftstrafen um. Zu den Begnadigten gehört auch der Dichter Kim Tschi-Ha. Inzwischen wurden aber bereits fünf weitere Todesurteile gegen angebliche Agenten Nordkoreas verhängt. 3 weitere Angeklagte erhalten lebenslange Haftstrafen.

9.8.74
Ein Sprecher des US-Außenministeriums bestätigt offiziell eine, wie es heißt, "enge Zusammenarbeit" der USA mit Südkorea im Bau von Atomreaktoren. Der Sprecher bestreitet jedoch, Kenntnis zu haben von (angeblichen) Plänen der südkoreanischen Regierung, Nuklear-Einrichtungen auch für militärische Zwecke einsetzen zu wollen.

16.8.74 (SZ/NZZ)
Der über einen Militärputsch (1961) an die Macht gelangte südkoreanische Staatspräsident Park Tschung-Hee ist knapp einem Attentatsversuch entkommen. Park regiert seit Mitte letzten Jahres sein Land mit allen diktatorischen Vollmachten (vgl. die Chroniken der letzten Monate).

24.8.74 (NZZ)
Unter dem Eindruck des Attentatsversuchs der Vorwoche entschloß sich Park Tschung-Hee zur Aufhebung des vor 9 Monaten von ihm verhängten Notstandsdekret. Das Dekret drohte Personen, die in der Öffentlichkeit regierungskritische Meinungen vertraten, zunächst eine 15jährige Haftstrafe und später sogar die Todesstrafe an. Die diesbezüglich bereits gegen 171 Personen ausgesprochenen Strafen bleiben rechtswirksam.

Thailand

28.8.74 (NZZ)
Nach mehr als 10-monatiger Regierungszeit des als bürgerlicher Reformpolitiker an die Macht gelangten Ministerpräsidenten Sanya Dharmasakti ist die Lage in Thailand mehr denn je gekennzeichnet durch: Korruption (Beamte, Offiziere, chinesische Kaufleute), Inflation (bei dem thailändischen Grundnahrungsmittel Reis um 100 %), steigende Arbeitslosigkeit (bedingt durch den bedenkenlosen Einsatz moderner Techniken im Agrarsektor), sinkendes Lohnniveau (Inflation, Nachfragedruck auf das Arbeitsplätze-Angebot), wachsende Proletarisierung der Landbevölkerung (Überschuldung der Kleinbauern aufgrund von Zins-Wucherei der Geldverleiher) und, mit dem letzten Punkt korrespondierend: eine schnelle Expansion des Großgrundbesitzes (überschuldete Kleinbauern müssen an wohlhabendere Grundbesitzer verkaufen, die übrigens häufig identisch sind mit Offizieren der Armee, Verwaltungsbeamten und Regierungsmitgliedern).

Vietnam

16.8. - 26.8.74 (SZ/NZZ)
Die schon in den Vormonaten gemeldeten heftigen Kämpfe in Südvietnam zwischen den Truppen der Saigon-Regierung und dem Vietcong halten unvermindert an. Da Nang und Duc Duc sind zur Zeit die Zentren der Kämpfe. Das faktisch nicht mehr rechtsgültige Pariser Waffenstillstandsabkommen scheint demnächst auch offiziell aufgekündigt zu werden. Beide Vertragspartner haben diesen Schritt für die nahe Zukunft angekündigt.

8.8.74 (FR)
Ungeachtet der militärischen Bedrängnis, in der sich das Thieu-Regime zur Zeit befindet, entschied der amerikanische Kongreß für das kommende Jahr eine 30 %ige Kürzung der Militärhilfe für die Saigon-Regierung (von 1 Mrd. Dollar auf 700 Mill.).

4.9./20.9.74 (FR/NZZ)
Auch in den städtischen Festungen des Thieu-Regimes scheint sich Widerstand gegen das Regime zu formieren. So demonstrieren anläßlich eines buddhistischen Feiertages in Saigon, wie es in Pressemeldungen heißt: Tausende von Personen für eine strikte Erfüllung des Pariser Waffenstillstandsabkommens seitens der Thieu-Regierung. Drei Wochen später demonstrieren in Hue 5000 Katholiken gegen die im Herrschaftsbereich der Thieu-Regierung immer massiver um sich greifende Korruption. Beschuldigt wird dabei auch Thieu selbst, dem vorgeworfen wird, in großem Stil illegalen Bodenerwerb zu betreiben und sich auf Staatskosten verschiedene Luxusvillen zugelegt zu haben.

LATEINAMERIKA

1.8.74 (NZZ)
Nach einem Bericht des Interamerikanischen Wirtschafts- und Sozialrates (CIES) verzeichnete Lateinamerika 1973 gegenüber der USA ein Handelsdefizit von 1,1 Mrd. Dollar. Dieses Defizit dürfte sich am Ende des laufenden Jahres aufgrund der stagnierenden Wirtschaftsentwicklung in der USA und zunehmender US-amerikanischer Importrestriktionen noch weiter vergrößert haben.

5.8.74 (FR)
Die Regierungen von Jamaika, der Dominikanischen Republik und Guayana haben ihre Abgabenforderungen gegenüber den US-Firmen, die in diesen Ländern einen schonungslosen Abbau von Bauxit-Lagern betreiben, spürbar erhöht (Jamaika um 500 %).

20.7./24.7.74 (NZZ)
Der von den EG-Ländern (ohne vorherige Konsultation mit den betroffenen Exportländern) im vergangenen Jahr verhängte Einfuhrstopp für Rindfleisch hat erwartungsgemäß die Exportlage der Länder Argentinien, Uruguay und Paraguay drastisch verschlechtert. Der Export von Argentinien hängt zu 25 %, der von Uruguay zu 37 % und der von Paraguay zu 50 % von Fleischausfuhren ab. Hauptabnehmer waren bislang die EG-Länder. Argentiniens Fleischexport beispielsweise lag im ersten Halbjahr 1974 um annähernd 50 % unter dem Volumen des ersten Halbjahrs 1973.

29.8.74 (NZZ)
Bundeswirtschaftsminister Friedrichs führt in Mexico, Ecuador und Brasilien Gespräche über die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung der westdeutschen Wirtschaft und über Möglichkeiten verstärkter westdeutscher Privatinvestitionen in den genannten Ländern.

20.8./23.8./3.9.74 (Le Monde/NZZ/FR)
Die US-Wirtschaftsblockade gegen Cuba, der sich auf Druck der USA 1964 auch die lateinamerikanischen Länder angeschlossen, stößt in Lateinamerika wieder auf zunehmende Kritik und wird inzwischen auch in der politischen Praxis einiger lateinamerikanischer Länder für nicht mehr verbindlich betrachtet. So nahm jetzt Panama wieder diplomatische Beziehungen zu Cuba auf. Peru schloß mit Cuba ein Abkommen über eine Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Verwaltungsfragen.

Argentinien

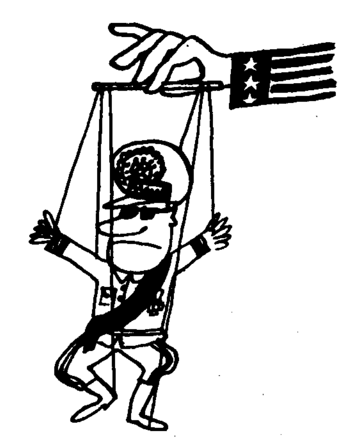
Die nach dem Tod von Peron Anfang Juli verstärkt in Erscheinung getretenen Klassenkämpfe haben weiter an Schärfe zugenommen und könnten schon sehr bald in ein entscheidendes Stadium eintreten (Massenerhebung und/oder Militärputsch). Charakterisiert sind die Klassenkämpfe durch Arbeiterstreiks, Unternehmerwillkür (beispielsweise in Form von Betriebsstillegungen), rigorose Polizeieinsätze, zahllose Entführungen und Attentate auf links- und rechtsgerichtete Politiker, regierungsamtliche Demontage der bürgerlich-demokratischen Rechtsstaatlichkeit (rechtswidrige Verhaftungen, Verbot von links-oppositionellen Zeitungen u.ä.).

17.8./24.8.74 (NZZ)
Bei einer Regierungsumbildung werden die Ministerposten für Verteidigung, Inneres und Erziehung mit Rechts-Peronisten neu besetzt. Damit ist die Regierung gänzlich in die Hand der rechts-orientierten Peronisten übergegangen. Durch ähnliche personelle Umbesetzungen haben die Rechts-Peronisten zuvor schon ihren Einfluß auf die Gewerkschaftsführung weiter verstärkt. Wie die anhaltenden Streiks in Argentinien zeigen, droht der Gewerkschaftsführung jetzt allerdings der Kontakt zur Arbeiterschaft verlorenzugehen.

24.7.74 (SZ)
Hector Campora, im Vorjahr nach dem Rücktritt des Lanusse-Regimes zum argentinischen Staatspräsidenten gewählt, wird wegen angeblicher "Partisanentätigkeit" und partei-interner "Begünstigung marxistischer Infiltration" vor ein Parteigericht der Justitialistischen Partei (Peronisten) gestellt. Campora hatte sich bereits kurz nach seinem Amtsantritt durch den Erlaß einer Amnestie für alle politischen Häftlinge und durch die Auflösung der argentinischen Geheimpolizei unter den Peronisten ein umstrittenes Ansehen verschafft. Auf Betreiben der Rechts-Peronisten mußte Campora schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt zugunsten Perons von dem Amt des Staatspräsidenten wieder zurücktreten.

31.7.74 (FR)
Im Verein mit der regierenden Justitialistischen Partei, der oppositionellen Konservativen Partei, dem Gewerkschaftsdachverband und dem argentinischen Unternehmerverband CGE spricht sich die moskau-orientierte Kommunistische Partei Argentiniens in einer Solidaritätserklärung mit der argentinischen Staatspräsidentin Maria Peron für eine Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Kontinuität in Argentinien aus.

3.8.74 (FR/NZZ)
Der links-gerichtete Parlamentarier und Mitarbeiter des kürzlich verbotenen politischen Magazins "Militancia", Rodolfo Ortega, fällt einem Attentat zum Opfer. Ortega galt als Sprecher der links-revolutionären "Basisperonisten".

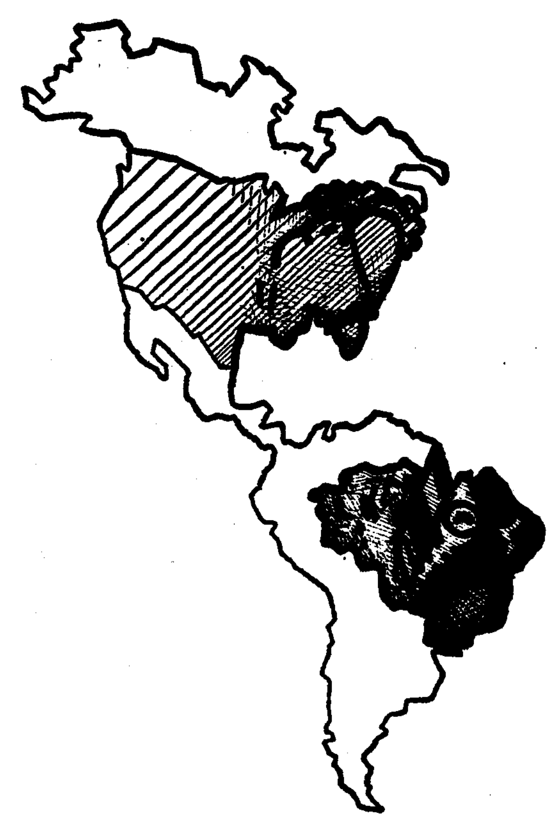


3.8.74 (FR)
Raul Laguzzi wird zum neuen Rektor der Universität Buenos Aires gewählt. Laguzzi steht den sog. "Montoneros", einer aus der Peronistischen Jugend hervorgegangenen links-revolutionären Bewegung, nahe. Die Montoneros treten seit Mitte des Jahres, ähnlich wie die trotzkistische ERP, wieder als Stadt-Guerillas in Erscheinung.

28.8.74 (SZ)
Der Personalchef eines Renault-Zweigwerkes in Cordoba fällt einem Attentat zum Opfer. Das Attentat steht offensichtlich in Zusammenhang mit der vor 2 Wochen von der Unternehmensleitung verfügten Schließung der argentinischen Renault-Werke (12 000 Beschäftigte; die Beschäftigten in der Zulieferindustrie nicht mitgerechnet). Diese Schließung war die letzte Antwort der Renault-Unternehmungsleitung auf einen zweimonatigen Streik der Arbeiter des Werkes. Die Arbeiter forderten eine der gegenwärtigen argentinischen Inflationsrate (60,4 %) angepaßte Lohnerhöhung von 60 %. Sie konnten hierbei darauf verweisen, daß ihr Reallohn seit 1965 ständig gefallen war, während das Unternehmen im gleichen Zeitraum annähernd eine Verdoppelung seiner Produktivität erzielt hatte.

Brasilien

In den ersten fünf Monaten dieses Jahres verzeichnete Brasilien ein ungewöhnlich hohes Handelsbilanzdefizit von 2,11 Mia. DM, hervorgerufen durch einen Importanstieg um 121 % (mengenmäßig um 37 %) gegenüber der Vergleichsperiode im Vorjahr. Für diese explosionsartig gestiegenen Importkosten sind zum einen die gestiegenen Erdölpreise, zum anderen aber auch die Verteuerung der aus Europa, Japan und der USA eingeführten Industriegüter verantwortlich zu machen. Der genannten Importausgaben-Steigerung steht für den gleichen Zeitraum ein Anstieg der Exporte von nur 19 % gegenüber. Dieser Umstand erklärt sich aus den stabil niedrig gebliebenen Weltmarktpreisen für agrarische Produkte, von deren Ausfuhr Brasiliens Export immer noch zu ca. 60 % abhängig ist (BfG-Außenhandelsdienst 16/74/ NZZ vom 20.7./ FR vom 31.7.).



5.8.74 (Newsweek)
Inzwischen sind erste Einzelheiten über die im Mai gemeldeten Investitionsabsichten des VW-Konzerns (VW do Brasil) im Amazonasgebiet bekannt geworden: So plant VW zunächst einmal mit einer Investitionssumme von 30 Mill. Dollar die Einrichtung einer 227 km² umspannenden Rinderfarm. Sie soll bis 1982 eine Abschlachtungsrate von 110 000 Rindern pro Jahr erzielen. Als Abnehmer des Rindfleisches sind Westeuropa, die USA und Japan ins Auge gefaßt. VW ist mit diesen (und anderen vom Unternehmen für das Amazonas-Gebiet geplanten) Investitionsobjekten Nutznießer erheblicher Steuererleichterungen. So bleiben die Amazonas-Projekte des Konzerns solange unbesteuert, bis die dadurch erzielten Steuerersparnisse 2/3 der Investitionssumme überschritten haben.

10.8.74 (NZZ)
Hans-Günther Sohl, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, der sich als Leiter einer westdeutschen Wirtschaftsdelegation in Brasilien aufhält, sagt für Brasilien ein weiteres Ansteigen der dort gegenwärtig ca. 1,9 Mia. DM betragenden Kapitalinvestitionen von BRD-Firmen voraus, falls sich die brasilianische Regierung zu einer Aufhebung der brasilianischen Importeinschränkungen für Industrieausrüstungen entschließen könnte.

12.8.74 (FR)
Im Amazonas-Gebiet wurden die angeblich größten Titanlager der Welt entdeckt. Titan findet vor allem in der Rüstung Verwendung.

22.8.74
In einem Referat vor dem Nationalkongreß des brasilianischen Advokatenverbandes protestierte der Jura-Professor H.C. Fragosoin gegen die in Brasilien fortdauernde Mißachtung der Menschenrechte und hier insbesondere gegen die Polizeiwillkür, Pressezensur und Folterung von politischen Häftlingen.

Chile

(Zu Chile lagen der Redaktion bei Redaktionsschluß zu den Ereignissen der Monate August und September aufgrund einer technischen Panne nur vereinzelt Informationen vor. Diesbezüglich Versäumtes wird in der Chronik des nächsten Heftes nachgeholt.)

31.8.74 (FR)
Zwei Wochen vor der ersten Wiederkehr des Jahrestags des Putsches in Chile werden bei Großrazzien von Polizei und Militär etwa 25 000 Personen festgenommen und auf ihre Einstellung zum System überprüft.

Die Zahl der inzwischen allein in Santiago illegal erscheinenden Publikationen wird von Beobachtern auf ca. 120 Zeitschriften und 3 Zeitungen geschätzt.

2.9.74 (FR)
Die katholischen Bischöfe sowie Vertreter der lutherisch-protestantischen und methodistischen Kirche sowie der jüdischen Gemeinden forderten die Aufhebung des in Chile immer noch gültigen Kriegsrechts, die Freilassung aller politischen Häftlinge sowie die Überwachung der Militärprozesse durch die Ziviljustiz.

7.9.74 (FR)
Amnesty International verfügt über

eine (unvollständige) Liste mit den Namen von 42 Kindern und Jugendlichen, die in chilenischen Gefängnissen inhaftiert sind und sogar z.T. gefoltert wurden.

9.9.74 (FR)
Nach Aussage des CIA-Chefs Colby hatte der US-Geheimdienst mehr als 8 Mio. Dollar zur Unterstützung von illegalen Aktionen gegen die Regierung Allende aufgewendet – dies mit ausdrücklicher Billigung durch US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger Kissinger.

19.9.74 (NZZ)
US-Präsident Ford rechtfertigt vor einem Senatsausschuß die Beihilfe des amerikanischen Geheimdienstes zum Sturz der Regierung Allende. Solches sei sowohl im Interesse des von Allende "unterdrückten chilenischen Volkes" wie auch im außenpolitischen Interesse der USA gewesen.

Deutsche Burschenschaft gewann ein klares Chile-Bild

Die Welt, 26.9.1974

DW. Bonn

Auf einer mehrwöchigen Rundreise durch Chile hat eine Gruppe der Deutschen Burschenschaft die Verhältnisse in dem südamerikanischen Land ein Jahr nach dem Sturz der Volksfront-Regierung kennengelernt.

Der Polemik des kommunistischen Studenten-Verbandes Spartakus gegen diesen Besuch trat Horst Prießnitz, wissenschaftlicher Assistent des CDU-Bundestagsabgeordneten Frerichs, mit dem Hinweis entgegen: „Es ist unser legitimes Recht, uns an Ort und Stelle zu informieren. Nur so ist eine zutreffende Beurteilung möglich."

Prießnitz wie auch andere Teilnehmer von deutschen und österreichischen Universitäten zeigten sich betroffen darüber, wie sehr das „entstellte Bild Chiles" von den tatsächlichen Zuständen abweicht. Nach ihren Gesprächen ist die Machtübernahme durch das Militär vom größten Teil der chilenischen Bevölkerung begrüßt worden. Für die sozialen Härten, die bei der Überwindung des wirtschaftlichen Bankrotts aufträten, sei nicht die heute regierende Junta, sondern die Mißwirtschaft der Sozialisten verantwortlich.

Besonderes Interesse fand bei den Burschenschaftern die Lage an den Universitäten. Der Studienbetrieb verläuft wieder normal, seit die „Überpolitisierung" behoben ist. Zu der Beruhigung trägt auch das neue System der Selbstfinanzierung der Universitäten bei.

Der Kontakt zu den fünf in Chile bestehenden Burschenschaften, mit denen jedes Jahr Stipendiaten ausgetauscht werden, wurde mit Besuchen bei den Stiftungsfesten der „Montania" in Concepción und der „Ripuaria" in Valparaiso gefestigt. Im übernächsten Jahr soll eine Gruppe deutsch-chilenischer Burschenschafter in die Bundesrepublik kommen.

Mittelamerika

Der Konflikt zwischen den mittelamerikanischen Bananen-Exportländern und den US-amerikanischen Bananenkonzernen um die jüngst von den genannten Ländern eingeführte Steuer für den Export von Bananen hat sich weiter zugespitzt (vgl. auch Chronik Heft 36/37).

22.7.74 (FR)
Nach Weigerung der "Atlantischen Bananengesellschaft" (USA), die vorweg erwähnte Bananenexport-Steuer (25 US-Cent pro 18 Kilogramm-Kiste) an die costa-ricanischen Zollbehörden zu entrichten, wird ein Schiff der Gesellschaft von der Marine des Landes am Auslaufen gehindert.

24.8.74 (FR)
Der US-Konzern Standard Fruit ordnet für seine Plantagen in Costa Rica die Abholzung aller im nächsten Jahr fruchttragenden Bananenstauden an. Der Konzern hatte zuvor ein Aufkaufsangebot der costa-ricanischen Regierung im Preisangebot für zu niedrig befunden.

Kolumbien

13./14.7.74 (SZ)
Die kolumbianische Regierung hat die US-amerikanische Hilfsorganisation "Freunde Amerikas" des Landes verwiesen. Der Organisation war von einem katholischen Geistlichen vorgeworfen worden, unter dem Vorwand, Masern-Schutzimpfungen vorzunehmen, Kinder kolumbianischer Bauern sterilisiert zu haben.

24.8.74 (NZZ)
In drei nordkolumbianischen Städten wurden nach Studentenkundgebungen 300 Verhaftungen vorgenommen und ein Ausgehverbot verhängt.

12.9.74 (NZZ)
Beim dritten nationalen Bauernkongreß der ANUC (Asociation national de usuarios campesionos) zogen die indígenas (indianische Bauern) ihre Delegation zurück. Sie beschuldigen die Führung der ANUC, sie arbeite mit Regierung und Großgrundbesitzern zusammen und habe zur Sicherstellung ihrer Wiederwahl die Auswahl der Delegationen manipuliert. In der ANUC sind die kolumbianischen Kleinbauern organisiert.

In diesem Zusammenhang verdient auch die Kabinetts-Liste des im April dieses Jahres gewählten kolumbianischen Präsidenten Michelsen Beachtung: Sie zählt 6 Angehörige der in der Präsidentschaftswahl siegreich gewesenen "Liberalen Partei", 6 Angehörige der "Konservativen Partei" und einen Angehörigen des Militärs. Agrarminister ist der Großgrundbesitzer Pardo Buelvas. Innenminister ist M.C. Reves. Letzterer wurde in den 50er Jahren bekannt als Führer der Terrororganisation "Violencia". Die "Violencia" machte von sich reden in jenen über fast ein Jahrzehnt anhaltenden, quasi militärisch ausgetragenen Privatfehden von Clans der kolumbianischen Landaristokratie auf der einen und der städtischen Geldaristokratie auf der anderen Seite. Zur Nominierung von Buelvas zum Agrarminister ist anzumerken, daß Michelsen seinen Wahlkampf wesentlich auf die Propagierung einer umfassenden Landreform aufgebaut hatte (Le Monde vom 20.8./ NZZ vom 12.9.).

17.8.74 (NZZ)
Mit einem Protestmarsch auf die Hauptstadt Mexico City unterstreichen mehr als 3000 Bauern ihre Forderung nach einer Übergabe der ihnen in Regierungserlassen zugesagten 35 000 ha Land. Die Regierungszusagen waren z.T. schon vor 10 Jahren erfolgt.

12.9.74 (NZZ)
Führer der 1968 zum Zeitpunkt der Olympischen Spiele in Mexico in Erscheinung getretenen Studentenbewegung haben unter der Bezeichnung "Arbeiterpartei" in Mexico eine neue sozialistische Partei gegründet. Die Partei will sich u.a. für die Abschaffung des Großgrundbesitzes und für die Verstaatlichung von Radio, Fernsehen, Banken und verschiedenen Industriezweigen einsetzen.

Nicaragua

3.9./4.9.74 (SZ/FR)
General A. Somoza, der vor drei Jahren zur nochmaligen Ermöglichung seiner Kandidatur die Verfassung geändert hatte, ging bei Präsidentschaftswahlen mit 95 % der abgegebenen Stimmen als Sieger hervor. Einziger zugelassener Gegenkandidat war ein bisher an der Regierung beteiligter Gefolgsmann Somozas. Die Familie Somoza beherrscht seit einem Putsch im Jahre 1936 Wirtschaft und Politik des Landes.

Paraguay

22.8.74 (FR)
Unter Berufung auf den deutschen Anthropologen Münzel hat ein Vertreter der internationalen Gesellschaft gegen Sklaverei vor der UNO die paraguayische Regierung beschuldigt, die Indianer des Ache-Stammes der allmählichen Ausrottung, der Sklaverei und der Prostitution ausgeliefert zu haben.

Das Loch im Tabuzaun

Sex? das herrlichste Vergnügen! Arbeit? Abscheulich! Nicht mal als Zeitvertreib! Aus der Lebensanalyse eines südamerikanischen Tupamaros. Verlagsprospekte durch El Aleman, Punta de Abona/Teneriffa

Die Zeit,27.9.74

Die Reservate der Ache-Indianer unterstehen dem paraguayischen Verteidigungsministerium. Verantwortlich für die Ache-Indianer fühlt sich darüber hinaus auch eine spezielle "Hilfskommission" unter Vorsitz des Direktors von "Hoechst del Paraguay" - eine Tochtergesellschaft der deutschen Hoechst-Werke. Aus dem "Hilfs"-Fond dieser Kommission sind, wie im letzten Jahr bekannt wurde, gezielte Ausrottungsjagden auf die Ache-Indianer finanziert worden (vgl. dazu "Progrom" Heft 18/73).

Peru

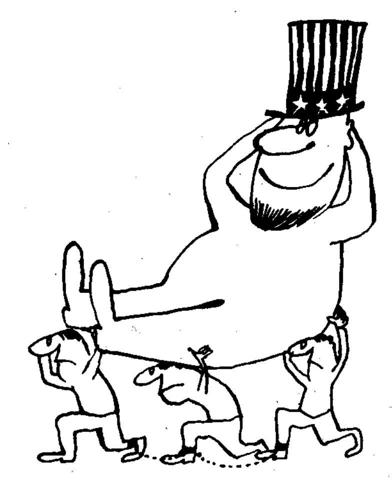
9.8.74 (NZZ/Le Monde)
Die peruanische Militärregierung hat die Verleger von 6 überregionalen Tageszeitungen enteignet. Sie beabsichtigt ihren Angaben nach, die Leitung dieser Zeitungen an Repräsentanten der Bauern-, Arbeiter- und Studentenschaft zu übergeben. Die Familien, in deren Händen sich die Zeitungen bislang befunden haben, kontrollierten nach Aussagen von Präsident Velasco weite Bereiche der peruanischen Wirtschaft.

20.8./27.8.74 (Le Monde/FR)
Acht Führungsmitglieder der im Juni verbotenen Rechtspartei (bis zum Militärputsch 1968 Regierungspartei) Acción Popular sind (teilweise vorübergehend) verhaftet worden.

Uruguay

30.7.74 (Le Monde)
Die Armee hat die direkte Kontrolle über die wichtigsten verstaatlichten Unternehmen des Landes übernommen und damit ihre wirtschaftliche und politische Machtstellung in Uruguay weiter ausgebaut.

6.9.74 (SZ)
Nach Aussagen von Präsident Bordaberry, der seit Juni 1973 ohne Parlament und mit Unterstützung der Armee regiert, sei in naher Zukunft nicht mit der Wiedereinführung eines (bürgerlich-)demokratischen Verfassungszustands in Uruguay zu rechnen.



DEMOCRACIA

Venezuela

31.8.74 (FR)
Die Regierung Perez hat ein Gesetz zur Nationalisierung der venezuelanischen Erdölindustrie vorgelegt. Die an die ausländischen Konzerne zu zahlende Entschädigung soll sich nach den von den Firmen für ihre Produktionseinrichtungen in Venezuela ausgewiesenen Buchwerten bestimmen (letztere sind sicher von den Firmen zu niedrig angesetzt, da sich an den Buchwerten die Besteuerung orientiert).

1.9.74 (NZZ)
Die Regierung plant neue Explorationen im Orinoco-Teersandgürtel, dessen Erdölreserven mit 700 Mrd. Barrels für die größten der westlichen Hemisphäre gehalten werden.

PORTUGAL UND EHEM. KOLONIEN

Fortschreibung der Ereignisse

19.7.74 (NZZ)
Der als Nachfolger Palma Carlos mit dem Amt des Ministerpräsidenten betraute Oberst Concalves (vgl. iz-Chronik Heft 36/37) stellt nach einem tagelangen Tauziehen zwischen der MFA (Bewegung der Streitkräfte) und Staatspräsident Spinola sein Ministerkabinett der Öffentlichkeit vor. Nach Angaben der KCP (Kommunistische Partei), die ihrerseits nur noch durch ihren Parteivorsitzenden Cunhal im Kabinett vertreten ist, sind die, wie es heißt, "konservativen Kräfte" aus der neuen Regierung ausgeschieden. Ähnlich auch die NZZ, die diesbezüglich von einer Niederlage Spinolas gegenüber der MFA spricht (zum Konflikt Spinola/MFA vgl. iz-Chronik Heft 36/37). Die neue Regierung versteht sich wie ihre Vorgängerin als Mitte-Links-Regierung. Sie wird wiederum von Angehörigen der Sozialistischen Partei, der moskau-orientierten Kommunistischen Partei und der im bürgerlichen Sinne liberalen Demokratischen Volkspartei gebildet. Oberst Concalves gilt als Verfechter eines Wirtschafts- und Sozialprogramms nach skandinavischem Vorbild. (SZ vom 17.7.)

29.7.74 (FR/SZ)
In einer öffentlichen Erklärung, die von den Regierungsparteien und der Presse einhellig als "historisch" gefeiert wird, gibt Staatspräsident Spinola einen Gesinnungswandel bezüglich seiner Vorstellungen in der sog. Entkolonialisierungsfrage zu erkennen. Wörtlich formuliert er (in seiner Eigenschaft als portugiesisches Staatsoberhaupt): "Wir (die portugiesische Regierung) erkennen das Recht der afrikanischen Territorien auf Unabhängigkeit und Selbstbestimmung an." Der Weg in die Unabhängigkeit Guinea-Bissaos, Mozambiques und Angolas sei nun "offen". An dieser Erklärung fällt auf, daß Spinola sich erstmals des von ihm bisher stets gemiedenen Begriffs "Unabhängigkeit" bedient (vgl. iz-Chronik Heft 36/37). Zudem fehlt die Forderung nach einem Referendum als Entscheidungsbasis für die Realisierung der Unabhängigkeit. Vermutet wird, daß Spinola hier abermals dem Druck der MFA nachgeben mußte (vgl. Chronik Heft 36/37).

24.7.74 (FR)
In einem von den portugiesischen Bischöfen gemeinsam verfaßten Hirtenbrief bezieht die katholische Kirche, die in Portugal bekanntlich auf vielfältige Weise mit dem gestürzten Caetano-Regime verquickt war, offen Stellung gegen die regierungsloyale kommunistische und sozialistische Partei des Landes. Die Bischöfe warnen vor Gruppen, "die", wie es wörtlich heißt, "im Namen des Volkes und der Demokratie den Portugiesen Lösungen aufnötigen, die die Mehrheit nicht wünscht". Weiter heißt es in dem Hirtenbrief: Nicht alle bestehenden Parteien seien wählbar, da einige von ihnen "mit der Lehre Christi unvereinbar" seien.

12.8.74 (SZ)
Die portugiesische Regierung legt ein Programm für die "Unabhängigkeit" Angolas vor. Einer Aushandlung von Waffenstillstandsabkommen mit den einzelnen Befreiungsbewegungen soll die Bildung einer Übergangsregierung aus Vertretern der weißen Minderheit, den Befreiungsbewegungen und Repräsentanten der wichtigsten Stammesgruppen des Landes folgen. Nach Ablauf von 2 Jahren sind dann freie und gleiche Wahlen zu einer Nationalversammlung vorgesehen, der die Erarbeitung einer von Portugal unabhängigen Verfassung obliegen soll. Derzeitig wird Angola von einer von Portugal eingesetzten Militär-Junta regiert.

Die Rassenunruhen in Angola halten an. Zentrum der Unruhen ist die Hauptstadt Luanda. Vorläufiger Höhepunkt sind hier die in der 2. Juli-Hälfte gegen den afrikanischen Bevölkerungsteil der Stadt gerichteten "Vergeltungsaktionen" weißer Geschäftsleute, Taxi- und Lastwagenfahrer. Diese Aktionen, die nach Angaben der englischen Zeitung "Observer" insgesamt nahezu 300 Todesopfer gefordert haben sollen, ging die Ermordung eines weißen Taxifahrers voraus. Auf das genannte Massaker reagierte die afrikanische Bevölkerung mit der Plünderung weißer Geschäfte (SZ vom 29.7.). Zugleich sollen Tausende von Afrikanern aus Furcht vor weiteren Massakern die Stadt verlassen haben.

Einer AP-Meldung nach (SZ vom 10./11.8.) ist es in Luanda neben den Rassenunruhen auch zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der MPLA und der FLNA gekommen.

Während von den 3 in Angola aktiven Befreiungsbewegungen die UNITA eine Waffenruhe mit der portugiesischen Ar-

mee vereinbart hat, setzen die FLNA und MPLA ihren eigenen Angaben nach ihre militärischen Operationen gegen portugiesische Armee-Einheiten fort (SZ vom 1.8./NZZ vom 25.7.).

Zur Frage der Verhandlungen mit Portugal läßt die FLNA am 10.8. (NZZ vom 12.8.) verlauten, daß sie bereit sei, "nötigenfalls eine portugiesische Minderheit die Geschicke Angolas mitbestimmen" zu lassen. Die Beteiligung von Stammesvertretern an einer von den Befreiungsbewegungen mitgetragenen angolanischen Regierung lehnt sie hingegen ab. Solches müßte die territoriale Integrität Angolas in Frage stellen sowie zu tribalen Auseinandersetzungen führen.

Die MPLA und die FLNA zeigen sich wieder interessiert, zu einer gemeinsamen Verhandlungsposition gegenüber der portugiesischen Regierung zu gelangen. In die Vermittlung haben sich gemeinsam die Staatspräsidenten von Sambia, Zaire und Tanzania eingeschaltet (SZ vom 30.7.).

Ähnlich wie in Mozambique entstehen inzwischen auch in Angola zahlreiche politische Vereinigungen von Afrikanern, die sich bemüht zeigen, bei eventuellen Unabhängigkeitsverhandlungen politisch mit ins Geschäft zu kommen. Ihre Chancen, sich neben den etablierten Befreiungsbewegungen zu Massenorganisationen zu entwickeln, scheinen allerdings gering zu sein. So wurde beispielsweise die am 1.8. abgehaltene "Massenkundgebung" einer sich "Demokratische Bewegung Angolas" (MDA) nennenden Gruppe von nur einigen hundert Personen besucht (SZ 3./4.8.).

1.8.74 (SZ)
Der Druck auf die revolutionäre Linke in Portugal verschärft sich: Bei einer nicht zugelassenen Solidaritätsdemonstration für die MPLA fordert der rigorose Einsatz von Polizeikräften den Tod eines Demonstranten. Wenige Tage zuvor war es gleichfalls zu einem, wie dpa meldet, "energischen" Vorgehen von Polizei und Miliz (seit Mitte Juli verfügt Portugal bereits wieder über sog. Sonderkommandos zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung) gegen eine MRPP-Demonstration gekommen (FR vom 9.8.).

17./18.8.74 (SZ)
Die Befreiungsbewegung von Mozambique, FRELIMO, ist in konkrete Unabhängigkeitsverhandlungen mit der portugiesischen Regierung eingetreten. Die Verhandlungen waren möglich geworden aufgrund weitreichender Zugeständnisse seitens Portugal: Nachdem auf Druck der MFA (Bewegung der Streitkräfte) die Spinola-Fraktion in der portugiesischen Regierung von ihrer Referendumsstrategie (vgl. Chronik Heft 36/37) offiziell Abstand genommen hatte, vermochte nun der von portugiesischer Seite mit den Verhandlungen betraute Außenminister Soares auf zwei zentrale Forderungen der FRELIMO einzugehen: 1) Portugal erkennt die FRELIMO als den einzigen legitimen Vertreter der Bevölkerung Mozambiques an. 2) Übergabe der Regierungsverantwortung an FRELIMO ohne vorherige Volksbefragung (vgl. die Begründung der FRELIMO zu dieser Forderung in: Chronik Heft 36/37).

Blickt man auf die Ereignisse der letzten Wochen in Mozambique, so könnte freilich das plötzliche Einlenken der Spinola-Fraktion in der sog. Dekolonialisierungsfrage auch als ein von der Vernunft diktiertes Verhalten gewertet werden: Seit der von der FRELIMO seit Mitte Juni eröffneten Offensive ist der portugiesischen Armeeführung in Mozambique die dortige Entwicklung total aus der Hand geglitten. Unter dem Druck der militärisch ständig erfolgreicher operierenden FRELIMO-Einheiten ist in fast allen Landesteilen die "Kampfmoral" der portugiesischen Truppen auf dem Nullpunkt angelangt. Von den Truppenoffizieren abwärts zeigt die Mehrheit der portugiesischen Soldaten keine Bereitschaft mehr, in einem als sinnlos und jetzt vielfach auch als inhuman er-



kannten Krieg (Teile von Presse und Rundfunk haben sowohl in Portugal wie auch in Mozambique begonnen, über die Hintergründe des Krieges zu informieren) ihr Leben zu riskieren. So ist es inzwischen vielerorts zu Verbrüderungsbegegnungen und inoffiziellen Waffenstillstandsabkommen zwischen Einheiten der portugiesischen Armee und der FRELIMO gekommen (FR vom 26.7.). Darüber hinaus wenden in wachsender Zahl afrikanische Söldner der portugiesischen Armee den Rücken zu und schließen sich der FRELIMO an. (NZZ vom 17.7.). Währenddessen vermögen sich FRELIMO-Trupps zunehmend ungehinderter im Land zu bewegen und eine kaum mehr angefochtene Kontrolle über die wichtigsten Verkehrswege aus-

zuüben. So kann u.a. die Materialversorgung des Staudamm-Baus von Cabora Bassa quasi nur noch mit Einwilligung der FRELIMO erfolgen. (Nachdem Anschläge auf die Verkehrsverbindungen zwischen Beira und der Tète-Provinz noch bis Mitte August anhalten, scheint sich die FRELIMO dann jedoch dazu entschlossen zu haben, der Fertigstellung des Projekts keine Hindernisse mehr in den Weg zu legen. Anders verhält es sich mit den Verkehrswegen nach Rhodesien. Diese gelten seit Ende Juli als dauerhaft unterbrochen (FR vom 26.7.).

Die portugiesische Kolonialverwaltung erweist sich indessen jedoch nicht nur in militärischer Hinsicht als manövrierunfähig. Hilflos steht sie auch den inzwischen zu Streikbewußtsein erwachten afrikanischen Lohnarbeitern gegenüber. Als Streik-Avantgarde treten hierbei die Hafenarbeiter von Lorenco Marques und Beira in Erscheinung. Sie befinden sich innerhalb weniger Wochen sechsmal im Ausstand und bringen hierüber die Kolonialverwaltung in ernsthafte Versorgungsschwierigkeiten. Die Hilflosigkeit der portugiesischen Administration in der Begegnung von Streiks dokumentiert sich am augenfälligsten in einem von bestreikten Tabakfarmern in der Mozambique-Provinz verfaßten Hilfegesuch, das nicht an die Kolonialverwaltung, sondern an die FRELIMO-Führung gerichtet ist (FR vom 3.9.).

Daß Portugal faktisch aufgehört hat, koloniale Kontrollmacht in Mozambique zu sein, zeigt sich schließlich noch in den sich häufenden Übergriffen zwischen weißer und schwarzer Bevölkerung. Ungeachtet des relativ großen weißen Bevölkerungsteils (insbesondere Studenten), der sich mit der FRELIMO solidarisch erklärt (NZZ vom 7.8.), kommt es vielerorts wiederholt zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen zivilen weißen und schwarzen Einzelpersonen und Gruppen. (Man wird hierbei allerdings nicht nur von weißen Provokateuren sprechen können: So soll es in ländlichen Regionen immer wieder auch Übergriffe seitens der afrikanischen Bevölkerung gegeben haben (NZZ vom 15.8.).

19.8.74 (NZZ)
Mit dem Erlaß eines neuen Streikgesetzes hat die portugiesische Regierung Ende Juni mit der Verkündigung eines neuen Pressegesetzes (vgl. Chronik Heft 36/37) ihre Gesetzesinitiative zur "Sicherung der staatlichen Ordnung" fortgesetzt. Dem neuen Gesetz nach sind nur noch gewerkschaftlich organisierte Streiks zulässig (die jetzt in Portugal existierenden Gewerkschaften werden überwiegend von der moskau-orientierten KCP kontrolliert). Verboten sind zukünftig alle politisch motivierten Streiks.

Dem Presse- und Streikrecht folgt in den nächsten 14 Tagen noch der Erlaß von zwei weiteren Gesetzen nach, ein Versammlungs- und Demonstrationsgesetz sowie ein Parteiengesetz. Das neue Versammlungs- und Demonstrationsgesetz gesteht, wie es darin u.a. heißt, allen Bürgern das Recht zu auf Abhaltung von "friedlichen Versammlungen" ohne vorherige Genehmigung, sofern die Versammlungen nicht das Ziel haben, "dem Gesetz, der Moral, den Persönlichkeitsrechten und der offiziellen Ordnung zuwiderzulaufen" (NZZ vom 31.8.). Zum neuen Parteiengesetz ist anzumerken, daß zukünftig nur solche politischen Gruppen als Parteien zugelassen werden, die über mehr als 15 000 eingetragene Mitglieder verfügen (NZZ vom 22.8.).

Das oben genannte Pressegesetz hat inzwischen bereits zweimalig Anwendung gefunden: Mit einem zweitägigen Erscheinungsverbot wurden Anfang August die linksliberalen Zeitungen "A Capital", "Dario de Lisboa" und "Republica" belegt (FR vom 5.8.). Grund: Die genannten Zeitungen hatten über eine Kundgebung linksrevolutionärer Gruppen berichtet, auf der über Unterdrükkungsmaßnahmen in portugiesischen Kasernen berichtet wurde und auf der Familienangehörige von Soldaten in Angola und Mozambique aufgefordert wurden, für die Heimkehr ihrer Söhne zu demonstrieren. Das Erscheinungsverbot gegen "A Capital" und den beiden anderen Zeitungen blieb allerdings nur einen Tag rechtswirksam. Unter der Drohung eines von Presse, Fernsehen und Rundfunk angekündigten Generalstreiks nahm die Regierung das Verbot vorzeitig zurück (die MFA soll sich dabei den Standpunkt der Redakteure zu eigen gemacht haben und im Sinne der letzteren auf die Regierung eingewirkt haben). Mit einem Erscheinungsverbot - in diesem Fall auf unbegrenzte Zeit - wurde wenige Tage später auch die von der MRPP herausgegebene Zeitung "Luta Popular" belegt. Die "ständigen Angriffe" der Zeitung gegen Regierung und Staat erfüllten, so hieß es in der Begründung, den Sachverhalt der "ideologischen Aggression" (NZZ vom 6.7.). Das Verbot von "Luta Popular" blieb unter den Regierungsparteien nicht unumstritten. Ein Sprecher der PSP (Soz. Partei) übte in einer öffentlichen Stellungnahme Kritik an dem Verbot (SZ vom 8.8.).

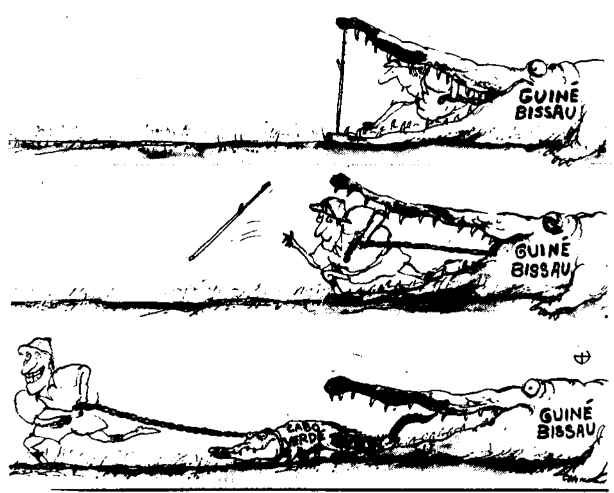
20.8.74 (SZ)
Ministerpräsident Concalves kündigt in einer öffentlichen Erklärung eine, wie er es nennt, "Periode der wirtschaftlichen Härte und Opfer" an. Opfer sollen der portugiesischen Bevölkerung in Form drastischer Preiserhöhungen für die wichtigsten Grundnahrungsmittel abverlangt werden. Vorgesehen sind Preiserhöhungen für Brot, Milch und Zucker in Höhe von durchschnittlich 50 % an. Von diesen Preis-

erhöhungen sind naturgemäß in besonderer Weise die Einkommen von Arbeitern und niederen Angestellten betroffen. Im weiteren sieht das Sparprogramm der Regierung eine 40 %ige Reduzierung bereits zugesagter Gehaltserhöhungen für Beamte und Staatsangestellte vor.

Über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Portugals liegen zur Zeit aus der Presse trotz hier immer wieder auftauchender Krisenmeldungen keine genaueren Angaben vor. Zu erfahren ist lediglich, daß zum einen die Inflationsrate bei 25 % angelangt ist, daß zum anderen durch die wachsende Zahl von Stillegungen von kleinen und mittleren Betrieben (diesen Betrieben wird jetzt, wo die krasseste Ausbeutung von Arbeitskräften durch die Festlegung einer Mindestlohngrenze gestoppt ist, der jahrzehntelange Verzicht auf Rationalisierungsmaßnahmen zum Verhängnis) die Zahl der Arbeitslosen steigt, und daß zum dritten die aus der Caetano-Zeit übernommene Auslands- und Staatsverschuldung noch weiter zunimmt. (Im letzten Jahr des Caetano-Regimes, 1973, erwuchs Portugal bei Einfuhren in Höhe von 2,9 Mrd. Dollar ein Handelsdefizit von 1,1 Mrd. Dollar (SZ vom 27./28.7.)).

Störend für die Wirtschaft - im Sinne der Beibehaltung ihrer kapitalistischen Grundstruktur - wirken sich weiterhin auch die in quasi allen Bereichen der Wirtschaft immer wieder aufflackernden sog. wilden Streiks aus. Versuche insbesondere der Kommunistischen Partei, diese Streiks über den von ihr beherrschten Gewerkschaftsapparat unter Kontrolle zu bringen, blieben bislang ohne durchschlagenden Erfolg. Ebenso auch die immer wieder von Regierungspolitikern an die Arbeiterschaft gerichteten mehr oder weniger dramatischen Appelle zur "Lohndisziplin". (So warnt Ende Juli u.a. auch der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Cunhal, die portugiesische Arbeiterschaft vor "übertriebenen Lohnforderungen". Sie ständen in keinem Verhältnis zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Portugals und würden ein "Krisenklima auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet" heraufbeschwören (NZZ vom 27.7.)).

27.8.74 (FR)
Die am 23.8. zwischen der Republik Guinea-Bissao und der portugiesischen Regierung wieder aufgenommenen Verhandlungen über den Verzicht kolonialer Ansprüche seitens Portugal auf das Territorium Guinea-Bissao und den Kapverdischen Inseln sind mit einem von beiden Verhandlungspartnern gebilligten Ergebnis abgeschlossen worden (Unterzeichnungsdatum: 26.8.). Die wichtigsten Verhandlungsergebnisse sind: 1) Die portugiesische Regierung erkennt Guinea-Bissao als ein von Portugal unabhängiges autonomes Staatswesen an; 2) Portugal verpflichtet sich, seine kolonialen Streitkräfte bis zum 31.8.74 vollständig aus Guinea-Bissao abzuziehen; 3) Die Bewohner der Kapverdischen Inseln erhalten das Recht, in einer Volksabstimmung eigenständig über ihre politische Zukunft zu entscheiden. Die diesbezüglichen Alternativen: a) Anschluß an Guinea-Bissao; b) Staatliche Eigenständigkeit; c) Verbleiben bei Portugal (Punkt (3) ist in dieser Form nicht explizit im Vertragstext festgehalten, soll aber nach Angaben der NZZ vom 28.8. Inhalt einer informellen Absprache zwischen den Vertragspartnern sein).



Wie die zukünftigen zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Portugal und Guinea-Bissao im Detail zu regeln sind, soll der Inhalt weiterer Verhandlungen sein. In dieser Frage scheint gegenwärtig bereits sicher, daß Guinea-Bissao zumindest vorläufig noch an einer Aufrechterhaltung enger wirtschaftlicher Beziehungen zu Portugal interessiert ist. So wird 2 Wochen nach Vertragsabschluß bekannt, daß Guinea-Bissao für die nächsten 3 Jahre die portugiesische Währung beibehalten will (NZZ vom 13.9.).

In einer Erklärung anläßlich der Übergabe der Unabhängigkeitsurkunde seitens des portugiesischen Staatspräsidenten Spinola am 10.10. in Lissabon äußert sich PAIGC-Mitglied Pedro Pires wie folgt zur zukünftigen Außenpolitik seines Landes: Guinea-Bissao werde eine Politik der strikten Blockfreiheit verfolgen und bereit sein, Hilfe von allen seinen Freunden anzunehmen, vorausgesetzt, sie werde ohne politische Bedingungen gewährt. Seine Regierung hoffe, insbesondere die Beziehungen mit Portugal zu entwickeln, werde aber auch Angebote aus Peking, Moskau "und selbst Washington" unter der Voraussetzung akzeptieren, daß sie als gleichwertiger Partner behandelt werde (NZZ vom 12.9.).

In der Frage der Einrichtung eines NATO-Stützpunktes auf den Kapverdischen Inseln - der Lage nach wären

diese, so die NZZ vom 21.8., in besonderer Weise zur "Überwachung des mittleren und südlichen Atlantiks" geeignet - scheint sich die PAIGC, vorausgesetzt die Bewohner Kapverdens entscheiden sich für einen Anschluß an Guinea-Bissao, abweisend verhalten zu wollen (vgl. den im Anschluß an diese Chronik abgedruckten Artikel aus der Frankfurter Rundschau).

30.8.74 (NZZ)
Die portugiesische Regierung hat eine Verstaatlichung der drei führenden Banken des Landes angekündigt. Betroffen sind im einzelnen die Banco de Portugal, die Banco de Angola und die Banco Nacional Ultramarino. Eine Verstaatlichung der übrigen Banken des Landes soll später nachfolgen.

30.8.74 (NZZ)
Ministerpräsident Brigadegeneral Concalves ist seiner militärischen Befugnisse entkleidet. Der Oberbefehl über die portugiesische Armee liegt jetzt formell ausschließlich bei General Costa Gomes. In dieser Funktion untersteht Gomes allein dem portugiesischen Staatspräsidenten, General Spinola. Angaben der Frankfurter Rundschau nach (30.8.) ist diese Entscheidung Ergebnis einer Machtprobe zwischen der von Spinola geführten Junta und der Bewegung der Streitkräfte - eine Machtprobe, die die Junta für sich entscheiden konnte (Gomes ist ein enger Vertrauter Spinolas, gilt allerdings als weniger weit rechts-stehend).

3.9.74 (MPLA-Pressemeldung)
Nachdem wenige Tage zuvor ein 17-tägiger Einigungskongreß der MPLA in Lusaka mit dem Auszug der sog. Neto-Fraktion (Agostinho Neto war bis zu dem Zeitpunkt Vorsitzender der MPLA) geendet hatte und damit die seit Monaten drohende Spaltung der MPLA als endgültig vollzogen schien, ist es unter der gemeinsamen Vermittlung seitens der Präsidenten von Sambia, Zaire und Tanzania überraschend wieder zu einer Aussöhnung der 3 miteinander zerstrittenen MPLA-Fraktionen gekommen. In dem von den Führern dieser 3 Fraktionen, der sog. MPLA-Leadership-Gruppe (Neto-Fraktion), der "East-Rebellion"-Gruppe (Chipenda-Fraktion) und der "Active-Rebellion"-Gruppe (Andrade-Fraktion), unterzeichneten Einigungspapier ist zunächst allerdings nur die zukünftige Machtverteilung (Führungsstruktur) in der MPLA geregelt worden: Danach wird in dem 39köpfigen Zentral-Komitee die Neto-Fraktion mit 16, die Chipenda-Fraktion mit 13 und die Andrade-Fraktion mit 10 Anhängern vertreten sein. In das 9köpfige Polit-Büro entsenden alle 3 Gruppen jeweils 3 Vertreter. Präsident der MPLA wird wiederum A. Neto sein. (Die nach Auszug der Neto-Fraktion auf dem Einigungskongreß in Lusaka erfolgte Wahl Daniel Chipendas zum neuen Präsidenten der MPLA (FR vom 2.9.) ist damit als ungültig erklärt.) Wieweit es darüber hinaus auch zwischen den genannten MPLA-Fraktionen zu einer Übereinstimmung in inhaltlichen Fragen gekommen ist, geht explizit aus dem zitierten Einigungspapier nicht hervor. Der säuberlichen Sitze-Verteilung im Zentral-Komitee und im Polit-Büro nach zu urteilen scheinen jedoch Differenzen dieser Art weiter fortzubestehen.

Über die jeweilige politische Ausrichtung der verschiedenen Fraktionen innerhalb der MPLA sind bislang kaum verläßliche Informationen an die Öffentlichkeit gedrungen. Sicher scheint lediglich, daß in dem politischen Meinungsspektrum Daniel Chipenda rechts von Agostinho Neto und Joaquim Pinto de Andrade anzusiedeln ist. Solches wird zumindest aus den in den letzten Monaten aufgetauchten Gerüchten deutlich, die Chipenda-Fraktion in der MPLA strebe einen Anschluß an die FLNA an. Zu vermerken ist hier, daß die FLNA, die übrigens das besondere Vertrauen Präsident Mobutus von Zaire genießt, immer nur als nationale, nicht jedoch als dezidiert sozialistische Befreiungsbewegung in Erscheinung getreten ist.

Aus dem letzten Punkt erklären sich wahrscheinlich auch die Schwierigkeiten der MPLA und der FLNA, zu einer gemeinsamen Verhandlungsfront gegenüber der portugiesischen Regierung zu finden. Wie aus der NZZ vom 31.8. zu entnehmen ist, scheinen die in dieser Frage unternommenen Vermittlungsanstrengungen Nyereres, Kaundas und Mobutus inzwischen gescheitert zu sein. In dieser Meldung hieß es, die FLNA verhandle allein in Kinshasa mit einem Vertrauten General Spinolas.

5.9.74 (FR)
In Lissabon kommt es zu einem zweitägigen Solidaritätsstreik von Journalisten und Druckern für die seit 2 Wochen im Ausstand befindlichen Redakteure der Wirtschaftszeitung "Journal de Comercio". Letztere fordern eine Entlassung ihres Direktors, dem vorgeworfen wird, mit dem Caetano-Regime paktiert zu haben. Von den Lissaboner Tageszeitungen schloß sich allein das Personal der Zeitung "O Seculo" von dem Solidaritätsstreik aus. "O Seculo" gilt der Kommunistischen Partei nahestehend. Die Auslieferung der Zeitung wurde allerdings durch Aktionen der Journalisten und Drucker von anderen Zeitungen verhindert.

6.9.74 (NZZ)
Die sich "Rat der Streitkräfte" nennende Militär-Junta in Angola unter Führung von Admiral Coutinho hat, wie angekündigt, eine, wie es heißt "provisorische" Regierung gebildet, die bis zur endgültigen Regelung der Zukunft Angolas im Amt bleiben soll. Die Befreiungsbewegungen Angolas sind

an der "Übergangsregierung" entgegen zunächst anderslautender Meldungen nicht beteiligt. Admiral Countinho soll jedoch erklärt haben, er wolle eine Reihe von Ministersessels für die Führer der Befreiungsbewegungen freihalten.

9.9.74 (FR/NZZ)
Nach einer etwa dreiwöchigen Verhandlungsdauer haben nun auch (am 7.9.) die Verhandlungen der portugiesischen Regierung mit der Befreiungsbewegung FRELIMO über die Unabhängigkeit Mozambiques zum Abschluß eines Vertrages geführt. Der Vertrag nennt den 25.6.75 als Unabhängigkeitsdatum. Von diesem Zeitpunkt ab soll Mozambique in die ungeteilte Regierungsverantwortung der FRELIMO übergehen. Für die bis dahin verbleibenden neuneinhalb Monate ist die Bildung einer zu 2/3 mit Angehörigen der FRELIMO und zu 1/3 mit portugiesischen Regierungsvertretern zu besetzende Übergangsregierung vorgesehen. Die FRELIMO stellt den Ministerpräsidenten der Übergangsregierung, während Portugal für die neunmonatige Übergangszeit einen sog. Hohen Kommissar benennt, der die Funktion eines staatlichen Oberhauptes versieht. In der Verteilung der Ministerposten fallen, abgesehen vom Amt des Außenministers, alle wichtigen Ministerien an Vertreter der FRELIMO (Inneres, Wirtschaft, Erziehung und Kultur, Information, Arbeit und Justiz; NZZ vom 22.9.). Die Überwachung der inzwischen offiziell vereinbarten Waffenruhe liegt bei einer von portugiesischer Seite und der FRELIMO gemeinsam gestellten Militärkommission. Die Verteidigung nach außen liegt gleichfalls bei gemeinsam von der FRELIMO und Portugal zu bildenden Armee-Einheiten. Im Falle von zivilen Unruhen, die das Eingreifen von Streitkräften erforderlich machen, fällt der militärische Oberbefehl an den von Portugal gestellten Hohen Kommissar (in der FR vom 9.9. heißt es dazu wörtlich: ... übernimmt der Hohe Kommissar "unter Assistenz des Ministerpräsidenten Leitung und Koordinierung").

9.9. - 11.9.74 (NZZ/FR/SZ)
Einen Tag nach Abschluß des Vertrages über die Unabhängigkeit Mozambiques weitet sich in der Hauptstadt von Mozambique, in Lorenco Marques, eine Demonstration weißer Siedler gegen die Tageszeitungen des Landes, in denen überwiegend positiv über den Vertragsabschluß des Vortages berichtet worden ist, in eine offene gegen die amtierende portugiesische Regierung und gegen die FRELIMO gerichtete Rebellion aus, in deren Verlauf die Rundfunkanstalten von Lorenco Marques und Beira und verschiedene andere strategische Punkte in den größeren Städten des Landes von bewaffneten Rebellen-Einheiten besetzt werden. Die Rebellen, die vorgeben, annähernd 30 000 bewaffnete Anhänger hinter sich zu haben, drohen für den Fall, daß die portugiesische Regierung den von ihr am Vortage mit der FRELIMO abgeschlossenen Vertrag nicht umgehend als nichtig erklärt, mit der Ausrufung eines von ihnen geführten unabhängigen Mozambiques. Für die Rebellion zeichnen 2 von weißen Siedlern geführte rechtsradikale Terror-Organisationen, die sich "Fico" ("ich bleibe") und "Drachen des Todes" nennen, verantwortlich. (Beide Organisationen sind in Mozambique nach dem Umsturz in Portugal ins Leben gerufen worden und machten in den vergangenen Wochen immer wieder durch Terroranschläge und Attentatsversuche auf linksgerichtete Politiker von sich reden.) Führer der Rebellion ist der aus dem Dienst entlassene Armeegeneral Bernardo Miesquitela (Caetano-Anhänger). Als eine weitere Hauptfigur tritt auch der berühmt-



berüchtigte Großwildjäger Daniel Roxo in Erscheinung. Roxo war Initiator und Führer einer Privatarmee, die jahrelang einen erbarmungslosen Krieg in eigener Regie gegen die FRELIMO führte. Mit im Bunde sind schließlich noch (nach einer Meldung der NZZ vom 11.9.) die beiden FRELIMO-Deserteure Simango und Kavandame. Dies letzte ist insofern bemerkenswert, als Simango gerade erst vor 2 Wochen zum Führer der neugegründeten sog. "Nationalen Koalisationspartei Mozambiques" (PCN) avanciert ist. Die PCN ist eine Sammelbewegung verschiedener politischer Gruppierungen (Coremo, Fumo, Unipomo; vgl. Chronik Heft 36/37), die allesamt in Gegnerschaft zur FRELIMO stehen.

Die Kollaboration der PCN mit den weißen Rebellen kann freilich nicht überraschen: Nachdem sich mit dem Vertragsabschluß zwischen der portugiesischen Regierung und der FRELIMO endgültig auch die Hoffnungen der in der PCN zusammengefaßten Gruppen zerschlagen hatten, auf legalem Wege an der Macht in einem politisch unabhängig gewordenen Mozambique teilzuhaben, wird man in der Rebellion der weißen Siedler eine Gelegenheit für gekommen gesehen haben, das genannte Ziel eben auf andere Weise zu erreichen. Es entbehrt allerdings nicht der Pikanterie, Pfarrer Uria Timoteo Simango - in der bürgerlichen Presse des Auslands als entschiedener Gegner des FRELIMO-"Totalitarismus" aufgebaut - an der Seite des Schwarzenhassers Daniel Roxo und des Caetano-Vertrauten General Miesqitela für ein, wie immer wieder von ihm betont, freies, demokratisches und mehrrassiges Mozambique kämpfen zu sehen.

Schon 3 Tage nach Ausbruch der Rebellion der weißen Siedler zeigt sich, daß Simango und seine Freunde in der PCN auf die falsche Karte gesetzt haben: Die Rebellen geben auf, nachdem zum einen sicher ist, daß die portugiesische Armeeführung in Mozambique loyal zu der Regierung in Lissabon steht und durch ein erstes Vorgehen gegen demonstrierende Sympathiesanten der Rebellen in Beira gezeigt hat, daß sie entschlossen ist, die Rebellion militärisch zu zerschlagen, und nachdem sich zum anderen das Warten der Rebellen auf eine militärische Intervention seitens Rhodesien und der Südafrikanischen Republik als vergeblich erwiesen hat. Die diesbezüglichen Appelle der Rebellen konnten scheinbar nicht einmal die im Kongo-Krieg aktiv gewesenen und jetzt in Südafrika beheimateten Söldnerführer Michael Hoare und Douglas Lord zum Eingreifen bewegen. Von beiden war in den letzten Wochen immer wieder zu hören, sie rekrutierten im Auftrag finanzkräftiger portugiesischer Geschäftsleute (hier fiel mehrfach der Name des in Mozambique flüchtigen Bankiers Jorge Jardim; vgl. Chronik Heft 36/37) Söldnertruppen, mit denen sie auf der Seite der weißen Siedler für ein "weißes" Angola und Mozambique zu kämpfen beabsichtigten (FR vom 16.7./FR vom 5.8.).

10.9.74 (SZ)
Die Befreiungsbewegung CLSTP (Bewegung für die Befreiung von Sao Tomé und Principe) demonstriert in Libreville für eine staatliche Unabhängigkeit der Inseln Sao Tomé und Principe. Die auf der Höhe des westafrikanischen Staates Gabun gelegenen Atlantik-Inseln, die zusammengenommen eine Fläche von 964 km² haben (landwirtschaftlich sehr fruchtbar) und eine Bevölkerung von 70 000 beheimaten, befinden sich seit dem 15. Jahrhundert in portugiesischem Kolonialbesitz. Die CLSTP ist seit 1960 (ohne Waffen) aktiv und seit 1973 bei der OAU akkreditiert (NZZ vom 15.9.).

12.9.74 (FR)
Nach Angaben aus dem deutschen Auswärtigen Amt in Bonn gehen die Arbeiten an dem Cabora Bassa-Staudammprojekt in Mozambique weiter. Sie seien auch durch die jüngsten Unruhen in Mozambique nicht beeinträchtigt worden. Nach Angaben von Beobachtern scheint die FRELIMO bereit, die von Portugal bezüglich Cabora Bassa eingegangenen Verpflichtungen (also auch die Vereinbarung mit der Südafrikanischen Republik über die Belieferung mit Cabora Bassa-Strom) zu akzeptieren. Man bezieht sich hierbei auf eine von der FRELIMO im Rahmen des Unabhängigkeitsvertrags mit Portugal getroffenen Abmachung, in der es heißt, die FRELIMO sei bereit, die von Portugal im Namen Mozambiques eingegangenen finanziellen Verpflichtungen zu übernehmen, soweit sie "im wirklichen Interesse Mozambiques" liegen (FR vom 9.9.).

14.9.74 (FR)
Die gescheiterte Siedler-Rebellion in Mozambique hat den Massenexodus von Europäern aus Mozambique weiter verstärkt. Ziel der Auswanderung ist neben dem portugiesischen Mutterland insbesondere die Südafrikanische Republik. Mit dem Putschversuch der weißen Siedler hatten in allen Landesteilen Mozambiques die Spannungen zwischen weißer und schwarzer Bevölkerung erheblich zugenommen.

21.9.74 (NZZ)
Die im Unabhängigkeitsvertrag zwischen der FRELIMO und Portugal vereinbarte Bildung einer Übergangsregierung ist inzwischen abgeschlossen. Die FRELIMO hat aus ihrem Führungsstab Joaquim Chissano zum Ministerpräsidenten der Übergangsregierung bestimmt. Für die Besetzung des Amtes des Hohen Kommissars fiel die Entscheidung der portugiesischen Regierung auf Vitor Crespo, einem führenden Mitglied der Bewegung der Streitkräfte (FR vom 11.9.).

ZIMBABWE (Rhodesien)
Zur gegenwärtigen Lage

Unter den Einwirkungen der Ereignisse in Portugal und seinen Kolonien im südlichen Afrika zeichnet sich in Rhodesien eine Tendenzwende zu Ungunsten des Smith-Regimes ab:

Nachdem das Regime noch im Januar (vgl. Chronik, Heft 32/33) mit einer glänzenden Bilanz zur Wirtschaftsentwicklung des Vorjahres aufwarten konnte, werden jetzt für die Rhodesische Wirtschaft die ersten Auswirkungen der FRELIMO-Anschläge auf die über Mozambique laufenden Verkehrswege Rhodesiens spürbar. Inzwischen sind diese Verkehrsverbindungen (Salisbury-Lorenco Marques und Salisbury-Beira) sogar gänzlich unterbrochen, und nach dem erfolgreichen Abschluß der Unabhängigkeitsverhandlungen der FRELIMO mit Portugal Anfang September ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die FRELIMO, solange das weiße Minderheitsregime in Rhodesien fortbesteht, diese Boykottmaßnahme wieder zurücknimmt. Die Smith-Regierung bemüht sich hier zur Zeit allerdings um Abhilfe: In einer Bauzeit von nur 6 Monaten besorgte sie den Bau eines 150 km langen Anschlußgleises an das südafrikanische Verkehrsnetz. Als Umschlagshäfen für den rhodesischen Im- und Export bieten sich damit Durban und Richard Bay an. Die rhodesische Wirtschaft vermag jedoch in diesen neuen Verkehrsverbindungen zum Indischen Ozean keinen adäquaten Ersatz für die unterbrochenen Verkehrswege zu den Hafenstädten von Mozambique zu erblicken: Sie sind ihrer Länge wegen teurer und sind in der Kapazität weniger leistungsfähig, da sie durch den südafrikanischen Warenverkehr bereits weitgehend ausgelastet sind (FR vom 3.8. / NZZ vom 19.8.).

Wirtschaftliche Schwierigkeiten drohen dem Smith-Regime noch von anderer Seite: Der amerikanische Kongreß beabsichtigt, das sog. "Byrd Amendment" nicht mehr zu verlängern. Das Byrd Amendment regelt die Einfuhr rhodesischer Mineralien in die USA. Neben den USA plant auch die Regierung der BRD und Japans, den UN-Boykott gegenüber Rhodesien nicht mehr länger zu mißachten (FR vom 2.8. / NZZ vom 19.8.).

Ein weiterer Anlaß zur Sorge bietet dem Smith-Regime ein öffentlicher Stimmungswechsel, der neuerdings in Südafrika zu beobachten ist: In der Presse und in Stellungnahmen von Politikern (Politiker der Regierungspartei nicht ausgenommen) taucht in den letzten Monaten immer wieder die mehr oder weniger verschlüsselte Forderung nach einer Umorientierung in der Rhodesienpolitik Südafrikas auf – eine Umorientierung mit dem Ziel, das Schicksal Südafrikas nicht mehr länger mit dem der Regierung Smith abhängig zu machen. "Rhodesien", so begründet die regierungsnahe Zeitung "Die Transvaler" den von ihr geforderten Wechsel in der Haltung Südafrikas gegenüber Rhodesien, "ist der größte Stolperstein der Außenpolitik Südafrikas". Die unterschwellig in diesen und ähnlichen Stellungnahmen zur Rhodesienpolitik eingehenden Überlegungen sind unüberhörbar: Das Smith-Regime ist (unter den veränderten Bedingungen in Mozambique und Angola) nicht mehr länger lebensfähig, und je eher die südafrikanische Regierung aus dieser Erkenntnis die politischen Konsequenzen zieht, um so schneller vermag sie zu ihren neuen Nachbarn im Norden, Angola, Mozambique und später eben auch zu einem von Afrikanern regierten Rhodesien ein spannungsfreies (und wirtschaftlich fruchtbares) Nachbarschaftsverhältnis herzustellen (NZZ vom 19.8. / SZ vom 10.9.).



Hauptkampfgebiet

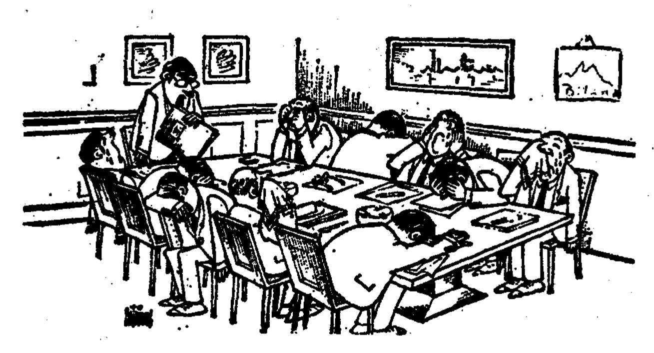
Die Regierung in Südafrika selbst zeigt sich in ihrer Rhodesienpolitik (noch) unentschieden: Einerseits verstärkt sie auf rhodesischem Territorium weiter ihr militärisches Engagement im Kampf gegen rhodesische Widerstandskämpfer (siehe oben in der Chronik), andererseits aber ließ sie Anfang September die Möglichkeit ungenutzt, über eine militärische Intervention zugunsten der weißen Rebellen in Mozambique (vgl. oben: "Portugal –

Fortschreibung der Ereignisse") den Süden Mozambiques mit den für Rhodesien so lebenswichtigen Häfen Beira und Lorenco Marques in den Block der weißen Minderheitsregime des südlichen Afrika zurückzuholen. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß solches militärisch durchaus machbar gewesen wäre. Allerdings hätte die SAR-Regierung dann auf dem Territorium von inzwischen 3 Staaten Krieg gegen afrikanische Befreiungsbewegungen führen müssen.

Zunehmende Schwierigkeiten erwachsen dem Smith-Regime zum dritten aus der in den letzten Monaten verstärkten militärischen Aktivität afrikanischer Befreiungsbewegungen, insbesondere im Nordosten Rhodesiens. Zwei Ende Juli und Anfang September in Angriff genommene sog. Umsiedlungsprogramme, in die insgesamt annähernd 80 000 Afrikaner einbezogen sind (siehe oben in der Chronik), zeigen, daß hier der Smith-Regierung die Kontrolle aus der Hand zu geraten droht. Nach Angaben der NZZ (17.8.) sind in dem genannten Gebiet gegenwärtig ca. 300 ausgebildete Widerstandskämpfer der Befreiungsbewegung ZANU aktiv. Weitere 300 ZANU-Angehörige befänden sich in Sambia und Tanzania in militärischer Ausbildung und etwa 100 ZANU-Leute seien im Anmarsch über Mozambique. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß sich in einigen Monaten auch die FRELIMO in den rhodesischen Befreiungskampf in offensiver Form einschalten wird.

Bedenklich für das weiße Minderheitsregime in Rhodesien ist schließlich noch ein vierter Sachverhalt: Der seit 1972 zu registrierende rapide Rückgang an weißen Einwanderern nach Rhodesien. Gegenüber dem Jahr 1972 fiel die Einwandererquote von 8820 auf 1680 Personen (NZZ vom 17.8.). Dem Rückgang an Einwanderern steht in dem laufenden Jahr nun auch noch eine wachsende Zahl von Auswanderungen gegenüber - dies mit dem Ergebnis, daß inzwischen mehr Weiße das Land verlassen als einwandern (NZZ vom 19.8.). Diese letzte Entwicklung ist zweifellos ein erstes Anzeichen dafür, daß sich auch in der Weißen-Bevölkerung von Rhodesien Nervosität oder, sagen wir, Realitätssinn breit macht.

Letzte Redaktionssitzung ...



"...damit bin ich am Ende meines Berichts über die finanzielle Lage des iz3w"

Die Arbeit des Informationszentrums Dritte Welt iz3w wird fast ausschließlich von den unentgeldlich tätigen Mitarbeitern geleistet.

Das erreichte Ausmaß unsrer Tätigkeit - insbesondere die Unterhaltung eines umfangreichen, frei verfügbaren Zeitungs- und Zeitschriftenarchivs von etwa 1oo Periodika aus aller Welt - läßt es längst nicht mehr zu, wirtschaftlich von der Hand in den Mund zu leben.

Der niedrige Abonnementspreis von DM 18,- pro Jahr für unsere "Blätter des iz3w", den wir auch im nächsten Jahr für den in der Ausbildung befindlichen Teil unserer Leser aufrechterhalten wollen, deckt schon lange nicht mehr die laufenden Kosten unserer Archiv- und Redaktionsarbeit.

Daß wir unsere Arbeit bislang aufrechterhalten konnten, liegt nicht zuletzt an den regelmäßigen Beiträgen der Mitglieder des iz3w - Fördererkreises. Die Kontinuität und Unabhängigkeit unserer Arbeit, unser "Überleben", wird durch die per Dauerauftrag abgebuchten Beiträge mit abgesichert. Das Interesse unserer Leser, unsere Tätigkeit in dieser Weise zu unterstützen, wird angesichts der Kostenentwicklung immer wichtiger.

Wenn auch Sie einen Dauerauftrag von mindestens DM 5,- pro Monat einrichten, schicken wir Ihnen die "Blätter des iz3w" ohne weitere Rechnung zu.
Bitte verfahren Sie nach folgendem Muster:

Absender:

An die ------------- (Bank/Sparkasse)
Hiermit bitte ich Sie, bis auf Widerruf von meinem Konto Nr. ----- bei Ihnen ab------ (Datum, zu dem der Dauerauftrag gelten soll) am -----. jedes Monats den Betrag von DM ----- abzubuchen und auf das Postscheckkonto Karlsruhe 148 239 - 755 zugunsten des Informationszentrums Dritte Welt, 78 Freiburg, Postfach 5328 zu überweisen.

------------	-------	-----------
Ort	Datum	Unterschrift

ÄTHIOPIEN
Zum Sturz Haile Selassies

Nach einer sich über Monate hinziehenden Schritt-für-Schritt-Demontage seiner Machtbefugnisse ist Kaiser Haile Selassie nun auch direkt seines Thrones enthoben worden und von den in Äthiopien seit dem 30.6. an der Macht befindlichen Militärs - wie fast alle seine politischen Berater und Vertraute schon Wochen oder Monate vorher - gefangengesetzt worden. Gleich diesen droht ihm jetzt, von den Militärs unter Korruptionsanklage gestellt zu werden.

Daß die Thronenthebung Haile Selassies erst 12 Wochen nach dem eigentlichen Putsch des sog. Koordinationskomitees der Streitkräfte (vgl. Chronik Heft 36/37) erfolgt ist (12.9.), begründet ein führendes Mitglied dieses Komitees in einem Interview mit der Illustrierten "Stern" (19.9.) wie folgt: "... Wir haben dem Kaiser angeboten, sich an die Spitze unserer Bewegung zu setzen - er wollte nicht. Wir haben ihn an den Schah von Persien erinnert, der selbst eine 'Revolution von oben' machte, als er seinen Thron und sein Land von unten gefährdet sah - der alte Mann ließ nicht mit sich reden. Wir haben ihn beschworen, als Geste des guten Willens wenigstens einen kleinen Teil seines riesigen Landbesitzes an die Armen zu geben - er lehnte ab. Wir haben ihn gebeten, ein paar seiner (ca. 12) Paläste an das Volk zu verschenken... - er blieb stur. O.k., nun werden wir ihm nehmen, was er nicht geben wollte..."

Genau genommen hatten die Militärs in Äthiopien schon 2 Wochen vor dem Sturz Haile Selassies mit der Enteignung der Besitztümer der kaiserlichen Familie begonnen (NZZ vom 27.8.). So wurden die zahlreichen ("fast ein Dutzend") kaiserlichen Paläste in Staatsbesitz überführt. Wie es von seiten des Koordinationskomitees hieß, beabsichtige man, sie in Schulen, Krankenhäuser u.ä. umzuwandeln. (Die kaiserliche Residenz in Addis Abeba erfuhr nach dem Wechsel ihres Besitzers eine Umbenennung. Sie führt nun die Bezeichnung "Palast des Volkes".) Wieweit von dieser Enteignungsaktion bereits auch der ausgedehnte Landbesitz der kaiserlichen Familie (nach Angaben der FR vom 13.9. verfügt der Klan des Kaisers über insgesamt ca. 60 % der landwirtschaftlich nutzbaren Anbaufläche Äthiopiens) betroffen ist, geht aus den Zeitungsmeldungen nicht hervor.

Was die Militärs dem Kaiser bislang nicht zu nehmen vermochten, sind die Geld- und Goldguthaben Haile Selassies auf seinen unter verschiedenen Decknamen geführten Bankkonten in der Schweiz. Nach Schätzungen von Wirtschaftsfachleuten belaufen sich diese Guthaben auf umgerechnet ca. 35 Mrd. DM (in Worten: Fünfunddreißig Milliarden DM). Ein Großteil dieser Gelder soll aus den äthiopischen Goldfeldern von Adola stammen. Die Gewinne der Goldgruben sollen bisher fast ausschließlich in die Tasche des Kaisers und des äthiopischen Hochadels geflossen sein (FR vom 13.9.). Die Weigerung des Kaisers, mit zumindest einem Teil dieses Milliarden-Vermögens Äthiopien aus der gegenwärtig katastrophalen Wirtschaftslage herauszuhelfen, wird letztlich auch der Grund für seine Absetzung gewesen sein. Fraglich ist allerdings, ob die Thronenthebung Haile Selassies den Militärs in diesem Punkt wirklich weiterhelfen wird. Der Gesundheitszustand des abgesetzten Monarchen gilt nach letzten Meldungen als bedenklich. Der von den Militärs zum Thron-Nachfolger ausersehene Sohn und einzige männliche Nachkomme (vermutlich auch einzige Erbe) von Haile Selassie, Prinz Asfa Wossen, zögert zur Zeit noch, aus seinem schweizer Domizil nach Äthiopien zurückzukehren (NZZ vom 14.9.) - und dies, so möchte man meinen, aus verständlichen Gründen: befindet er sich erst einmal in den Händen der Militärs, so wird e r (nach dem Ableben seines Vaters) nicht umhin können, mit diesen auch über die Herausgabe des genannten Milliarden-Vermögens zu verhandeln.

Mit der Bekanntgabe des Sturzes von Haile Selassie haben die Militärs noch einmal in einem 13-Punkte-Programm Auskunft ihrer politischen Zielvorstellungen gegeben (FR vom 14.9.): Angestrebt wird u.a. eine Landreform, eine Reform des Rechts- und Erziehungswesens und eine Trennung von Kirche und Staat. Über Einzelheiten dieser geplanten Reformen wird nichts bekannt. Im weiteren wird in dem genannten Programm eine neue Verfassung angekündigt. Ein Entwurf dazu liegt den Militärs bereits seit Anfang August vor. Die Initiative für die Erarbeitung dieses Entwurfes geht noch auf den Mitte September von seinem Amt zurückgetretenen Ministerpräsidenten Makonnen zurück (Makonnen ist inzwischen verhaftet und steht unter der

Anklage, sich den Reformbemühungen der Militärs in den Weg gestellt zu haben; SZ vom 25.8.). Der Entwurf sieht die Bildung einer konstitutionellen Monarchie vor. Die gesetzgeberischen Funktionen liegen dem Entwurf nach allein bei einem Zwei-Kammer-Parlament (Senat und Deputiertenkammer). Ebenso soll der Ministerpräsident allein dem Parlament verantwortlich sein. Die Mitglieder der Deputierten-Kammer des Parlaments gehen aus freien und gleichen Wahlen hervor. (Über den Wahlmodus für die 2. Kammer des Parlaments, dem Senat, ist aus den Meldungen der Presse keine Klarheit zu gewinnen.)

Außenpolitisch, so ist außerdem aus dem 15-Punkte-Programm des Koordinationskomitees zu erfahren, wollen die Militärs einen Weg der Bündnisfreiheit verfolgen. In diesem Zusammenhang wurde vom Koordinationskomitee bereits scharfe Kritik an der "Entwicklungshilfe" der USA und Westeuropas geübt. Diese Hilfe, so hieß es in einer Zeitungsstellungnahme des Komitees (FR vom 10.9.), hätte bislang darauf abgezielt, den in Äthiopien notwendigen Fortschritt zu verhindern und die Massen vom Sturz des bisherigen Regimes abzuhalten (vgl. dazu: "Entwicklungshilfe-Projekte der BRD in Äthiopien", in: "blätter", Heft 24). Kritik wurde hier im einzelnen auch gegen das mit Geldern der Evangelischen Kirche der BRD errichtete St. Pauls-Hospital in Addis Abeba vorgebracht: Dieses Krankenhaus habe seit seiner Vollendung vor fünf Jahren mehr den Mitgliedern der königlichen Familie und Regierungsangehörigen als armen und notleidenden Menschen gedient. Viele der Krankenhausbetten seien das ganze Jahr über für bevorzugte Patienten reserviert geblieben, während gleichzeitig Schwerkranke wegen angeblichen Bettmangels zurückgewiesen worden seien (FR vom 14.9.). Unklarheit besteht bislang noch über die Haltung der Militärs gegenüber dem amerikanischen Militärstützpunkt bei Asmara in Eritrea. Die "Kagnew Station" ist, so die FR vom 14.9., "eines der wichtigsten Glieder in der weltumspannenden Kette des militärischen Nachrichtenübermittlungssystems der USA". Sie dient als Relaisstation für Satellitenfunk, verfolgt die Umlaufbahn fremder Satelliten und leitet geheimdienstliche Funkmeldungen von US-Stellen weiter. Darüber hinaus wird von hier aus auch der Funkverkehr fremder Staaten und Schiffe im westlichen Indischen Ozean abgehört. Um den Militärs in Äthiopien eine Entscheidungsfindung in der Stützpunktfrage zu erleichtern, beeilte sich das US-Außenministerium noch am Tage des Sturzes von Haile Selassie zu erklären, die USA würde keine neuen Hilfsabkommen mit Äthiopien abschließen, bevor sie zur Überzeugung gelangt sei, daß "das neue Regime bereit ist, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen" (FR vom 14.9.).

Mit der Thronenthebung Haile Selassies ist auf Veranlassung der Militärs zugleich auch die seit dem 23. Juli im Amt befindliche Regierung Imru zurückgetreten. Sie macht bis zum Inkrafttreten der angekündigten neuen Verfassung einer, wie es heißt, "provisorischen Militäradministration" unter Führung von General Aman M. Adom Platz (NZZ vom 14.9.). Imru, der offensichtlich auch weiterhin das Vertrauen der Militärs genießt, nimmt in dem Übergangskabinett die Stelle des Informationsministers ein. Er mußte wahrscheinlich aus optischen Gründen in die 2. Reihe zurücktreten, da sein Vater, Fürst Ras Imru, ein enger Vertrauter Haile Selassies war. Imru war von der Makonnen-Regierung mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für die Landreform betraut worden. Die bürgerlich-konservative NZZ etikettiert ihn ideologisch mit "progressiv-liberal" (NZZ vom 26.7.).
Mit der Nominierung von General Aman Andom zum Chef der von den Militärs neugebildeten Regierung soll sich, wiederum nach Angaben der NZZ (14.9.), in dem Koordinationskomitee der Streitkräfte der "gemäßigte" gegenüber dem (links)"radikalen" Flügel durchgesetzt haben. Aman Adom, der zugleich auch Generalstabschef und Vorsitzender des Koordinationskomitees ist, gilt jetzt, so die NZZ, als der "Starke Mann" Äthiopiens.

Daß die NZZ mit der zitierten Einschätzung der Machtverhältnisse im Koordinationskomitee der Streitkräfte richtig liegt, mag das folgende beweisen: So wies ein Sprecher des Komitees Anfang September entschieden Gerüchte zurück, das Komitee plane eine Verstaatlichung von privaten Industrie- und Handelsunternehmen. Solche Gerüchte würden nur von Feinden der Armee verbreitet (FR vom 6.9.).

Die Feinde der Armee sieht das Komitee offensichtlich nicht nur in der feudalen Herrschaftselite Äthiopiens, sondern auch in den überwiegend linksgerichteten Studenten- und Gewerkschaftsverbänden des Landes. An diese Gruppen war Mitte September (in Reaktion auf Demonstrationen vom Vortage, in deren Verlauf die Wiedereinsetzung einer Zivilregierung gefordert worden war) eine scharf gehaltene Erklärung der Militärs gerichtet, in der die Gewerkschaften und Studentenorganisationen beschuldigt wurden, sie behinderten aus "egoistischem Interesse den Übergang zu Fortschritt und Wohlstand" (NZZ vom 20.9.). Am Tage nach dieser Erklärung ließ man dann auch Taten folgen. Eine "friedliche Demonstration" (NZZ vom 21.9.) von 150 Studenten wurde von Polizei-Einheiten mit "Knüppelschlägen" und "Fußtritten" (NZZ) auseinandergetrieben und die Wortführer der Demonstranten verhaftet.

UNO

Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest

Als Höhepunkt des Weltbevölkerungsjahres deklariert, erlebte Bukarest (Rumänien) zwischen dem 19. und 30. August eine von annähernd 6000 Delegierten aus 135 Ländern beschickte sog. UN-Weltkonferenz, die der "Beratung" eines Problems galt, das neuerdings wieder von den Massenmedien der BRD zum Weltproblem Nr. 1 hochstilisiert wird, die sog. Bevölkerungsexplosion in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Erwartungsgemäß brachte die Konferenz nichts Neues. Bemerkenswert war allein die Tatsache, daß ansatzweise so etwas wie eine Solidarität der Entwicklungsländer gegenüber den entwickelten Industrienationen zu beobachten war, wobei die Sowjetunion nicht weniger häufig in die Schußlinie der Kritik seitens der Entwicklungsländer geriet wie die USA. Wie schon häufiger in der letzten Zeit kam neben Algerien insbesondere der Volksrepublik China eine Sprecherrolle im Lager der Dritte Welt-Länder zu.

Als Aufgabe hatte sich die Konferenz gestellt, über ein Papier zu beraten, das zum Thema Weltbevölkerungsentwicklung von einem Ausschuß der UNO vorbereitet worden war. Dieses Papier, auf dessen Erstellung offenbar die USA und die westeuropäischen Staaten einen maßgeblichen Einfluß auszuüben vermochten, gipfelt nach einer in vielen Punkten fragwürdigen Analyse in der an die E.L. gerichteten Aufforderung, ihr Bevölkerungswachstum durch Einsatz aller staatlichen Mittel von den derzeitigen 3 auf 2 Prozent zu senken.

Während dieses Papier unter den Delegierten aus den entwickelten Industrienationen allgemeine Zustimmung fand, stieß es bei den Sprechern zahlreicher Entwicklungsländer auf entschiedenen Widerspruch. Dazu der Leiter der algerischen Delegation, A. Remili, in einem Interview mit der Nachrichtenagentur epd (1): "Die sog. Bevölkerungsexplosion ist ein abgeleitetes, ein zweitrangiges Phänomen. Nicht der Bevölkerungsüberschuß, sondern die meistens vom Kolonialismus verschuldete Unterentwicklung ist der Grund dafür, daß Wirtschaft und Gesellschaft den elementaren Bedürfnissen der Bevölkerung vielerorts nicht nachkommen. Dieser Mißstand ließ sich über so viele Jahre Entwicklungshilfe nicht beseitigen, weil er aus dem Wirtschaftsverhalten der hochentwickelten Länder folgt... Familienplanung gelingt nur dort, wo die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sanitären Voraussetzungen die Mehrheit der Bevölkerung bereits zufriedenstellen." In etwa auf dieser Linie argumentierend, vermochte eine starke, vornehmlich von Ländern der Dritten Welt gebildete Fraktion, zahlreiche Änderungsanträge zu dem genannten Vorbereitungspapier durchzusetzen. So fehlt in dem von der Konferenz endgültig verabschiedeten Papier u.a. auch die erwähnte Quantifizierung der Bevölkerungswachstumsrate. Zugleich wird in dem Abschlußpapier die Geburtenkontrolle als isoliertes Mittel der Entwicklungspolitik explizit zurückgewiesen. Solches sei, so heißt es wörtlich, "so wirkungslos wie ungerecht, weil die Ursachen des Bevölkerungsproblems nicht im Individuum, sondern in den ungerechten internationalen ökonomischen Strukturen der Abhängigkeit und des Neokolonialismus begründet sei" (2).

Die 18-köpfige deutsche Verhandlungsdelegation unter Führung Innenministers Maihofer schien mit diesem Ergebnis der Konferenz wenig zufrieden. Alwin Brück, Staatssekretär im BMZ, tröstete sich allerdings damit, daß er von "vornherein die Konferenz nicht überschätzt" habe. "Deshalb", so Brück in einem Interview mit epi, "ist meine Enttäuschung über Verlauf und Ergebnis nicht allzu groß".

Man sollte, so muß hier betont werden, das Bevölkerungszuwachsproblem in Dritte Welt-Ländern keinesfalls verniedlichen. Klarzustellen gilt es aber, daß eine staatlich isoliert in Angriff genommene Geburtenkontroll-Politik für die Masse der Entwicklungsländer ein gänzlich inadäquater Lösungsvorschlag ist (vgl. Indien, wo solches seit 20 Jahren versucht wird), der zudem deutlich ideologischen Charakter zeigt. Machen wir dies nachfolgend einmal kurz deutlich:

Auf welchen Grundüberlegungen fußen Vorschläge der genannten Art?

Argumentiert wird in diesem Zusammenhang meistenteils so: Das gegenwärtige Bevölkerungswachstum der Entwicklungsländer (häufig bei mehr als 3 Prozent) übersteigt die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft dieser Länder. Ihrem derzeitigen Entwicklungsstand nach ist letzte nicht mehr in der Lage, die Bedürfnisse der sich ständig vergrößern-

den Bevölkerung ausreichend zu befriedigen - mehr noch, die Bevölkerungsentwicklung wird vielerorts direkt zu einem Hemmnis der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie erschwert oder verhindert die Kapitalbildung: Ohne Kapitalbildung keine Investitionen; ohne Investitionen kein wirtschaftliches Wachstum. Wo es dessen ungeachtet noch wirtschaftliches Wachstum gibt, wird dieses Mehr an Produktivität immer wieder durch den Bevölkerungszuwachs "aufgezehrt". Aus diesem "circulus vitiosus", so wird dann folgerichtig weiter argumentiert, kann es unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur einen Ausweg geben: eine drastische Reduzierung des Bevölkerungszuwachses. Das Problem der Unterentwicklung wird dieser Argumentation nach direkt zu einem Problem der Bevölkerungsentwicklung (Bevölkerungszuwachs-Stopp die Vorbedingung für wirtschaftliches Wachstum). Unterentwicklung ist also ein primär bevölkerungspolitisch, nicht wirtschafts- oder gesellschaftspolitisch zu lösendes Problem.

Die Erde bietet insgesamt etwa 365o Millionen Hektar bebaubares Land. Bei einer optimalen Nahrungsmittelversorgung der Menschen (4000 bis 5000 Kalorien pro Person und Tag) würde diese Fläche ausreichen, um 38 bis 48 Milliarden Menschen Ernährung bieten zu können. Diese Zahl liegt zehn- bis dreizehnmal höher als die Zahl der gegenwärtig lebenden Menschen.

Zu diesen Ergebnissen kommt die UNO-Studie "Bevölkerung, Resourcen und Umwelt".

(nach: FR, 24.8.74)

Bei näherem Hinschauen wird schnell deutlich, daß hier von den herrschenden Lehrmeinungen her die Kausalitäten wieder einmal total auf den Kopf gestellt worden sind: Eine richtige Nutzung der in den Entwicklungsländern gegebenen natürlichen Ressourcen, so ist zunächst einmal kritisch zu konstatieren, würde jedes Land in der Dritten Welt (die bevölkerungsstärksten Länder keineswegs ausgenommen) in die Lage versetzen, seine derzeitige Bevölkerung (und auch bei anhaltender Bevölkerungszuwachsrate seine Bevölkerung des Jahres 1985) adäquat zu ernähren. Daran wird auch von konservativer Seite nicht gezweifelt. Überbevölkerung ist immer eine relative Überbevölkerung - relativ zum Entwicklungsstand der Produktivkräfte eines Landes! Das aber erzwingt die Frage, warum existiert in den Entwicklungsländern dieses Mißverhältnis zwischen vorgegebenen Möglichkeiten (natürliche Ressourcen) und tatsächlichen Gegebenheiten (eine an der Bevölkerungsdichte gemessene Unterentwicklung der Produktivkräfte)? Eine befriedigende Antwort auf diese Frage muß zwei Dinge zur Sprache bringen. Sie muß zum einen auf das Ausbeutungsverhältnis eingehen, das seit Beginn der Kolonialepoche zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Industrienationen existiert, und sie muß zum anderen einen in der überwiegenden Mehrzahl von Entwicklungsländern intern gegebenen polit-ökononischen Sachverhalt behandeln.

Wir verweisen im folgenden auf Mario Nikolinakos, der in seinem Aufsatz "Zur Entwicklung von Bevölkerung und Wirtschaft in der Dritten Welt" (3) die für uns hier relevanten Sachverhalte in knapper Form darstellt. Zur Frage des internationalen Ausbeutungszusammenhangs zwischen den kapitalistischen Industrienationen und den Entwicklungsländern schreibt Nikolinakos:

"Das Wirtschaftssystem in den Entwicklungsländern hat sich im Laufe der Kolonialzeit bis zum heutigen Tag in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem in der Form integriert, daß sich die Entwicklungsländer zu Produzenten von Agrarprodukten und Lieferanten von Rohstoffen entwickelt haben, während sich die Industrieländer die Produktion von industriellen Kapital- und Konsumgütern hoher Qualität vorbehielten. Der sogenannte moderne Sektor in den Entwicklungsländern, soweit existent, produziert entweder Konsumgüter für den einheimischen Markt oder beschränkt sich auf Rohstoffindustrien, die für die Industrieländer produzieren. Solche Industrien befinden sich weitgehend in den Händen des ausländischen Kapitals, das seinen Interessen nachkommt. Paul Baran zeigte schon 1957 detailliert die engen Beziehungen des modernen Sektors mit der Wirtschaft der Metropolen und stellte die Ineffektivität solcher Enklaven-Industrien auf die Entwicklung der Wirtschaft der Entwicklungsländer fest...

Die Entwicklungsländer verfügen über ausreichende Rohstoffquellen, die potentiell als Grundlage ihrer Entwicklung dienen können. So tragen drei benachbarte Länder, Surinam, Jamaika und Britisch-Guayana, zu der Weltproduktion von Bauxit 43 % bei, Chile, Sambia und Kongo-Kinshasa zu der Weltkupferproduktion 34 %, Sambia und Kongo-Kinshasa zu der Weltproduktion von Kobalt 61-62 %. Allein Malaysia liefert 41 % der Weltzinnproduktion und zusammen mit Thailand, Indonesien und Bolivien 79 %. Nach einem UNO-Bericht verfügt Afrika über die notwendigen Ressourcen von Bauxit und Strompotential und könnte führend in der Weltaluminiumproduktion sein. Als Aluminiumkonsument steht jedoch Afrika auf

der untersten Stufe. Es verfügt über 33 % der Bauxit-Ressourcen, fördert aber nur 6 % der Weltproduktion. Es verfügt auch über 32 % des erstklassigen hydroelektrischen Weltpotentials, jedoch nur über 2 % der schon entwikkelten hydroelektrischen Kapazität...

Es würde zu weit führen, wenn man hier im einzelnen die Bedeutung des Kapitalexports der Industrieländer und dessen Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer untersuchen wollte. Es sei nur beispielsweise auf die negativen Wirkungen der Ausfuhr von Gewinnen aus ausländischen Investitionen auf die Kapitalbildung in Entwicklungsländern wie auch auf das Phänomen "Kapitalflucht" hingewiesen. So wurden 80 % der Gewinne der ausländischen Gesellschaften in Sambia vor 1968 den Aktionären in den Metropolen ausgezahlt. Zwei Drittel des Wertes der Rohölexporte Nigerias bleiben im Ausland. Es wird über Uganda berichtet, daß zwischen 1955 und 1963 die jährliche Rate der Kapitalbildung von 21,3 % auf 13,6 % zusammenschrumpfte, was auf die Kapitalflucht zurückgeführt wird.

Die obigen Daten zeigen, wie die Entwicklungsländer trotz 'politischer' Unabhängigkeit von den Industrieländern in praktischer, das heißt ökonomischer Abhängigkeit gehalten werden, so daß ihr Entwicklungsprozeß von diesem Abhängigkeitsverhältnis bestimmt wird. Der Endeffekt ist eine Entwicklung der Unterentwicklung."

Unterentwicklung ist nun aber nicht nur ein internationales Problem. Trotz des ständigen Ressourcenabflußes nach außen, könnte es theoretisch mehr Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt geben. Nikolinakos geht hier noch einmal immanent auf die These von der durch die Bevölkerungsentwicklung bedingten Kapitalarmut der Entwicklungsländer ein:

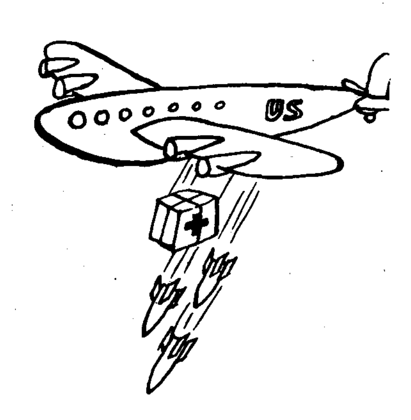
"Häufig wird argumentiert, daß wegen des raschen Bevölkerungswachstums das Volkseinkommen weitgehend konsumiert wird und sehr wenig für die Kapitalbildung übrigbleibt. Hier erkennt man, wie vielfach an die Probleme herangegangen wird, ohne daß wirklichkeitsbezogene analytische Ansätze zugrunde gelegt werden. Nun wird allgemein nicht mehr bestritten, daß erstens die Kapitalbildung..., für die Entwicklung viel weniger wichtig ist als eine Vielzahl anderer Faktoren, die die Rate und Effizienz der Kapitalverwendung beeinflussen können; daß zweitens Kapital in den Entwicklungsländern tatsächlich und potentiell vorhanden ist, das aber nicht produktiv investiert wird. Baran hat auf diesen Tatbestand schon vor vielen Jahren hingewiesen. Ich habe oben die Kapitalflucht aus den Entwicklungsländern und den Abfluß von Gewinnen seitens der ausländischen Gesellschaften angedeutet.(Die angebliche Kapitalarmut in den Entwicklungsländern ist eine Folge der ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung, die Kapital in den Händen einer dünnen Schicht konzentriert, welche nicht bereit ist, im Inland zu investieren. Dies ist von einer Vielzahl von UNO-Expertenkommissionen neuerdings festgestellt worden. Raoul Prebisch hat sogar den Mythos der Konsumfreudigkeit der unteren Schichten, die übrigens durch ihren betont niedrigen Lebensstandard bedingt ist, mit seiner Entdeckung zerstört, daß die Oberschicht in Lateinamerika (5 % der Bevölkerung) einen fünfzehnfach höheren Konsum als die unteren Schichten (50 % der Bevölkerung) hat. Würde man die Einkommensunterschiede drastisch reduzieren, könnte man mindestens 20 bis 25 Prozent des Sozialprodukts für Brutto-Anlageinvestitionen verwenden. Die Beziehung der Bevölkerung auf die Kapitalbildung ist also falsch. Falsch, weil nicht die Bevölkerung, sondern die politökonomischen Verhältnisse die Kapitalbildung beeinflussen."

Um die "Entschärfung der Bevölkerungbombe" zu diskutieren, braucht man keine Weltbevölkerungskonferenz und auch kein Weltbevölkerungsjahr, zu dem die Vereinten Nationen das Jahr 1974 proklamiert haben. Der Baby-Boom ist seit Jahrzehnten bekannt, die Prognosen bis zur Jahrtausendwende sind lange errechnet. Der Bonner Delegationsleiter in Bukarest, Bundesinnenminister Maihofer, den seine Eigenschaft als Dienstvorgesetzter des statistischen Bundesamtes und des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung in diese Rolle brachte, wird bald merken, daß er auf dieser Konferenz eigentlich ein bißchen überflüssig ist.
(FR, 13.8.1974)

Soweit die Antwort Nikolinakos auf die oben gestellten Fragen nach den Ursachen der in den Entwicklungsländern existierenden Mißverhältnisse zwischen Möglichkeiten und gegenwärtiger Realität der ökonomischen Entwicklung. Das sog. Überbevölkerungs-Problem der Entwicklungsländer erweist sich dieser, wie wir glauben, stichhaltigen Antwort nach eindeutig als ein polit-ökonomisches Problem, das nur allein auf diesem Wege zu lösen ist, das ist: über eine Revolutionierung der Sozialstrukturen in den Entwicklungsländern und eine Befreiung

dieser Länder aus dem imperialistischen Zugriff der entwickelten Industrienationen. Allein auf diese Weise können die Entwicklungsländer ihr "Überbevölkerungs-Problem" lösen, d.h. zu einer Entsprechung von Bevölkerungsdichte und Entwicklungsstand der Produktivkräfte gelangen.

Sicher, so ist einzuräumen, gibt es, was das Wachstum der Erdbevölkerung anbelangt, irgendwo ein mehr oder weniger absolutes Limit. Sind jedoch erst einmal auf dem vorweg genannten Wege in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinmaerikas die Bedingungen für eine zufriedenstellende Entwicklung und Nutzung ihrer natürlichen Potentiale geschaffen (Entwicklung und Nutzung im Interesse der dortigen Bevölkerungen) und ist in diesen Ländern auf diese Art und Weise eine adäquate Versorgung aller Bevölkerungsteile sichergestellt, so wird hier eine sich im natürlichen Sinne als notwendig erweisende Beschränkung des Bevölkerungswachstums sich vermutlich kaum noch als ein schwer oder gar nicht zu lösendes Problem zeigen. Eher im Gegenteil: In Gesellschaften, in denen mit der Beseitigung des Elends der Massen der "Reichtum" an Kindern aufgehört hat für den einzelnen die einzige Garantie dafür zu sein, im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und



Alter zu überleben, dürfte die Masse der Bevölkerung auch bereit sein, ihr Zeugungsverhalten im Sinne einer Geburtenbegrenzung zu ändern (dies zumindest dann, wenn die Aufzucht von Kindern weiterhin überschaubaren Kollektiven obliegt, wie der Familie, der Wohngemeinschaft oder der Kommune und darüber dem einzelnen spürbare Opfer abverlangt).

Greifen wir noch einmal auf die oben vorgetragene Kritik an der These von der Unterentwicklung als ein primär demographisch oder bevölkerungspolitisch zu lösendes Problem zurück. Aus ihr wird noch etwas anderes deutlich: Daß nämlich in der in Frage stehenden These nicht nur falsch, sondern auch in unverkennbarer Weise ideologisch argumentiert wird - ideologisch insofern, als mit der in ihr vorgenommenen Umkehrung der Kausalitäten (Unterentwicklung erfolgt aus der Überbevölkerung anstelle von: Überbevölkerung als Folge der durch Ausbeutung und Klassenstruktur bedingten Unterentwicklung) ein unbezweifelbares Herrschaftsinteresse verborgen gehalten wird, das ist: das Herrschaftsinteresse der kapitalistischen Industrienationen gegenüber ihren Ausbeutungspfründen in Lateinamerika, Asien und Afrika. Damit klärt sich zugleich auch die Frage, warum die Konferenz in Bukarest, auf der nach Maßgabe des insbesondere von der USA inspirierten Vorbereitungspapiers nicht über die Ursachen der "Überbevölkerung" in den Entwicklungsländern, sondern über Orientierungsdaten und sofortige staatlich initiierte Maßnahmen (Pille und Pessar) einer Reduzierung des Bevölkerungszuwachses in diesen Ländern diskutiert werden sollte, als eine Mammutshow ersten Grades angelegt war (und warum z.B. die BRD mit 18 Delegierten angereist war). Gelingt es nämlich, mit einem entsprechenden publizistischen Getöse die Entwicklungsländer dahin zu bringen, ihr sog. Bevölkerungsproblem rein technologisch, sozusagen mit Pille und Pessar, zu lösen, so wird sich auch der in vielen dieser Länder durch Massenelend und Hunger gestörte Ausbeutungsfrieden wieder herstellen lassen. Daß aufgrund der Aktivität von Ländern wie Algerien und China die Mehrheit der 6000 Delegierten in Bukarest hier nicht so recht mitzogen, womit verhindert werden konnte, daß die UNO in dieser Frage als ein Beherrschungsinstrument der Entwicklungsländer mißbraucht wurde, muß als ein erfolgreiches Ergebnis der Bukarester Konferenz gewertet werden.

Anmerkungen:

1) epd Entwicklungspolitik, aktuelle Vorausinformation, 2/74, S. 1

2) ebd. S. 4

3) in: Mackensen/Weber, "Dynamik der Bevölkerungsentwicklung - Strukturen und Bedingungen", München 1973 (der genannte Aufsatz empfiehlt sich sehr zu tieferer Einarbeitung in das hier angesprochene Problem; diesbezüglich zu empfehlen ist außerdem: Ideologiekritik 6, "Bevölkerungsexplosion - Ursache von Unterentwicklung?", in: "blätter des iz3w", Heft 25)

Argentinien und der Peronismus nach dem Tode Perons

Argentinien-Gruppe, Freiburg

Am 1. Juli starb der argentinische Staatspräsident Juan Domingo Peron, "einer der bemerkenswertesten Politiker Lateinamerikas" (Spiegel 28/74), die "Vaterfigur" der Argentinier (FR 5.7.74).

Peron war am 23. September 1973 mit der überwältigenden Mehrheit der Stimmen (62 %, d.h. mehr als 7 Mill.) zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt worden, was zumindest in Lateinamerika einmalig ist. Nach seinem Tode reihten sich Hunderttausende von Menschen bei Kälte und strömendem Regen in Schlangen von vielen Kilometern Länge ein, um nach einer Wartedauer von 20 und mehr Stunden einen letzten kurzen Blick auf den toten Caudillo (1) werfen zu können. In vielen Häusern im ganzen Land wurden unter Fotos von Peron Kerzen angezündet und kleine Altäre und Blumen aufgestellt. Das Wirtschaftsleben kam zum Erliegen. Eine Woche lang war Argentinien wie erstarrt.

Peron drückte den Wunsch und die Sehnsucht weiter Teile des argentinischen Volkes nach Beendigung von Unterdrükkung, Ausbeutung und Rechtlosigkeit sowie nach Verbesserung und Sicherung ihrer Lebenslage aus. Eine Sehnsucht, die durch die z.T. katastrophale Lebenssituation des Volkes hervorgebracht und durch Peron in dessen beiden ersten Amtsperioden, im wesentlichen aber in den Jahren 1943-49, in Ansätzen erfüllt wurde. Warum konnte aber der Tod Perons noch eine so starke Reaktion hervorrufen und viele Menschen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung in Ratlosigkeit stürzen, obwohl es unter Peron in den knapp 9 Monaten, die er jetzt regiert hatte, keine Verbesserung der Lebenssituation des Volkes gab, der Druck auf das Volk vielmehr zunahm? Wen vertrat Peron wirklich und wie sieht die nächste Zukunft Argentiniens ohne Peron aus? Um diese Fragen beantworten zu können, ist es erforderlich, zunächst darauf einzugehen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen Peron 1946 Präsident wurde, was 1955 zu seinem Sturz führte und warum er 1973 wiederum zum Präsidenten gewählt werden konnte.

Von der spanischen Kolonialherrschaft zur Abhängigkeit vom britischen Imperialismus

Im 19. Jahrhundert geriet Argentinien unter brit[illegible]hen Einfluß.

Als in Argentinien nach der Unabhängigkeitserklärung 1816 der bisher von den Spaniern unterdrückte freie Handel zugelassen und Argentinien in das kapitalistische Welthandelssystem einbezogen wurde, konnten die einheimischen - in handwerklicher Arbeit hergestellten - Erzeugnisse nicht mehr mit den in insbesondere englischen Manufakturen und Fabriken hergestellten Waren konkurrieren (weder qualitätsmäßig noch preislich). Englische Waren überschwemmten in der Folgezeit den argentinischen Markt, was zu einer Schwächung der entsprechenden argentinischen Produktionszweige führte. Eine Belebung erfuhr dagegen die Produktion solcher Güter, deren Herstellung nicht so sehr auf Maschinen angewiesen war, sondern die aufgrund der natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens rentabel erzeugt werden konnten und somit auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig waren: Vieh, Wolle und Weizen. Aus der Einschränkung der landwirtschaftlichen Produktion auf solche Güter, die im Außenhandel verkäuflich waren, und der gesteigerten Einfuhr fabrikmäßig produzierter Waren resultierte eine Tendenz zur landwirtschaftlichen Monokultur und die Verhinderung des Aufbaus einer nationalen Industrie. Argentinien wurde so mehr und mehr abhängig von der Nachfrage anderer Länder nach Landwirtschaftserzeugnissen und dem Angebot von Industrieerzeugnissen durch andere Länder. Die herrschenden Klassen, die ein Interesse an der Festigung dieser Abhängigkeitsstrukturen hatten, waren die Handelsbourgeoisie (2) und die Großgrundbesitzerklasse (3), die in der Folgezeit auf vielfältige Weise miteinander verschmolzen.

Ende des 19. Jahrhunderts nahm die kapitalistische Produktion in einigen westeuropäischen Ländern, insbesondere England, Deutschland und Frankreich, sowie in den USA einen ungeheuren Aufschwung. Daneben fand auch eine Konzentration des Bankwesens und schließlich eine Verschmelzung des Bank- mit dem Industriekapital zum Finanzkapital statt, einem Kapital, das in der Macht der Banken und in der Verwendung der Industriellen steht. Die Zunahme der Warenproduktion hatte zur Folge, daß zunächst der Warenaustausch innerhalb eines Landes wie auch international anstieg. Die unvermeidlich ungleichmäßige und sprunghafte Entwicklung einzelner Unternehmen, einzelner Industriezweige und einzelner

Länder führte sowohl zur Bildung von Monopolverbänden von Unternehmen in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus als auch zur Monopolstellung der wenigen überaus reichen Länder. So besaßen England, Frankreich, Deutschland und die USA 1910 nahezu 80 % des Weltfinanzkapitals.

Den in diesen Ländern angehäuften riesigen Kapitalien wurde es immer schwerer, sich weiter zu entwickeln, d.h. realisiert und verwertet zu werden. Die Zunahme der Zahl von Waren führte zu Absatzschwierigkeiten im Inlande, was eine Steigerung des Warenexports notwendig machte. Andererseits nahm die Zahl der Anlagemöglichkeiten für Kapital innerhalb dieser industrialisierten Länder aufgrund der ungeheuren Akkumulation von Kapital ab; es entstand ein Kapitalüberschuß, der eine Ausfuhr von Kapital in andere rückständige Länder erforderlich machte. Dem Kapital in den industrialisierten Ländern fehlte ein Spielraum für "rentable" Betätigung, den es in den rückständigen Ländern aufgrund der höheren Profite noch vorfand. Die Suche nach Absatzmärkten für Waren, Anlagemöglichkeiten für Kapital und Beherrschung von Rohstoffquellen führte zu einer Aufteilung der Welt unter einige internationale monopolistische Unternehmerverbände sowie zu einer territorialen Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte (verstärkte Jagd nach Kolonien in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts). Der Kapitalismus hatte sich somit zu seiner entwickeltsten Form, dem Imperialismus, fortgebildet.



Der Notwendigkeit der Ausfuhr von Kapital folgend investierten ausländische und insbesondere englische Unternehmer seit den 70er Jahren gerade auch in Argentinien. Zu der Eroberung des argentinischen Marktes durch vornehmlich britische Erzeugnisse kam nun noch die Durchdringung mit ausländischem Kapital, das zunächst im Infrastruktur- (Eisenbahnnetz) und exportorientierten Landwirtschaftssektor und später im industriellen Sektor angelegt wurde, soweit dieser für den Export interessant war (Fleischverarbeitung, Energiesektor).

In dem Maße, wie sich der Imperialismus mit Hilfe des Kapitalexports ausdehnt, entwickelt sich aber auch der Kapitalismus in dem Land, in das Kapital exportiert wird. So wurde die ohnehin schnelle kapitalistische Entwicklung Argentiniens enorm beschleunigt, durch die zwei weitere gesellschaftliche Klassen hervorgetrieben wurden: die nationale Bourgeoisie (4) und die Arbeiterklasse. Gleichzeitig nahm die Verfilzung der Interessen der einheimischen Oligarchie (5) mit den ausländischen Interessen zu.

Während des ersten imperialistischen Weltkrieges waren die europäischen Industrieländer in steigendem Maße auf die Einfuhr von Nahrungsmitteln angewiesen. Gleichzeitig erforderte die Umstellung der Industrie auf Produktion von Kriegsmaterial die Einschränkung der Produktion und Ausfuhr von anderen Industrieprodukten. In Argentinien, das in dieser Situation gute Absatzmöglichkeiten für seine landwirtschaftlichen Produkte vorfand, wurde durch die erhöhten Deviseneinnahmen, die aus der verstärkten Ausfuhr der Agrarprodukte resultierten, sowie durch die Senkung der Industrieerzeugnisimporte der Aufbau einer einheimischen Industrie begünstigt. Nach Kriegsende war eine konkurrenzfähige argentinische Industrie jedoch noch nicht vorhanden, so daß es den verschuldeten Industrieländern gelang, die Abzahlung der von Argentinien gewährten Kredite in Form von Industrieerzeugnissen durchzusetzen. Das bedeutete aber nichts anderes als den Zwang, erneut in großem Umfang ausländische Industrieerzeugnisse einzuführen, und damit die Ruinierung der aufkeimenden nationalen Industrie.

Verstärkte Herausbildung einer nationalen Bewegung nach der Weltwirtschaftskrise 1929

Nach der Weltwirtschaftskrise 1929 wurde Argentinien durch den Zusammenbruch des Welthandels wiederum von der Einfuhr europäischer und amerikanischer Industrieerzeugnisse abgeschnitten und der Aufbau einer einheimischen Industrie dementsprechend begünstigt. Die industrielle Entwicklung, die an den Bedürfnissen des Inlandsmarktes orientiert war, ging voran, obwohl durch den Zusammenbruch des Welthandels auch der Export von argentinischen Landwirtschaftsproduk-

ten behindert und daher auch die Deviseneinfuhr eingeschränkt wurde und obwohl die herrschende Agrar- und Handelsbourgeoisie zusammen mit den ausländischen Monopolunternehmen die Finanzierung erschwerte (z.B. indem die von ihnen beherrschten Banken die Vergabe von Krediten ablehnten). Möglich war dies aufgrund der durch die Weltwirtschaftskrise in der argentinischen Landwirtschaft hervorgerufenen Krise, die zur Folge hatte, daß die arbeitslos gewordenen Landarbeiter in die großen Industriezentren strömten und dort als jederzeit verfügbares Heer billiger Arbeitskräfte den Kapitalisten die Anschaffung teurer Maschinen ersparten.

Die für alle Teile des Volkes wie auch für die einheimischen Unternehmer spürbaren Folgen der Abhängigkeit vom ausländischen Kapital und die verstärkte Offensive des - allgemein im Weltmaßstab zunehmend stärker werdenden - US-Imperialismus auf dem lateinamerikanischen Kontinent führten zur Herausbildung einer starken nationalistischen Bewegung, in der sich die nationale Bourgeoisie, die Arbeiterklasse und die Bauern in der Ablehnung des ausländischen Einflusses einig waren. Die durch die Krise in der Landwirtschaft in die großen Industriezentren getriebenen Landarbeiter und armen Bauern vergrößerten nicht nur die Zahl der Industriearbeiter; diese aus dem Landesinneren kommenden, unqualifizierten kreolischen (d.h. in Argentinien geborenen) Arbeitskräfte drängten die privilegierte Arbeiterschicht europäischer Herkunft, die sich um die Jahrhundertwende im Verlaufe großer Einwanderungswellen herausgebildet hatte, zurück und bewirkten eine totale Umstrukturierung der argentinischen Arbeiterklasse. Das bei ihnen vorhandene ungebrochene nationale Bewußtsein trieb die Entwicklung einer mächtigen, gegen ausländische Wirtschafts- und Machtinteressen gerichteten politischen Bewegung voran. Gleichzeitig behinderte aber die politische Unerfahrenheit das Entstehen eines eigenen Klassenbewußtseins.

Machtübernahme durch Peron - vorübergehender Aufschwung des nationalen Kapitalismus und Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse

Als Ausdruck dieser Bewegung versuchte eine Gruppe von nationalistischen Offizieren, zu denen auch der damalige Generalleutnant Peron gehörte, einer Vormachtstellung des US-Imperialismus auf wirtschaftlicher, politischer und militärischer Ebene, wie sie bereits in einigen lateinamerikanischen Ländern bestand, entgegenzutreten. Die Gruppe putschte am 4. Juli 1943, um zu vermeiden, daß Argentinien den Achsenmächten (Deutschland, Italien, Japan) den Krieg erklärte, weil die Kriegserklärung an die Achsenmächte und das damit verbundene Zusammengehen mit den USA den Einfluß der USA in Argentinien schlagartig vergrößert hätte (Stationierung amerikanischer Truppen in US-Stützpunkten in Argentinien; Versorgung dieser Truppen zu Preisen, die unter den Weltmarktpreisen gelegen hätten; Außenhandel auf Schiffen nur unter dem Schutz von US-Kriegsschiffen).

Im Kampf gegen die ausländischen Machtinteressen suchte die Offiziersgruppe um Peron die aktive Unterstützung der Arbeiterklasse. Nach der erfolgreichen Durchführung des Putsches brachte Peron als Arbeitsminister in der Zeit zwischen 1943 und 1945 der Arbeiterklasse eine große Reihe von materiellen Verbesserungen ihrer Lebenslage. Systematisch baute er eine starke Gewerkschaftsorganisation auf; aus einer Gewerkschaftsbewegung von 25.000 Mitgliedern wurden zwischen 1943 und 1945 starke einheitliche Gewerkschaften mit 3,5 Millionen Mitgliedern. Die ideologische Führung in diesen Gewerkschaften sicherte er sich durch die Einsetzung von ihm treu ergebenen Anhängern in leitenden Posten der Gewerkschaftshierarchie.

Im Oktober 1945 schlugen die Imperialisten und die mit ihnen verbundene argentinische Oligarchie zurück. Peron wurde abgesetzt und verhaftet. Die in einem sehr kurzen Zeitraum erfolgte ungeheure Verbesserung der materiellen und organisatorischen Lage der Arbeiterklasse hatte aber bereits den Generalleutnant Peron zum Führer der argentinischen Arbeiterklasse gemacht, hinter dem diese auch stand. Durch seine Handlung als Arbeitsminister, durch soziale Demagogie und antiimperialistische Reden war es Peron gelungen, die Volksmassen zu begeistern und an seine Politik zu binden. Von daher ist es zu verstehen, daß am 17. Oktober 1945 große Arbeitermassen das Stadtzentrum von Buenos Aires besetzten und die Freilassung Perons und dessen Wiedereinsetzung in seine Ämter verlangten. In den darauf festgelegten und im Februar 1946 durchgeführten freien Wahlen ging Peron mit der absoluten Mehrheit der Stimmen als Sieger hervor.

Der nun folgende starke Aufschwung des Kapitalismus war nur möglich auf dem Boden einer relativ günstigen Weltlage. Der bisher vorherrschende britische Imperialismus war im Zerfall begriffen und konkurrierte mit dem immer stärker werdenden US-Imperialismus. Die Nachfrage nach argentinischen Agrarprodukten in und nach dem Zweiten Weltkrieg war wegen der Belastung der kriegführenden imperialistischen Länder groß; die Überschüsse aus dem Agrarexport konnten somit über das staatliche Außenhandelsmonopol in den Aufbau der kleinen und

mittleren Industrie gelenkt werden. Die gefüllten Geldkammern der Nationalbank erlaubten es Peron, die Lebenssituation der Arbeiterklasse erheblich zu verbessern. Die Löhne wurden zwischen 1943 und 1950 um 500 % erhöht, während die Lebenshaltungskosten im gleichen Zeitraum nur um 300% stiegen. Ein umfassendes Sozialsystem, Kündigungsschutz und der 13. Monatslohn wurden eingeführt, um nur einige der Maßnahmen zu nennen.

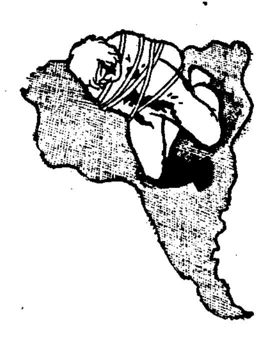
Das Scheitern der Politik Perons

Die für die Politik des begrenzten Antiimperialismus der Regierung Perons günstige Weltsituation änderte sich jedoch Ende der 40er Jahre. Als die Nachfrage nach Agrarprodukten nachließ, demzufolge die Preise für die argentinischen Agrarexporte fielen und die traditionelle Einnahmequelle versiegte, wurde die Möglichkeit zum weiteren Ausbau der nationalen Industrie und zu einer weiteren Verbesserung der Lebenssituation der Arbeiterklasse eingeschränkt. Peron begann, die Krise auf die Arbeiterklasse abzuwälzen und zunehmend mehr Konzessionen an den auf dem lateinamerikanischen Kontinent immer stärker werdenden US-Imperialismus zu machen. Obwohl Peron verschärften Druck auf die Arbeiterklasse ausübte, versagte die nationale Bourgeoisie Peron daraufhin die weitere Unterstützung, weil seine Politik für sie nicht mehr genügend Profite brachte, und entschied sich bei der Suche nach einem Bündnispartner für den Ausweg aus ihrer Situation für ein Zusammengehen mit dem US-Imperialismus und der einheimischen Oligarchie. Diese Kräfte organisierten schließlich am 19. September 1955 einen Militärputsch, in dem Peron gestürzt wurde.

Die vielfältigen Schwierigkeiten der Regierung Peron und der Sturz Perons zeigen, daß der Peronismus weder geeignet war, dem argentinischen Volk seine Unabhängigkeit von ausländischen Interessen zu bringen, noch dazu in der Lage war, allen herrschenden Klassen oder wenigstens einer dieser Klassen günstige Bedingungen für ihre Weiterentwicklung zu sichern.

Perons Politik war zu keinem Zeitpunkt darauf ausgerichtet, Ausbeutung, Unterdrückung und politische Entrechtung für die Arbeiterklasse und das Volk endgültig zu beseitigen. Er wollte den Kapitalismus nicht ein für alle Mal überwinden, sondern von dem Kuchen, den die argentinische Arbeiterklasse schuf und den sich vor allem die ausländischen Monopole einverleibten, ein größeres Stück für die nationalen Unternehmer herausschneiden. "Wir sind in keiner Weise Feinde des Kapitals und man wird in Zukunft sehen, daß wir seine wirklichen Verteidiger gewesen sind. Es ist notwendig, zwischen dem internationalen Kapitalismus der Monopole und dem einheimischen Industriekapital zu unterscheiden. Wir haben das letztere verteidigt und den ersteren pausen- und erbarmungslos bekämpft." ("Doctrina Peronista", 1951). Um diese Politik eines abhängigen Kapitalismus zu ermöglichen, versuchte er, die Arbeiterklasse, die notwendigerweise mit zunehmender Industrialisierung an Zahl und Kraft wachsen mußte, von vornherein an seine Politik der Klassenharmonie zu fesseln. Die Arbeiterklasse sollte von ihren eigenen Interessen abgelenkt und gleichzeitig als politische Basis für einen nationalen Kapitalismus sowie als dessen Konsumenten gewonnen werden. "Meine Herren Kapitalisten, fürchten Sie meinen Syndikalismus nicht. Die nicht-organisierten Arbeitermassen sind gefährlich, denn sie sind nicht integriert." - Folgerichtig schuf er den von ihm abhängigen Gewerkschaftsapparat.

Zum anderen mußte Peron, wenn er eine Politik zur Fortentwicklung des nationalen Kapitals machen wollte, eben gerade an der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus im Weltmaßstab scheitern. Wenn er auch in begrenztem Umfang eine Politik gegen die ausländischen Interessen verfolgte, konnte er doch letztlich nicht an der Stärke der ausländischen Monopole und den hinter ihnen stehenden Regierungen und Gewaltapparaten vorbei. Wenn er die Macht dieser Monopole hätte brechen wollen, hätte er sich konsequent auf die Kraft der Arbeitermassen stützen müssen. Das hätte aber - und dies erkannte Peron sehr wohl - den bürgerlich-reformistischen Rahmen seiner Politik gesprengt und das Ende des Kapitalismus allgemein in Artentinien bedeutet.



1955-1973: Argentinien wird zur Kolonie des US-Imperialismus

Die Politik der folgenden Zivilregierungen und der direkten Diktatur der Militärs zwischen 1966 und 1973 öffnete dem ausländischen, insbesondere dem US-Kapital, Tür und Tor und machte Argentinien zu einer Kolonie der US-amerikanischen Monopole. Durch Maß-

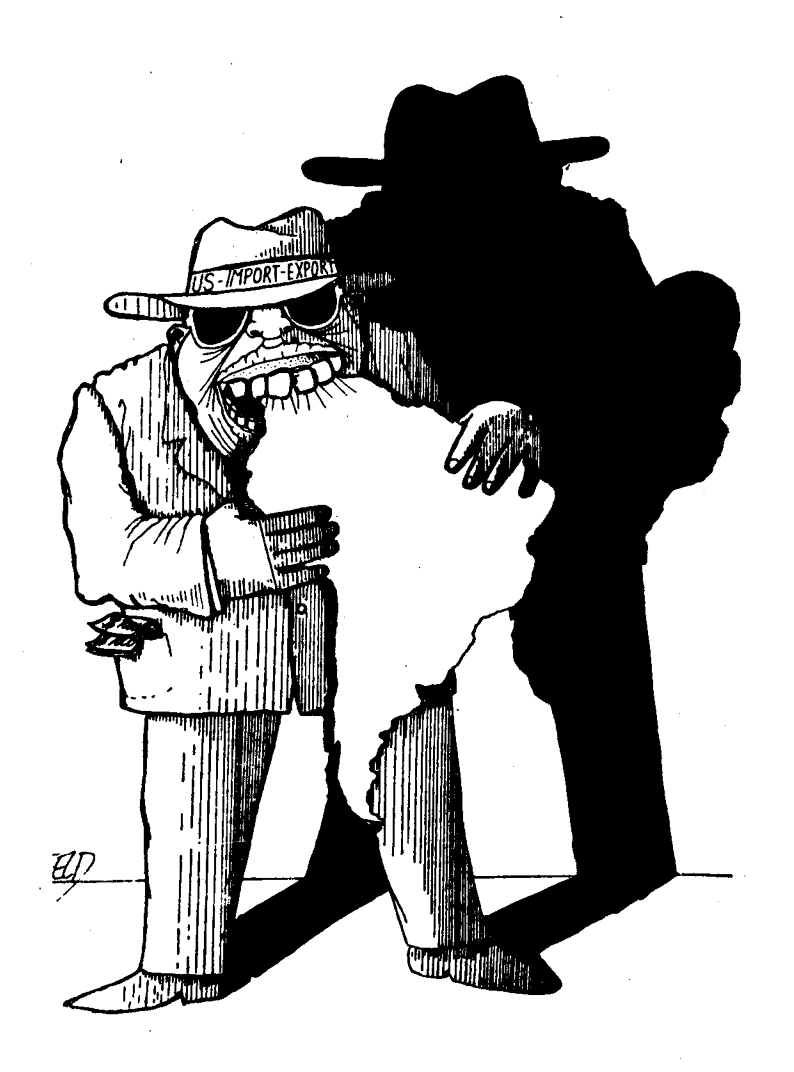
nahmen wie die Aufhebung des staatlichen Handelsmonopols wurden die Produzenten und Exporteure landwirtschaftlicher Erzeugnisse begünstigt. Die Entwicklung der nationalen Industrie wurde durch drastische Kürzung der Kredite an die kleinen und mittleren Unternehmer gebremst und gleichzeitig das Eindringen ausländischen Kapitals nicht behindert, was zur Folge hatte, daß die industrielle Entwicklung zunahm, aber unter Kontrolle des ausländischen Kapitals. Die Vorenthaltung von Krediten und die technologische Überlegenheit der ausländischen Monopole beschleunigten den Prozeß der Ruinierung und Auslieferung der kleinen und mittleren nationalen Unternehmer an die ausländischen Monopole. Am stärksten war der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß und das Eindringen ausländischen Kapitals in den Jahren nach der offenen Machtübernahme durch die Militärs 1966. Gleichzeitig nahm die Durchsetzung aller Bereiche des öffentlichen Lebens bis hinein in die Institutionen der Massenmedien und des Bildungswesens mit Vertretern der ausländischen Monopolinteressen zu.

Um diese Politik abzusichern, war es notwendig, permanenten Druck auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und des Volkes auszuüben. Als Reaktion darauf und auf die hiermit verbundene Repression entstand eine breite und starke Bewegung im Volk, die die Rückkehr Perons zum Ziel hatte.

Der Kampf für die Rückkehr Perons und die erneute Machtübernahme durch den Peronismus

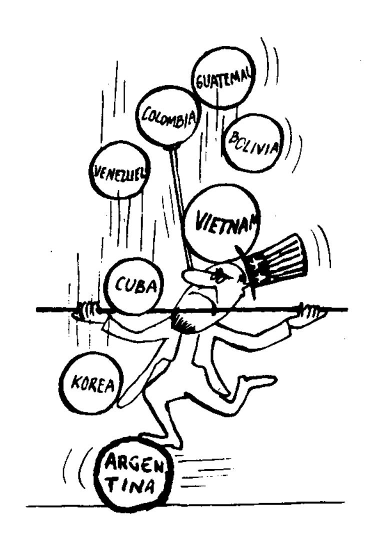
Der schnelle Wechsel der offenen und versteckten Militärregierung zwischen 1955 und 1973 ist Ausdruck des Widerstands, den das Volk der Politik im Interesse des ausländischen Kapitals, der einheimischen Oligarchie und Großbourgeoisie entgegensetzte, sowie der Unfähigkeit dieser Regierungen, Regierungs- und Wirtschaftsprogramme mit wechselnden Namen (6) als im Interesse des argentinischen Volkes liegend zu verkaufen. Alle Versuche, den Peronismus zu verbieten, zu vernichten oder einen Peronismus ohne Peron zu schaffen, schlugen fehl. Die Kämpfe in allen Teilen des Volkes wurden zunehmend stärker und mündeten schließlich in militante Aufstände, bei denen z.T. ganze Stadtteile besetzt wurden (wie beim sog. "Cordobazo" 1969 in der zweitgrößten Industriestadt Cordoba). Der Widerstand nahm immer organisiertere Formen an. Es entstanden Gegengewerkschaften, auf die die peronistische Gewerkschaftsbürokratie keinen Einfluß hatte; es bildeten sich eine Reihe von Guerillagruppen innerhalb und außerhalb des Peronismus sowie die marxistisch-leninistischen Organisationen "Vanguardia Comunista" ("VC") und "Partido Comunista Revolucionaria" ("PCR").

Die politisch weitsichtigeren Militärs erkannten die Gefährlichkeit dieser Bewegungen für das System als ganzes und sahen sich gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Die Rückkehr der peronistischen Bewegung an die Macht schien für sie die einzige Möglichkeit zu sein, die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes einzudämmen und die Profite der herrschenden Kräfte zu retten. Sie schrieben daher freie Wahlen aus und gestatteten der peronistischen Bewegung die Teilnahme an diesen Wahlen. Da die herrschenden Militärs unter General Lanusse die Teilnahme von Peron selbst nicht zuließen, ernannte Peron seinen Stellvertreter Hector Campora zum Präsidentschaftskandidaten der unter peronistischer Führung gebildeten "Justizialistischen Front der Nationalen Befreiung" (FREJULI). Unter der Parole "Campora an die Regierung - Peron an die Macht" wurde Campora in den Wahlen vom 11. März 1973 zum Präsidenten gewählt.



Der Mythos Peron und seine Ursachen

Daß die Peronisten und Peron - wenn auch dieser zunächst noch nicht formell - wieder an die Macht kommen konnten, hat zum einen seinen Grund darin, daß die Militärs nicht einen Augenblick lang in der Lage gewesen waren, dem Volk wenigstens minimale Verbesserungen seiner Lebenslage zu bringen, sondern statt dessen nur re-



pressiven Druck in allen Bereichen der Gesellschaft ausgeübt hatten, um den herrschenden Klassen, die sie vertraten, die Profite zu sichern; zum anderen hat es seinen Grund darin, daß um die Person Perons ein Mythos gewaltigen Ausmaßes entstanden war, der Peron den herrschenden Kräften als einzige Möglichkeit erscheinen ließ, die zunehmend stärker werdenden Bewegungen im Volk unter Kontrolle zu bringen und zu demobilisieren.

Dieser Mythos konnte entstehen, weil Peron es war, der der argentinischen Arbeiterklasse eine große Verbesserung ihrer materiellen Lebenslage gebracht hatte, und zwar in einem Umfang, der sogar über das hinausging, was die kommunistischen und sozialistischen Parteien über Jahrzehnte hin als Forderung aufgestellt hatten. Der bereits unter Peron selbst Anfang der 50er Jahre begonnene Druck auf das Volk und die wieder zunehmende politische Entrechtung wurden angesichts der brutalen Unterdrückung und des Verbots der peronistischen Bewegung unter der Regierung nach Peron nicht mehr erkannt. Der Sturz Perons 1955 wurde vielmehr von vielen als Ausdruck der Gefährlichkeit Perons für die Interessen der Imperialisten gedeutet und trug so zur Verklärung der Person Perons bei.

Zum anderen hatte Peron die Organisierung der Arbeiterklasse durch die Schaffung einer starken Gewerkschaft (CGT) vorangetrieben. Dadurch, daß er sich in seinen Aktionen auf die Arbeiterklasse stützte, gab er dieser ein ganz neues, bis dahin nicht erlebtes Selbstwertgefühl.

Nicht wegzudenken ist in diesem Zusammenhang seine damalige Frau Eva Duarte ("Evita"), die durch ihre gewaltige Ausstrahlungskraft die Massen begeisterte und von ihnen vergöttert wurde; eine Frau, die aus dem Volke kam, seine Sprache sprach und seine Sympathie durch schnelle und unmittelbare Hilfsaktionen für die Armen gewann. Ohne Evita hätte schwerlich der Mythos Peron in der Form entstehen können, wie er sich beim Wahlsieg im März 1973 ausdrückte.

Ein weiterer wesentlicher Faktor für die Bindung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Führung im antiimperialistischen Kampf und die Verstärkung des Mythos Peron war das Fehlen einer Partei, die eine selbständige Politik der Arbeiterklasse vertrat. Die kommunistische Partei bezeichnete den Peronismus als faschistisch, übersah die antiimperialistischen Tendenzen des Peronismus und unterließ es gerade, die Begrenztheit eines unter bürgerlicher Führung stehenden Antiimperialismus aufzuzeigen. Die bloße Bezeichnung Perons als Faschisten bei gleichzeitiger Ignorierung der Verbesserung der Lage des argentinischen Volkes erleichterte es Peron, den Antikommunismus voranzutreiben.

Die Regierung Campora - Die Klassenfronten werden deutlicher

Die Bedingungen für die Herrschaft Perons waren 1973 nicht mehr dieselben wie 1943. 1973 gab es keine gefüllten Geldkammern mehr, aus denen er der Arbeiterklasse und dem Volk materielle Verbesserungen hätte bescheren können. Die Arbeiterklasse war nicht mehr dieselbe wie früher. In dem Maße, wie Peron sich in seinen ersten beiden Amtsperioden zur Unterstützung seiner Politik auf die Arbeiterklasse gestützt hatte, hatte er gleichzeitig den Grundstein für eine selbständig handelnde Arbeiterklasse gelegt, eine Arbeiterklasse, die sich zunehmend freimacht von reformistischen Illusionen und einer bürgerlichen Führung im antiimperialistischen Kampf. In den Jahren zwischen 1955 und 1973 hatten die Arbeiterklasse und das Volk gelernt zu kämpfen, hatten zunehmend ihre eigenen Interessen erkannt und gelernt, sie selbständig durchzusetzen.

Der Peronismus ist keine klare, von den Interessen einer Klasse getragene Bewegung, sondern eine populistische Bewegung, in der nahezu alle politischen Auffassungen und Klasseninteressen vertreten werden. Das politische Spektrum geht von faschistischen Strömungen bis hin zu linken Peroni-

sten, die ihre Politik auf der Grundlage einer Analyse der gesellschaftlichen Situation machen, die marxistische Ansätze aufweist. War dieses Spektrum während des peronistischen Widerstands zwischen 1955 und 1972, als Lanusse die Ausschreibung von Wahlen genehmigte, noch durch die Forderung nach der Rückkehr Perons und den Kampf dafür zusammengehalten, so brachen die Widersprüche genau zu dem Zeitpunkt auf, wo feststand, daß Peron nach Argentinien zurückkehren würde. Es zeigte sich, daß die Klassenfronten quer durch die peronistische Bewegung laufen. Peron hatte von seinem Exil in Madrid aus rechte und linke Peronisten gegeneinander ausgespielt, indem er die linken Peronisten fortwährend ermunterte und sich als ihr Vertreter darstellte, sich aber andererseits nicht von den rechten Gewerkschaftsführern trennte.

Als Campora als Vertreter der peronistischen Mitte nach seiner Amtsübernahme am 25. Mai 1973 sofort alle politischen Gefangenen freiließ, Archive der Geheimpolizei vernichten ließ, diplomatische Beziehungen zu Kuba, Nordkorea und Nordvietnam aufnahm und zahlreiche Ämter in den peronistischen Parteigremien und in der Verwaltung mit Linksperonisten besetzte, bliesen die rechten Peronisten, denen dies zuviel war, zum Angriff. Am 20. Juni 1973, als Peron nach Argentinien zurückkehrte und sich eine riesige Menschenmenge (Schätzungen bewegen sich zwischen 500.000 und 4 Mill.) auf dem Flughafen Ezeiza versammelte, veranstaltete die peronistische Rechte unter maßgeblicher Führung der Gewerkschaftsbürokratie ein Massaker unter der linken "peronistischen Jugend", dem zwischen 200-300 Menschen zum Opfer fielen. Am 13. Juli 1973 wurde Campora schließlich auf massives Drängen der Gewerkschaftsbürokratie und der Rechten Parteiperonisten wie dem Sozialminister und Privatsekretär Perons, Lopez Rega, zum Rücktritt gezwungen und damit auf eine direkte Präsidentschaftsübernahme durch Peron hingearbeitet.

Bei den Wahlen am 23. September 1973 erhielt Peron 62 % der Stimmen, am 12. Oktober übernahm er formell das Amt des Präsidenten und löste den Interims-Präsidenten Lastiri ab.

Die Regierung Peron - Unterdrückung und Terror nehmen wieder zu

Seit dem Sturz Camporas machten die rechten Peronisten die liberalen Errungenschaften der Amtszeit Camporas wieder rückgängig. Die Unterdrückung wurde in allen Bereichen der Gesellschaft verschärft und nahm z.T. Ausmaße an, wie sie nicht einmal unter der Militärdiktatur vorhanden gewesen waren. Unter der Parole "Antimarxistische Säuberung" wurden nach und nach die linken Peronisten aus Partei- und Verwaltungsposten hinausgeworfen. Die peronistische Rechte ging zusammen mit der Polizei mehr und mehr dazu über, linke Peronisten physisch zu liquidieren. Entführungen, Folterungen, Bombenanschläge und Erschießungen nahmen täglich zu. Die Strafgesetze wurden verschärft, die Kündigung öffentlicher Bediensteter erleichtert, die Position der Gewerkschaftsbürokratie gegenüber der Basis gestärkt, die Guerilla-Organisation ERP ("Revolutionäres Volksheer") und eine Reihe von Zeitungen linker Gruppen verboten. Die Polizeispitze wurde mit Offizieren besetzt, die bereits unter der Militärdiktatur gute Folterdienste für die herrschende Minderheit geleistet hatten. Faschistische Organisationen verstärkten ihre Aktivitäten.

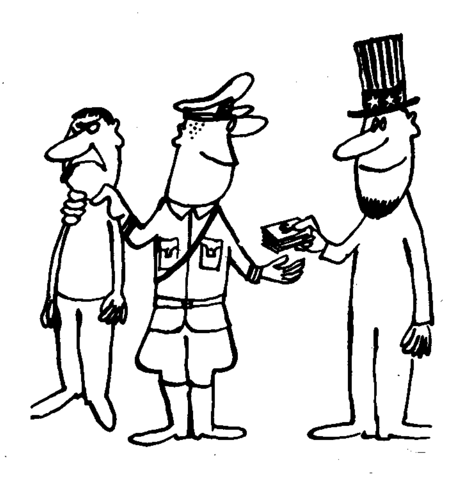
Peron verfolgte eine Taktik, wie er sie bereits früher mit Erfolg betrieben hatte: er hielt sich stets aus der Schußlinie, indem offiziell für das Vorgehen gegen linke Peronisten und das Volk immer andere verantwortlich waren, er selbst hingegen als der große "Einiger" aufgebaut wurde. Lange ließ sich jedoch nicht verschleiern, daß Peron der Arbeiterklasse und dem Volk nichts geben konnte, daß er nicht die Befreiung von Ausbeutung, Unterdrückung und Rechtlosigkeit bedeutete, sondern die Aufgabe hatte, die Arbeiterklasse möglichst lange vom selbständigen Handeln abzuhalten.

Als ein wesentlicher Hebel zur Kontrollierung der Arbeiterklasse sollte der bereits unter der Regierung Campora zwischen dem Unternehmerverband CGE und der CGT abgeschlossene "Sozialpakt" dienen. Diese Vereinbarung sieht einen Lohnstop von 2 Jahren bei



gleichzeitigem Preisstop für einige Güter des täglichen Bedarfs vor. Die Arbeiterklasse und die anderen Teile des Volkes ließen sich jedoch weder durch diesen Sozialpakt noch durch die Abwiegelungsversuche der Gewerk-

schaftsbürokratie von der Durchsetzung ihrer aktuellen Forderungen abbringen. Selbst am Tag nach der Präsidentschaftsübernahme durch Peron am 12. Oktober 1973 gab es Arbeitskämpfe und Fabrikbesetzungen. Größtenteils wurden die Arbeitskämpfe sogar im Namen Perons geführt, indem sich die Arbeiter auf Worte Perons beriefen und mit diesen ernst machen wollten.



Peron griff bei den Auseinandersetzungen an den Arbeitsplätzen sowie zwischen revolutionären und linksperonistischen Organisationen einerseits und faschistischen Banden und den bewaffneten Einheiten des Staates andererseits nicht zugunsten des kämpfenden Volkes und der linken Organisationen ein, wie es die linken Peronisten, die immer noch unter der Parole "Peron-Peron" antraten, erwartet hatten. Dadurch wurde immer klarer, daß Peron die Macht der ausländischen Monopole und der mit ihm verbündeten Teile der Oligarchie und Großbourgeoisie nicht brechen wollte, sondern lediglich neue Bedingungen der Abhängigkeit von US-Imperialismus erhandeln wollte.

Die Arbeiterklasse und das Volk begannen sich mit zunehmender Klarheit von Peron zu lösen. Dieser Ablösungsprozeß hat aber zu keiner Zeit den Punkt erreicht, wo Volksmassen gegen die Person Perons aktiv gehandelt hätten. Als Ende Februar/Anfang März 1974 die Polizei von Cordoba zusammen mit bewaffneten Faschistengruppen die linksperonistischen Gouverneure Obregen Cano und Atilio Lopez gefangen nahmen und absetzten und Peron die Absetzung wenig später für legal erklärte, folgten nur wenige hundert Arbeiter in den Betrieben dem Aufruf zum aktiven Widerstand der sehr einflußreichen marxistischen Gewerkschaftsführer Tosco und Salamanca, die die in Cordoba mächtigsten Gewerkschaften "Luz y Fuerza" und "SMATA" leiten. Wenn auch für die Passivität der Arbeiter in gewissem Maße ein Überraschungsmoment verantwortlich war, so liegt der Hauptgrund dafür doch in der Tatsache, daß die große Masse der Arbeiter noch nicht bereit war, etwas zu unternehmen, was eindeutig gegen den erklärten Willen von Peron gewesen wäre.

Gegenüber der "Peronistischen Jugend" (JP) und ihrem bewaffneten Arm, den "Montoneros", verfolgte Peron die Taktik, einerseits zu versuchen, sie ideologisch an sich zu binden und zu integrieren, andererseits ihnen klar zu machen, daß, wenn sie nicht Ruhe gäben, mit Gewalt gegen sie vorgegangen werde. Nach langem Festhalten an dem Glauben, Peron sei ein wirklicher Revolutionär und vertrete das Volk, wurden auch der JP die Widersprüche in ihren Vorstellungen immer deutlicher. Am 1. Mai 1974 wurde ein langer Diskussionsprozeß innerhalb der JP über die Rolle Perons mit dem offen demonstrierten Bruch abgeschlossen. Als Peron bei der Feier zum 1. Mai auf der Plaza de Mayo die JP beschimpfte und die Gewerkschaftsbürokraten als die wahren Peronisten hinstellte, kehrten die JP und die Montoneros Peron geschlossen den Rücken und verließen den Platz. Da die JP und die Montoneros über relativ großen Einfluß in der Arbeiterklasse und im Volk verfügen, markiert dieses Ereignis ohne Zweifel einen weiteren wichtigen Schritt im Loslösungsprozeß vom Mythos Peron.

Der Tod Perons hat die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen zur Folge

Wenn auch der Mythos noch nicht zerstört ist, werden die Kämpfe des Volkes nach dem Tod Perons nicht mehr durch seine Person und die mit ihr zusammenhängenden Illusionen behindert. Die Kämpfe innerhalb des Peronismus gehen um das Erbe Perons, jede Gruppe behauptet von sich, den "wahren" Peronismus zu vertreten, die Klassenfronten treten noch deutlicher zutage, die Loslösung von der bürgerlichen Führung im antiimperialistischen Kampf schreitet schneller voran. Der Peronismus als peronistische Bewegung, die von der Person Perons – wenn auch in sehr beschränktem Umfang – zusammengehalten wurde, fällt auseinander, weil die Klammer fehlt, und auch kein Politiker, der sich "Peronist" nennt, vorhanden ist, der diese begrenzte Klammerfunktion wahrnehmen könnte. Die einzelnen Flügel innerhalb des Peronismus bekämpfen sich heftiger denn je.

Die enorme Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen drückt sich zum einen in der konsequenten Fortsetzung der unter Peron begonnenen Säuberungspolitik aus (so wurden bei einer Regierungsumbildung im August 3 Minister durch weiter rechts stehende Politiker ersetzt und in den Gewerkschaften wurde verstärkt gegen klassenbewußte Ar-

beitervertreter vorgegangen), zum anderen in einer immer größere Ausmaße annehmenden Welle von Gewalttaten und Unterdrückungsmaßnahmen. Es vergeht kein Tag mehr in Argentinien, an dem nicht politisch und gewerkschaftlich aktive Menschen ermordet werden und Bomben in die Luft fliegen. Allein am 16. September explodierten in Buenos Aires 60, in Cordoba 12 Bomben. Die seit ca. 2 Monaten offen auftretende ultrarechte Terrororganisation "Argentinische Antikommunistische Allianz" (AAA) hat die Verantwortung für die Ermordung einer Reihe von prominenten Linksperonisten übernommen und die Ermordung weiterer, bereits namentlich genannter Personen, darunter auch des ehemaligen Präsidenten Campora, angekündigt. Die ERP hat dem Militär für jeden getöteten Guerillero den Tod eines Offiziers angedroht.

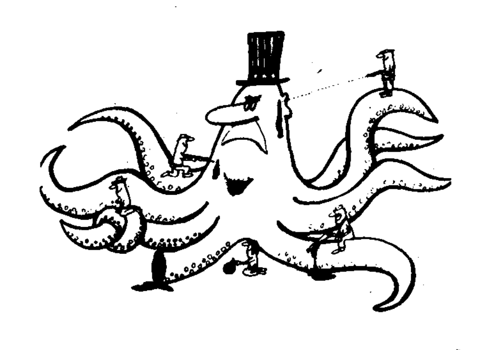
Eine weitere Etappe im Kampf innerhalb der peronistischen Bewegung wurde mit dem Verbot der linksperonistischen Tageszeitung "Noticias" eingeleitet. Wenige Tage später wurde die Zeitschrift "La Causa Peronista" (Sprachrohr der JP und der Montoneros) verboten, die die Nachfolgezeitschrift der - noch unter Peron - ebenfalls verbotenen Zeitschriften "El Descamisado" und "El Peronista" war. Die Regierung Isabel Peron begnügte sich aber nun nicht mehr mit dem Verbot von Zeitungen der Montoneros, sondern erklärte die Montoneros selbst zu einer illegalen Organisation und schloß sie aus der offiziellen Peronistischen Bewegung aus.

Die Regierung Isabel Peron versucht, gegen die gesteigerte Aktivität insbesondere der Guerilla-Organisationen unter anderem durch eine Änderung des Strafgesetzbuches vorzugehen, für die sie dem Parlament einen Entwurf vorgelegt hat. Danach soll es z.B. in Zukunft genügen, irgendein Dokument von illegalen Organisationen zu besitzen, um mit Gefängnis zwischen 2 und 5 Jahren bestraft werden zu können.

Über kurz oder lang werden die ausländischen Monopole und die mit ihnen verbundenen Teile der argentinischen Oligarchie
den einzigen Ausweg in einem militärischen Putsch nach chilenischem Vorbild sehen, da mit Peron der letzte Rettungsanker für eine scheindemokratische Lösung verloren ist. Die ersten Indizien für die Bereitschaft der USA, gegebenenfalls auch in Argentinien einen Putsch durchzuführen, waren bereits seit langem erkennbar. US-Außenminister Kissinger sagte schon im letzten Jahr in aller Klarheit, daß die USA gedenke, in Lateinamerika eine "aktive Politik" zu machen. "Aktiv" wird selbstverständlich nicht heißen, die Hände in den Schoß zu legen und zuzuschauen, wenn die Profite und die Einflußsphären des US-Kapitals in Argentinien beschnitten werden sollten. Als Vertreter einer solchen "aktiven" Politik kam Anfang 1974 der neue US-Botschafter für Argentinien, Robert Hill, nach Buenos Aires. Hill ist, da er bereits mehrere Male in verschiedenen Ländern auftauchte, kurz bevor dort Regierungen mit US-freundlicher Politik eingesetzt wurden, als "aktiver" Putschexperte bekannt geworden.

Die neuesten Erklärungen vom US-Präsident Ford zu dem Einsatz des amerikanischen Geheimdienstes CIA bei der Vorbereitung des Putsches in Chile bestätigen nur die Entschlossenheit des US-Imperialismus, seine Interessen mit Gewalt zu verteidigen. Der argentinische Abgeordnete Hector Sandler wies Ende September auf den engen Zusammenhang zwischen CIA und der rechten Terrororganisation AAA hin, die nach dem Vorbild der brasilianischen "Todesschwadron" und der antikommunistischen Terrorbanden Guatemalas arbeitet.

Hinzu kommen gezielte Warenverknappungen seitens einiger Unternehmer sowie Gerüchte, nach denen vor allem in der argentinischen Marine, dem - wie in Chile - reaktionärsten Teil der bewaffneten Streitkräfte, die "Putschfreudigkeit" wachsen soll.



<u>Es gilt, eine einheitliche Front gegen den US-Imperialismus und die mit ihm verbündeten reaktionären Kräfte in Argentinien aufzubauen</u>

Auch Peron ist es zwar nicht gelungen, die Volkskämpfe endgültig einzudämmen; aber eine Folge der Übernahme der Präsidentschaft durch ihn war, daß er die gegen die Militärs bis 1972 gerichtete einheitliche Front zum Auseinanderbrechen brachte und große Verwirrung in praktisch allen linken Gruppen und Organisationen hervorrief hinsichtlich der Frage, ob Peron ein Revolutionär sei oder nicht, ob man ihn unterstützen oder bekämpfen müsse. Diese Verwirrung drückte sich im Entstehen vieler neuer Gruppen und in Spaltungsprozessen innerhalb der bestehenden Organisationen aus. Wenn diese Verwirrung auch kurzfristig ein

einheitliches Vorgehen der antiimperialistischen Kräfte behindert hat, so war sie langfristig gesehen positiv, da sie den Verlauf der Klassenfronten innerhalb der peronistischen und nicht-peronistischen Organisationen deutlicher gemacht hat.

Der Hauptfeind des argentinischen Volkes ist der US-Imperialismus, der alle Bereiche der argentinischen Gesellschaft, ob Wirtschaft, Politik, Bildungsinstitutionen oder Massenmedien, mit seinen Agenten durchdrungen hat. Ihn aus dem Lande zu vertreiben und die nationale Unabhängigkeit von ausländischen Interessen zu erlangen, ist der Schlüssel zu tiefgreifenden Veränderungen, die das argentinische Volk herbeisehnt. Das wird aber nur erreicht werden können, wenn es gelingt, eine starke, einheitliche Front gegen den US-Imperialismus und seine argentinischen Verbündeten aufzubauen, in der sich alle revolutionären Kräfte außerhalb des Peronismus, die revolutionären Teile des Peronismus und alle antiimperialistischen Teile des Volkes zusammenschließen. In dieser breiten Front muß die Arbeiterklasse die Führung haben und den bisher vorherrschenden Einfluß des bürgerlichen Anti-Imperialismus zurückdrängen.

Es gibt Anzeichen, die auf die Möglichkeit einer solchen breiten Front hindeuten, wenngleich nicht übersehen werden darf, daß über den Weg, den Imperialismus zu vertreiben, große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Montoneros haben nach ihrem Verbot das gegenwärtige Regierungssystem in Argentinien als "pseudo-peronistisches System" bezeichnet und erklärt, die Regierung Isabel Peron stürzen zu wollen. Die Stadtguerilla-Organisation ERP ("Revolutionäres Volksheer") hat der Regierung den "totalen Krieg" angesagt. Die marxistisch-leninistischen Organisationen "Vanguardia Comunista" ("VC") und "Partido Comunista Revolucionaria" ("PCR"), die vor rund 6 Jahren gegründet wurden, sind erst in geringem Maße in der Arbeiterklasse und im Volk verankert, ihr Einfluß nimmt aber ständig zu. Alle diese Organisationen haben zusammen mit der Organisation "Peronismo de Base" (linken Peronisten, die am meisten Berührungspunkte mit den Positionen der "VC" und der "PCR" aufweisen) und anderen Gruppen bereits zusammen gegen die Militärdiktatur gekämpft. Das Verbot der Montoneros und ihr Wille, die Regierung Isabel Peron zu stürzen, schaffen eine gute Bedingung, um erneut eine breite gemeinsame Front zustandezubringen.

Fußnoten:

1) Im spanischen Sprachraum Ausdruck für bekannte Führerpersönlichkeit.

2) Handelsbourgeoisie - die großen Handelsunternehmen, die zunehmend in eine Monopolstellung im Handel mit dem Ausland (Einfuhr wie Ausfuhr) hineinwuchsen.

3) Großgrundbesitzerklasse (= Agrarbourgeoisie) - die Eigentümer der großen Viehfarmen und Getreideanbaugebiete.

4) Nationale Bourgeoisie - kleinere und mittlere Industrielle, die im Inland auf die ruinierende Konkurrenz der ausländischen Monopole treffen und auf diese Weise an einer Entwicklung zu größeren Unternehmen gehindert werden; weiterhin die Handelssektoren, die die Erzeugnisse dieser Unternehmen auf dem Binnenmarkt vertreiben.

5) Oligarchie - setzt sich aus denjenigen einheimischen Klassen zusammen, deren soziale Basis zahlenmäßig (im Verhältnis zur Arbeiterklasse und den Mittelschichten) Minderheiten darstellen, aber die die politische und wirtschaftliche Macht und die weitesten Privilegien in der Gesellschaft besitzen, d.h. Großgrundbesitzer, Großindustrielle, Großbanken und die großen, auf den Außenhandel orientierten Handelsunternehmen.

Anmerkungen:

Dieser Artikel beruht im wesentlichen auf Berichten in argentinischen Zeitungen und Zeitschriften. Aus dem relativ geringen Angebot an deutschsprachiger Literatur über Argentinien weisen wir auf folgende Veröffentlichungen hin:

Evers, Tilman: "Militärregierung in Argentinien. Das politische System der argentinischen Revolution", Frankfurt 1972

Evers, Tilman: "Peron ist tot - es lebe Peron", in: links, Hrsg. Sozialistisches Büro, Offenbach, Nr. 58, Sept. 1974

Lateinamerika im Kampf: "Der Kampf der argentinischen Arbeiterklasse und der Peronismus", Hrsg. Lateinamerika-Komitee Heidelberg, 1974, S. 3-8

Lateinamerika Heute, Argentinien-Sondernummer, Dezember 1973/Januar 1974

Münchner Studentenzeitung vom 2.5. 1974

Skupch, Günther: "Das Entwicklungsdilemma Argentiniens", in: Mansilla: Probleme des dritten Weges, 1974, S. 37-68

NATO: Militärpakt mit Südafrika in Vorbeitung

Die im folgenden ungekürzt abgedruckte Studie "Die NATO auf dem Wege zur militärischen Zusammenarbeit mit den weißen Regimes im südlichen Afrika" wurde von Sean Gervasi (+), Ellen Frey-Worters und Larry Bowmann für den UNO-Ausschuß für Dekolonisation erstellt. Sie wird auf Druck einflußreicher NATO-Länder geheimgehalten und erscheint hier erstmals im vollen Wortlaut.

Die Studie zeigt das erfolgreiche Vordringen der Kräfte innerhalb der NATO auf, die eine Ausdehnung des offiziellen Bereiches der NATO-Tätigkeit über den Wendekreis des Krebses hinaus betreiben und eine enge militärische Zusammenarbeit mit den weißen Regimes auf formeller und informeller Ebene anstreben um diese Regimes gegen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika zu unterstützen.

Ein Unterausschuß der nordatlantischen Versammlung hat in einem Arbeitspapier diesbezügliche Empfehlungen gegeben: Erweiterung des Operationsbereichs der NATO über die bisherige Südgrenze, den Wendekreis des Krebses, hinaus, Aufstellung von"Eventualplänen", Beteiligung von Südafrika an Planung und Ausführung einschließlich gemeinsamer Manöver. Besondere Sorge bereitet dem Unterausschuß der schwindende westliche Einfluß in Afrika, was in Klartext heißt: Vordringen der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.Zur Vermeidung eines politischen Eklats in der Formulierung abgeschwächt, erreichen diese Forderungen höchste NATO-Ebenen und finden schließlich Platz in einer Empfehlung der nordatlantischen Versammlung auf ihrer Sitzung in Bonn 1972, einer Empfehlung, die den Exekutivorganen der NATO nicht zweimal gegeben werden mußte.

Trotz der in der Studie eindeutig belegten NATO-internen Planungen zur militärischen Zusammenarbeit mit den weißen Regimes hat die Bundesregierung - wie üblich - dementiert: "Die Frage der Zusammenarbeit von NATO-Exekutivorganen mit den weißen Minderheitsregimen im südlichen Afrika hat sich nicht gestellt. Die Aktivitäten der NATO richten sich auf die Hohe See und nicht auf die Einrichtung von Stützpunkten südlich des Wendekreises des Krebses." (Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium Berkhan im Bundestag am 11.7.74)

(Übersetzung aus dem englischen Orginal: iz3w)

DIE NATO AUF DEM WEGE ZUR MILITÄRISCHEN ZUSAMMENARBEIT MIT DEN WEISSEN REGIMES

Die Ausweitung der NATO-Verpflichtungen gegenüber dem südlichen Afrika war eine zeitlang innerhalb der westlichen Allianz umstritten. Gegen Ende der letzten Dekade wurde sie Brennpunkt einer scharfen Debatte. Die mehr konservativen Kreise innerhalb der NATO wollten die formalen Verpflichtungen der Allianz ausdehnen. Aus ihrer Sicht blieb den NATO-Ländern keine andere Wahl, als Portugal und Südafrika im Falle eines größeren Konfliktes im südafrikanischen Bereich zu unterstützen. Andere Kreise, und besonders die mehr fortschrittlichen Parteien und Regierungen in Ländern wie Norwegen und den Niederlanden, waren energisch gegen eine solche Verstrickung. Sie fürchteten, daß die westliche Intervention in dem Konflikt mit dem Ziel, den weißen Mächten zu helfen, unabschätzbare Folgen haben würde, nämlich, daß es zu einer Konfrontation mit der Sowjetunion und/oder China in Afrika führen könnte. Die Debatte blieb jedoch lange Zeit mehr oder weniger akademisch. Die größeren westlichen Mächte setzten sich weder für noch gegen die Ausweitung des "NATO-Schirms" ein. Sie unterstützten ja bereits den portugiesischen Kolonialismus auf verschiedene Art und Weise. Jedoch war ihre Unterstützung im wesentlichen bilateral, auch wenn sie durch NATO-Kanäle ging. Der nordatlantische Verteidigungspakt (NATO) war als solcher nicht beteiligt.

Etwa um 1970 begannen die westlichen Großmächte Schritte zu unternehmen in Richtung auf eine Politik der präventiven Intervention im südlichen Afrika. Sie sahen, daß die gesamte militärische und politische Situation in dieser Gegend in einem Prozeß sehr schneller Veränderung begriffen war. Es war offensichtlich, daß Portugal ohne bedeutende Unterstützung seiner NATO-Verbündeten seine afrikanischen Gebiete möglicherweise aufgeben müßte Das rief das Gespenst eines vollständigen Zusammenbruchs der weißen Herrschaft über den ganzen Subkontinent hervor. Die unmittelbare Antwort auf diese Bedrohung war die Aufnahme einer Politik wirtschaftlicher und militärischer Unterstützung der weißen Mächte. Die Verschärfung der Krise jedoch veränderte auch die Diskussion über die Grenzen der NATO selbst. Die von konservativen Kreisen vorhergesagte Bedrohung nahm deutlich Gestalt an. Militärplaner begannen, nach Wegen für direktere Unterstützung der weißen Regimes im Falle einer ernsten Krisensituation zu suchen. In dem Maße, wie die Zuspitzung der militärischen Situation deutlich wurde, begannen unvermeidlich gewisse Kreise innerhalb der Allianz von neuem Druck auszuüben in Richtung auf eine Ausdehnung der NATO in das südliche Afrika.

Diese Kreise erzielten nunmehr eine Reihe wichtiger Erfolge. Die NATO hat

ihr Operationsgebiet noch nicht formal ausgedehnt, aber sie hat angefangen, sich aktiv mit den Vorgängen südlich des Wendekreises des Krebses zu befassen. Die Nordatlantische Versammlung (North Atlantic Assembly) hatte das Problem der "Umklammerung der südlichen NATO-Flanke" behandelt. Der Ausschuß für Verteidigungsplanung richtete sich in einer ministeriellen Sitzung nach einer diesbezüglichen Empfehlung der Versammlung. Ein NATO-Kommando ist nunmehr aktiv befaßt mit der Aufstellung von Eventualplänen für Operationen in der südlichen Hemisphäre. Die Befürworter der militärischen Zusammenarbeit mit den weißen Regimes haben ihre Position innerhalb des Systems der NATO-Institutionen ausgebaut. Das sind aber nur Schritte in einem Prozeß. Ganz offensichtlich wird die Entwicklung zur militärischen Zusammenarbeit in der südlichen Hemisphäre anhalten. Und das bedeutet - jetzt - Verstrickung mit den weißen Regimes im südlichen Afrika.

Die Ausdehnung der NATO ins südliche Afrika repräsentiert offensichtlich eine radikale Abkehr der Allianz von der vorhergehenden Politik. Es ist allerdings klar, daß diese Abkehr ein Teil der Antwort auf sich ändernde Bedingungen ist. Die NATO ist ausgedehnt worden, weil die westlichen Großmächte es wollen. Diese Mächte scheinen sich nun ziemlich sicher zu sein, daß die von ihnen betriebene Politik des "beschleunigten Wandels" auch funktionieren wird. Sie müssen jedoch auf ihr Mißlingen vorbereitet sein; sie müssen vorbereitet sein auf die Probleme, die sich einstellen, wenn die Befreiungsbewegungen weiter die südafrikanischen und Kolonialmächte zurückdrängen. Wenn die weißen Regimes die Kontrolle über wichtige Gebiete auf dem Subkontinent zu verlieren beginnen, werden die westlichen Großmächte militärische Hilfe in weit größerem Umfang bereitstellen wollen. Sie könnten es wünschen, neue Arten der Hilfe bereitzustellen. Es ist sicherlich begreiflich, daß einige Mächte direkt mit ihren eigenen militärischen Kräften intervenieren wollen. Keine dieser Aktionen wäre im Augenblick technisch möglich. Organisatorische und Nachschubverbindungen und andere notwendige Verbindungen sind nicht vorhanden. Die Schritte, die innerhalb der NATO eingeleitet werden, stellen diese Verbindungen her. Sie machen den Weg frei für direkte militärische Unterstützung Portugals und Südafrikas in der Kriegszone selbst. Die Anstrengungen, die NATO in den südafrikanischen Bereich auszudehnen, würden damit als Teil der Eventualplanung im Rahmen der breiten Strategie der präventiven Intervention erscheinen.

Im Augenblick ist es für die NATO offensichtlich unmöglich, in eine offene militärische Allianz mit den weißen Regimes zu treten. Die westlichen Großmächte mußten deshalb indirekt auf ihr Ziel hinarbeiten. Die NATO konnte ihre Absicht zur Schaffung - selbst begrenzter - Verteidigungsabkommen nicht bekanntgeben. Eine plausible Begründung ließ sich geben für die "Absicherung der lebenswichtigen Seewege" um das Kap der guten Hoffnung. Von diesem Seeweg wurden die NATO-Staaten besonders wegen der Ölversorgung sehr abhängig. Die Befürworter einer Ausdehnung der NATO haben es jetzt geschafft, viele Mitgliedsländer zu überzeugen, daß die sowjetische Seemacht eine ernsthafte Bedrohung dieser Wege darstellt. Das Resultat war eine klare Übereinkunft, Planungen für die militärische Verteidigung der südlichen Ozeane aufzunehmen. Das war der entscheidende Schritt zu einer de-facto-Militärallianz der NATO mit Portugal und Südafrika. NATO-Sprecher streiten das ab. Aber NATO-interne Quellen geben zu, daß eine solche Planung "die Hintertür" zu einer Verteidigungskooperation mit den weißen Regimes ist. Die Durchführung von Plänen zur Verteidigung der südlichen Ozeane wird auf verschiedenen Ebenen aktive Zusammenarbeit mit den Verteidigungskräften Portugals und Südafrikas einschließen. Tatsächlich mag es unmöglich sein, ein Verteidigungssystem für den Schutz der Kapstraße ohne eine solche Zusammenarbeit aufzubauen.

Militärische Zusammenarbeit zwischen der NATO und den weißen Regimes wurde immer als notwendiges Übel dargestellt. Das wirkliche Problem, so wurde gesagt, sei die Verwundbarkeit der Kap-Route. Der Schutz der Kap-Straße wird nun als wichtiger denn je erachtet. Nun kann er aber technisch nicht unternommen werden ohne enge Zusammenarbeit mit den Südafrikanern und Portugiesen. Wenn die Kap-Straße geschützt werden soll, müssen die Westmächte mit den weißen Regimes zusammenarbeiten. Aber die "Verstrickung" wird absolut nicht mit der Situation im südlichen Afrika zu tun haben. In der Tat sagen NATO-Sprecher, daß sie keine Verpflichtung irgendeiner Art gegenüber den weißen Regimes bedeutete.

Diese Darstellung ist offensichtlich unredlich. Es wird offen zugegeben, daß eine ganze Menge zwischen den Zeilen gesagt wird. Das tatsächliche Problem ist nicht die Bedrohung der Kap-Straße; das tatsächliche Problem ist die unstabile Situation im südlichen Afrika. Die Bedrohung der Kap-Straße ist minimal, wenngleich die westliche Abhängigkeit von ihr bedeutend ist. Die Frage der Kap-Straße war immer im wesentlichen eine südafrikanische Frage. "Schutz der Kap-Straße" war immer ein Deckname für die Erörterung der Gefahren, der Krise im südlichen Afri-

ka für den Westen (1). Die Diskussion über die Kap-Straße, die in der NATO und anderweitig weitergeführt wurde, verschleiert gegenwärtig die wahren Motive derjenigen, die sie organisierten. Ihr Hauptinteresse ist es, die NATO und die weißen Regimes näher zusammenzubringen. Sie versuchen, Unterstützung für die weißen Regimes zu mobilisieren und ihre internationale Isolierung zu verringern. Sie geben vor, über See-Angelegenheiten zu sprechen, aber sie sind in Wirklichkeit besorgt um die Interessensphären und um das sich ändernde internationale Machtgleichgewicht.

Der Grund für die militärische Zusammenarbeit mit den weißen Regimes ist einer Überprüfung wert. Er basiert auf einer breiten Analyse des Wandels der weltweiten Bedingungen. Diese Analyse ist plausibel, aber gefährlich. Sie führt die Staaten dazu, die Gefahren, die sie angeblich fürchten, selbst zu schaffen. Sie kann in fünf Aussagen zusammengefaßt werden:

1. Der Charakter der NATO hat sich in den letzten 10 Jahren radikal geändert (2). Die NATO war ursprünglich eine Allianz nordatlantischer Staaten. Sie wurde zur Sicherung des westlichen Europas errichtet. Während ihrer ersten fünfzehn Jahre war die Allianz in erster Linie daran interessiert, die militärische Bedrohung durch die Sowjets zu kontern. Aus verschiedenen Gründen finden die NATO-Länder nunmehr weitreichende vitale Interessen außerhalb des NATO-Bereiches. Tatsächlich beruht der Wohlstand der NATO-Länder jetzt auf der Aufrechterhaltung eines weitgespannten Netzes überseeischer Verbindungen. Wohlstand ist genauso wichtig wie Sicherheit. Die NATO muß in der Lage sein, den Wohlstand der Mitgliedsstaaten abzusichern. Dafür muß ihre Organisation weltweit sein. Josef Palmer zog die unvermeidbare Schlußfolgerung in einer neueren Analyse in "NATO's Fifteen Nations":

> "So muß die NATO-Allianz bereit sein, um ihr Überleben zu kämpfen; nicht nur in und um Europa, sondern wo immer unsere Interessen auf dem Spiel stehen." (3)

2. Der südliche Atlantik und der indische Ozean sind Gebiete von lebenswichtigem Interesse für die NATO-Allianz (4). Für die NATO-Länder muß die freie Durchfahrt auf diesen Ozeanen sicher sein. Ein sehr wichtiger Teil ihres Handels hängt davon ab; dies gilt besonders für das Erdöl. Ein großer Teil, ca. 40 % des europäischen Öls, kommt vom persischen Golf (5) um das Kap. Andere notwendige Waren kommen über denselben Weg. So kommen z.B. von den ungefähr 40 lebenswichtigen Importen, die die amerikanische Industrie für den Nachschub in normalen Friedenszeiten benötigt, ungefähr die Hälfte in Schiffen von Küstenländern des indischen Ozeans. Noch größer ist Europas Abhängigkeit vom südlichen Seeweg. Nach der Schließung des Suez-Kanals ist die Kap-Straße die einzig verbleibende Verbindung zwischen dem indischen und dem atlantischen Ozean. Sie verbindet Europa mit dem Osten und seinen Lieferungen von Asbest, Chromerz, Micam-Öl, Gummi, Talk, Zinn und vielen anderen benötigten Gütern. Über die Kap-Straße gelangen auch die industriellen Exporte Europas nach Afrika und Asien. Die Abhängigkeit von den Handelswegen des südlichen Ozeans machen die Küstengebiete strategisch außerordentlich wichtig. Die NATO-Länder können keiner feindlichen Macht erlauben, die Seewege nach Europa und Nordamerika zu beherrschen (6). Diese Gefahr würde entstehen, wenn feindliche Mächte in der Lage wären, bedeutenden Einfluß in einem der Küstenländer auszuüben. Die meisten Küstenländer sind nun entweder neutral oder freundlich gegenüber den NATO-Verbündeten. Der NATO-Einfluß in diesen Ländern muß aufrecht erhalten werden. Die Notwendigkeit, diesen Einfluß über das ganze Gebiet zu bewahren, gibt Südafrika und den portugiesischen Territorien in Afrika große Bedeutung. Die Bedeutung von Südafrika ist offensichtlich. Es liegt an der Zufahrt zwischen dem Atlantik und dem indischen Ozean. Die portugiesischen Gebiete in Afrika sind jedoch auch wichtig. Eine feindliche Macht mit der Kontrolle über Angola oder Mozambique könnte das Recht auf freien Durchgang in Frage stellen. So folgt, wie Gutterridge bemerkt:

> "Die Gebiete von Angola und Mozambique sind Glieder einer Kette portugiesischer Besitzungen, die potentiell wichtig für die westliche Sicherheit sind, die aber nicht durch Portugal allein effektiv militärisch genutzt werden konnten ... Die Sicherheit der Häfen von Mozambique kann wohl als wesentlich für die Benutzung des Kap-Weges erachtet werden." (7)



3. Der Südatlantik und der indische Ozean sind nunmehr zu einem Machtvacuum geworden (8). Im Augenblick ist kein Land in der Lage, zu ihrer Be-

herrschung eine ausreichende Seestreitmacht aufzubieten. Die Küstenstaaten sind alle vergleichsweise kleine oder militärisch schwache Mächte. 25 Jahre zuvor beherrschte Großbritannien den südlichen Ozean vollständig. Es war noch eine führende Seemacht. Es hatte Kolonien in den westlichen östlichen und südlichen Teilen von Afrika. Südafrika war noch britisches Herrschaftsgebiet. England hatte rund um Afrika, von Bathurst bis Mombasa, Häfen, Stützpunkte, Reparaturwerften und Bunkereinrichtungen. Ebenso übte es einen dominierenden Einfluß in den arabischen Ländern und auf dem indischen Subkontinent aus. Der Prozeß der Dekolonisierung beendete die britische Herrschaft über die südlichen Ozeane nicht sofort. Aber die britische Macht ist nunmehr geschwunden. Das stellt ein Problem für die NATO dar.

> "Zum ersten Mal seit Jahrhunderten konnte ein faktisches Vacuum in diesem Gebiet ein verlockendes Angebot sein an die Mächte, die darauf erpicht sind, ihren Einfluß zu erweitern. Die Bande, die zuvor die Küstenstaaten mit entfernten Punkten verbanden, waren nie wirksam durch natürliche Verbindungen zwischen den Mitgliedern der Küstengemeinschaft ersetzt worden." (9)

Der britische Rückzug aus dem Gebiet östlich von Suez ist nun nahezu abgeschlossen. (10) Keine einzige NATO-Macht kann den Platz Großbritanniens einnehmen. Die NATO-Staaten als Gruppe haben weder von der Marine noch vom Nachschub her die Möglichkeit, ihre Herrschaft in diesem Gebiet aufrechtzuerhalten.

4. Die sowjetische Expansion in den südlichen Ozeanen, und besonders im indischen Ozean, stellt eine ernsthafte Bedrohung der Sicherheit der NATO dar (11). Die Sowjetunion ist eine gewaltige Seemacht geworden. Die sowjetische Rolle hat in den letzten Jahren Kampfeinheiten und Begleitschiffe im indischen Ozean aufgeboten. Das ist eine vollkommen neue Entwicklung. Der frühere Militärspezialist der New York Times, Hanson Baldwin, hat folgendes geschrieben:

> "1966 und 1967 besuchten die ersten Marinestreitschiffe dieses Gebiet. Seit 1968 war dort eine fast kontinuierliche sowjetische Marinepräsenz. Trotz der großen Entfernungen von Wladiwostok und über das Kap der guten Hoffnung zu den sowjetischen Flottenstützpunkten in der Arktis, dem baltischen und dem schwarzen Meer hatten die Russen jetzt an wechselnden Stellen im indischen Ozean ununterbrochen durchschnittlich 10 Kriegs- und Begleitschiffe aufrecht - Spezialeinheiten von elektronischen Trawlern, konventionelle und Atom-U-Boote, Begleitboote, Nachschubschiffe, Tanker, Kreuzer und Zerstörer mit ferngelenkten Raketen, Minensuchboote und ein oder zwei Landeboote..."

> "Dieses sowjetische Aufgebot entlang der Küste des indischen Ozeans ist weit wichtiger, als die wenigen Seestreitkräfte, die sie dort im Einsatz halten." (12)

Die Sowjetunion beabsichtigt offenbar, ihre Anwesenheit im indischen Ozean aufrechtzuerhalten und auszudehnen. Sie versucht den Raum zu füllen, den Englands Rückzug hinterließ. Das läßt zwei Gefahren für die NATO-Mächte aufkommen: Erstens eine Störung oder Beeinträchtigung des westlichen Schiffverkehrs auf der Kapstraße durch die Sowjetmarine (13). In Kriegszeiten könnte sie die wichtigen Nachschubwege unterbrechen. Die zweite Gefahr ist der Einsatz der sowjetischen Flotte zur Vergrößerung des politischen Einflusses in diesem Gebiet, besonders in Afrika. Im Zusammenhang mit der wachsenden Instabilität im südlichen Afrika bietet die sowjetische Marineausdehnung im indischen Ozean eine wirkliche und unmittelbare Gefahr (14). Die Sowjetunion könnte in ein paar Jahren in der Lage sein, den Lauf der Dinge in einem wesentlichen Teil Afrikas zu beeinflussen.

5. Der Bedrohung durch die sowjetische Marine muß begegnet werden. Die NATO-Länder können nur dann die nötigen Schritte unternehmen, wenn sie eine Allianz mit Südafrika und Portugal im südafrikanischen Bereich selbst herstellen. Was nötig ist, ist ein gemeinsames Verteidigungssystem für den Südatlantik und den indischen Ozean. Südafrika ist unerläßlich für ein solches Verteidigungssystem. "Das besondere Problem des südwestlichen (indischen) Ozeans ist, daß die effektive Verteidigung dieser Handelswege aktive Zusammenarbeit mit der Regierung von Südafrika erfordert." (15) Portugals afrikanische Gebiete sind genauso unerläßlich. Beide, Portugal und Südafrika, haben ausgezeichnete Seehäfen und andere Einrichtungen entlang der Ost- und Westküste des südlichen Afrika. Südafrika hat zusätzlich die industrielle Infrastruktur, wie sie nötig ist zu Ausbau und Reparatur moderner Flotten. Es hat die Einrichtungen zur Gewährleistung des Einsatzes moderner Nachrichtentechniken über das ganze Gebiet. Mehr noch, Südafrika und Portugal sind die <u>einzigen</u> befreundeten Mächte dort, die diese Vorteile bieten. Das macht sie unerläßlich für die Errichtung der Globalverteidigung der Nordatlantischen Allianz. Sir Alec Douglas Home (früher konservativer britischer Premier, dann Außenminister, iz3w) hat die Begründung für eine Allianz mit den weißen Mächten sehr deutlich benannt:

> "Mit der Schließung des Suezkanals und dem dauernden Transport des Öls vom persischen Golf rund um die Küsten Afrikas und dem gleich-

> zeitigen Auftreten einer sowjetischen U-Bootflotte von ozeanischer Reichweite erhält Südafrikas geographische Lage neue strategische Bedeutung. Die Kontrolle des südlichen Atlantiks und des Westens des Indischen Ozeans wird für Großbritannien wie für Westeuropa immer wichtiger. Diese Gebiete sind im Effekt, auch wenn das nicht formell möglich ist, eine Ausweitung der NATO-Aufgaben für die Sicherheit Europas." (16)

Dies ist in großen Zügen die ganze Argumentation. Es muß betont werden, daß das der Grund ist, wie ihn die mehr konservativen Kreise innerhalb der NATO vorschieben, besonders eine große Anzahl von Militärplanern. Der Gedankengang wurde niemals generell akzeptiert. In der Tat gab es eine starke Opposition dagegen und eine noch stärkere Opposition gegen die gezogenen Schlußfolgerungen. Zum Beispiel wurde während eines Vortrags in London 1969 Assistant Secretary-General der NATO für politische Angelegenheiten, Jorg Kastl, gefragt, ob es nicht möglich sei, einen separaten Verteidigungspakt innerhalb der NATO zu organisieren, "um diese Gebiete wie den Südatlantik, die jetzt noch nicht von der NATO abgedeckt werden, zu schützen." (17) Die Fragesteller waren beide britische Admirale und gehörten zu den aktivsten Befürwortern der Idee einer Ausdehnung der NATO in die südliche Hemisphäre. Kastl antwortete:

> "Ich glaube nicht, daß die Franzosen zustimmen würden, ebenso die Skandinavier. Sie würden die Portugiesen auf Ihrer Seite finden, aber ich glaube kaum, daß Sie darüber hinaus viel mehr Unterstützung bekommen würden. In Italien wäre es sehr schwierig, die Idee dem Parlament zu verkaufen." (18)

Das Meinungsklima in der Allianz scheint sich nach 1969 jedoch ziemlich rapide geändert zu haben. Denn die NATO begann sich genau auf die Arten der Arrangements zuzubewegen, die solange zurückgewiesen wurden. Seit 1970 begann eine neue konservative Regierung in England, seine Verbündeten auf eine provisorische Ausdehnung der NATO zu drängen. (19) Die Regierungsmitglieder waren sich der Opposition gegenüber dieser Idee unter den Verbündeten bewußt. Die Unmöglichkeit, eine Ausdehnung des Bereichs der NATO-Aufgaben durchzusetzen und die Schwierigkeit des Aufbaus eines südatlantischen Verteidigungspaktes (South Atlantic Treaty Organization) war ihnen klar (20). Deshalb drängten sie weiterhin auf verschiedene provisorische Arrangements, die in diese Richtung führen könnten, ohne aber sofort generellen Widerstand hervorzurufen. Die britische Regierung hat offensichtlich Unterstützung von der Nixon-Administration in den Vereinigten Staaten erhalten. Ein Zeichen des steigenden Druckes war die Tatsache, daß einflußreiche Mitglieder der konservativen Partei und der britischen Regierung weiterhin auf eine offene Allianz mit Südafrika hinarbeiteten. Geoffrey Rippon, zum Beispiel, publizierte einen flammenden Artikel über "die Bedeutung Südafrikas" genau zu dem Zeitpunkt der Parlamentswahlen von 1970. Er sagte in aller Offenheit:

> "Ich habe im Unterhaus darauf gedrängt, daß die NATO den Horizont ihres maritimen Engagements erweitern und nicht an der künstlichen Grenze des Wendekreises des Krebses als südlicher Grenze ihrer Aufgaben im Atlantik festhalten sollte. 1970 ist es sehr unrealistisch, in solchen Begriffen zu denken. Der Südatlantik sollte nunmehr einbezogen werden, um Hilfe und Unterstützung zu geben für unsere portugiesischen Alliierten und für die Anstrengungen Südafrikas in seiner Rolle als Bastion gegen die Ausbreitung des Kommunismus in Afrika an seiner beherrschenden geographischen Lage an den beiden Ozeanen." (21)



Diese Argumente überzeugten augenscheinlich eine Reihe einflußreicher Staaten der Allianz. Die Sache wurde nämlich innerhalb der NATO aufgeworfen. Im Frühjahr 1972 erreichten die Befürworter einer militärischen Zusammenarbeit mit den weißen Regimes ihren ersten konkreten Erfolg. Das Militärkomitee der Nordatlantischen Versammlung setzte einen Unterausschuß zur Prüfung der "Sowjetischen Seebedrohung" ein. Mit diesem Unterausschuß sollte die Frage der "Bedrohung" der Kaproute herausgestellt werden. Die Einrichtung des Unterausschusses und die Bestellung des Berichterstatters waren Teil der Bemühung, die NATO auf die von Rippon und vielen anderen empfohlene Politik festzulegen.

Dies war nur ein erster Schritt in diese Richtung. Die Versammlung hat keine Exekutivgewalt. Sie kann nicht für die NATO handeln. Aber als die einzige sich regelmäßig treffende gro-

ße Körperschaft von NATO-Parlamentariern hat sie eine wichtige Beratungsfunktion. In Plenarsitzungen und Ausschüssen prüft sie den ganzen Bereich der die NATO betreffenden Probleme. Sie legt ihre Empfehlungen den Exekutivorganen der Allianz vor. Für die Entwicklung der NATO-Politik sind die Vorstellungen der Versammlung deswegen von Bedeutung. Überdies ist das Militärkomitee ein wichtiges Organ in der Versammlung (Assembly). Es unterhält enge Verbindungen mit den verschiedenen NATO-Kommandos; ihm gehören Militärs und Parlamentarier an. Es ist eins der wichtigen Foren für die Diskussion der Verteidigungs- und Militärpolitik innerhalb des NATO-Apparates.

Der Unterausschuß zur "Sowjetischen Seebedrohung" hat offensichtlich sehr breite Beachtung gefunden. Er wurde beauftragt, eine Analyse der sowjetischen Marinestrategie und ihrer langfristigen Auswirkungen auf die NATO herzustellen. Er mußte deswegen einen breiten Fragenkatalog behandeln, von der Geschichte der sowjetischen Strategie bis zu den technischen Aspekten der "Bedrohung" der NATO. Alle diese Themenstellungen waren mehr oder weniger unkompliziert, ganz im Rahmen der offiziellen NATO-Aufgaben. Es gab an ihnen nichts, was politisch kontrovers war.

Es ist jedoch klar, daß der Unterausschuß auch politisch neuen Boden betreten sollte. Patrick Wall, Mitglied des britischen Parlaments, wurde zum Berichterstatter ernannt. Wall war und ist einer der führenden Befürworter einer engen Verbindung mit den weißen Regimes. Er gilt als sehr einflußreich in konservativen europäischen Kreisen. Die Ernennung von Wall zum Berichterstatter bedeutete, daß der Bericht des Unterausschusses zwangsläufig die traditionellen konservativen Argumente über die Gefährdung der Kaproute vortragen würde. In seinem ersten Entwurf eines Arbeitspapiers vom Juni 1972 tat Wall, was wohl zu erwarten war. Kapitel VI behandelte den Indischen Ozean (22). Es hatte die Überschrift "Die östliche Umklammerung der NATO". Kapitel VII beschäftigte sich mit dem Südatlantik. Es hieß: "Die Gefahr der südlichen Umklammerung der NATO". Die Kaprouten-Argumentation war in den Hauptteil der Analyse eingearbeitet. Im ganzen war das Papier eine kaum verhüllte Argumentation für eine See-Allianz mit Südafrika (23). Es darf wiederholt werden, daß dies kein Zufall sein konnte; man kann nur schließen, daß die Ergebnisse, die Wall produzierte, die waren, die von denen, die seine Ernennung sicherstellten, beabsichtigt waren.

Der Entwurf des Arbeitspapiers vom Juni 1972 war eine seltsame Mischung aus militärischer und geopolitischer Analyse. Die "Sowjetische Seebedrohung" wurde als erdumspannendes Problem gesehen, das eine neue Machtentfaltung durch die NATO forderte. Dem Entwurf nach wurde dem konventionellen und nuklearen Gleichgewicht in Europa zuviel Aufmerksamkeit gewidmet (24). Nach Ansicht des Unterausschusses war das wirkliche Problem, daß die Sowjetunion mit einer weltweiten Strategie zur Isolation der NATO-Staaten begonnen hatte. Sie dehnte ihre Macht politisch und militärisch aus. Besonders der Aufbau der sowjetischen Seemacht erweiterte den sowjetischen Einflußbereich. "Das Mittelmeer, Afrika, der Golf von Aden, der persische Golf und sogar die Karibik sind jetzt alle mögliche sowjetische Einflußzonen geworden - oder wenigstens Zonen starken sowjetischen Einflusses - größtenteils als direkte Folge sowjetischer Marineoperationen." (25) Darüber hinaus waren die Seeoperationen der NATO in den südlichen Ozeanen lebenswichtig geworden. Schließlich könnten die Versorgungslinien von Nordamerika und dem persischen Golf durch die Sowjetseestreitmacht abgeschnitten werden (26). Es gab keine NATO-Pläne für den Schutz der westlichen Schiffahrt im Südatlantik und Indischen Ozean. Tatsächlich "darf SACLANT (das Oberkommando für die Atlantischen Gebiete, iz3w) wegen der politischen Empfindlichkeit einiger Regierungen gegenüber der Situation im südlichen Afrika keine Eventualpläne aufstellen." (27)

Um dieser weltweiten Bedrohung zu begegnen, sollten die NATO-Länder "einen größeren Teil ihrer Verteidigungsausgaben auf den Marinesektor verwenden" (28). Es war eine logische Erweiterung dieser Argumentation, den Aufgabenbereich der NATO zu erweitern. Der Unterausschuß versäumte nicht, darauf hinzuweisen, daß, falls dies nicht möglich wäre, die notwendigen Maßnahmen von den interessierten Staaten innerhalb und außerhalb der Allianz auf bilateraler oder multilateraler Ebene getroffen werden sollten (29). Die ganze Stoßrichtung der Argumentation war, daß ein gemeinsames Verteidigungssystem in den südlichen Ozeanen aufgebaut werden sollte. Dieses System würde die weißen Regimes einschließen. Vielleicht die wichtigste der "allgemeinen Folgerungen" des Arbeitspapier-Entwurfes war diese:

> "Der Unterausschuß ist der Ansicht, daß die Aufrechterhaltung des Wendekreises des Krebses als südlicher Seegrenze der NATO gefährlich und überholt ist. Der Unterausschuß ist der Ansicht, daß die Mitgliedsstaaten der Allianz den militärischen Behörden der NATO erlauben sollten, die Bedrohung, der die NATO außerhalb des gegenwärtigen NATO-Bereichs ausgesetzt ist, zu untersuchen. Er ist ferner der Ansicht, daß für die Verteidigung

> der Kaproute vom Persischen Golf um das Kap durch den Südatlantik in das IBERLANT-Gebiet eine gemeinsame Planung entwickelt und die notwendigen Nachrichtenverbindungen sofort eingerichtet werden müssen. Der Unterausschuß ist der Ansicht, daß Südafrika und andere interessierte Länder an dieser Planung beteiligt werden sollten." (30)

Im wesentlichen ging es also um Südafrika und die portugiesischen Gebiete in Afrika. Der Unterausschuß traf eine Reihe von Feststellungen bezüglich Südafrika. Er stellte fest, daß das Britisch-Südafrikanische Simonstown-Abkommen von 1955 die einzig existierenden Vorkehrungen für den Schutz der Schiffahrt in den südlichen Ozeanen vorsieht (31). Er schlug vor, die NATO-Mächte sollten von diesem Abkommen verstärkt Gebrauch machen. Er beschrieb den militärischen Zustand der südafrikanischen Marine (32). Er wies darauf hin, daß gerade die Arbeit an einem modernen Nachrichtensystem abgeschlossen wird und daß "Südafrika volle Nachrichtenverbindung mit der Britischen Marine habe... (und) mit den USA über Puerto Rico ebenfalls Nachrichtenverbindungen bestehen" (33). Der Unterausschuß führte ferner aus, daß die Luftüberwachung im südlichen Atlantik und im südindischen Ozean "nur von Südafrikanischen Flugplätzen aus durchgeführt werden kann" und daß Südafrika mehr moderne Aufklärungsflugzeuge benötigt (34). Er stellte fest, daß in diesem Gebiet "gemeinsame Manöver zum Einsatz der Nachrichtentechnik sowie zur Schiffsüberwachung und U-Boot-Bekämpfung als unerläßlich betrachtet werden" (35).

Der Arbeitspapier-Entwurf war also ein wichtiges Papier. Es schlug eine wesentliche Veränderung der NATO-Strategie vor. Die alten Kaprouten-Argumente, die man vorher in kleinerem Kreise vernommen hatte, wurden in die Überlegungen der Allianz auf höchster Ebene eingeführt. Damit gewannen sie eine Glaubwürdigkeit, die sie sonst nicht gehabt hätten. Weiterhin mußte es vielen so scheinen, als fänden diese Argumente in einflußreichen Kreisen Unterstützung. Tatsächlich berichtete Wall der Nordatlantischen Versammlung, daß "der Unterausschuß über die sowjetische See-Bedrohung unabhängig voneinander verschiedene Kommandos in der Allianz aufgesucht hatte. Sein Bericht wurde an diese Kommandos verteilt und von ihnen gebilligt" (36). Damit sagte Wall genaugenommen also, daß er für den Vorschlag eines provisorischen Militärbündnisses mit den weißen Regimes die Rückendeckung einer Reihe von NATO-Kommandos hatte.

Der Unterausschuß hielt augenscheinlich eine Reihe von Besprechungen ab, in denen der Arbeitspapier-Entwurf vom Juni diskutiert und ergänzt wurde. Treffen wurden in Norfolk, Virginia, dem Hauptquartier von SACLANT (Alliierter Oberbefehlshaber Atlantik, iz3w), in Lissabon, dem Hauptquartier von IBERLANT und im Londoner Oberhaus abgehalten. Zwischen den Beratungen nahmen Ausschußmitglieder und NATO-Personal Überarbeitungen vor. Der Arbeitspapier-Entwurf scheint auf einige Kritik gestoßen zu sein, ob hauptsächlich während den Beratungen des Unterausschusses oder denen des Militärausschusses ist nicht klar. Erwähnenswert ist jedoch, daß der Vorsitzende des Unterausschusses, als der Bericht dem gesamten Militärkomitee vorgelegt wurde, bemerkte, "daß die militärischen Aspekte des Auftrags des Unterausschusses nicht die meisten Schwierigkeiten bei der Behandlung machten. Ein Problem, dem sich der Unterausschuß gegenübersah, war die Frage der notwendigen politischen Maßnahmen" (37).



Nach Beratung und Ergänzung der revidierten Endfassung des Berichts des Unterausschusses durch das Militärkomitee in Bonn wurde ein abschließender Bericht zusammengestellt. Dieser abschließende Bericht über "Die sowjetische See-Bedrohung" war ein Bericht des gesamten Militärkomitees und hatte dementsprechendes Gewicht. Eben dieser Bericht wurde der Versammlung vorgelegt. Die Sprache des endgültigen Berichts ist weit vorsichtiger als die des Arbeitspapier-Entwurfes; die grundsätzliche Konzeption und Argumentation sind jedoch dieselben. Der abschließende Bericht vertritt die Anschauung, daß die Ausdehnung der sowjetischen Marine weit mehr als eine militärische Bedrohung im engeren Sinne ist. Der Bericht macht sich vor allem Sorgen über das Problem des schwindenden westlichen Einflusses, vor allem in der Dritten Welt; dabei wird den südlichen Ozeanen besondere Aufmerksamkeit geschenkt (38). Die ausführlichen Bezugnahmen auf Südafrika wurden ausgelassen oder weniger deutlich gemacht. Die Vorschläge im abschließen-

den Bericht sind im großen und ganzen dieselben wie im Entwurf des Arbeitspapiers. Die Mitglieder des Unterausschusses und des Militärausschusses machten sich augenscheinlich jedoch große Mühe, politische Fettnäpfchen zu vermeiden. Der endgültige Bericht wird mit viel geringerer Wahrscheinlichkeit auf entschiedene Kritik stoßen. Nichtsdestoweniger war er das Vehikel, die NATO dem Ziel näherzubringen, das Wall einige Monate früher gesetzt hatte.

Der Bericht betonte die Wichtigkeit von Einflußsphären im weltweiten Machtgleichgewicht und er beklagte - in derselben Weise wie Strategen wie Beaufre - den schrittweisen Einflußverlust der Westmächte. Der besondere Hinweis auf Afrika als eine mögliche sowjetische Einflußsphäre, der sich im Entwurf des Arbeitsausschußpapiers fand, wurde ausgelassen. Paragraph 18 des abschließenden Berichts behandelt die Frage der Einflußsphären:

> "Nach dem Zweiten Weltkrieg war der westliche Einfluß... Hand in Hand mit der Dekolonialisierungspolitik und dem Rückgang der Zahl der ausländischen Militärstützpunkte weltweit zurückgegangen. Die Sowjetunion und China haben beide in den letzten Jahren versucht, ihren Einfluß in der Dritten Welt zu vergrößern. Während China in dieser Hinsicht durch innere Umwälzungen und begrenzte Mittel Grenzen gesetzt waren, ... war die Sowjetunion energischer und erfolgreicher. Die Sowjetunion hat gleichzeitig mit der Steigerung ihrer Seemacht und ihrem weltweiten Aufgebot von Schiffen ihren politischen Einfluß ausgebaut... Bestimmte Seegebiete geraten jetzt mehr und mehr unter sowjetischen Einfluß. Das Anwachsen der sowjetischen Seemacht bedeutet somit nicht nur eine ernste militärische Herausforderung der NATO-Marinen und eine Bedrohung der Versorgungslinien Westeuropas, sondern schafft auch einen gegen den Westen gerichteten Trend in der weltweiten Verteilung der Einflußsphären." (39)

Der Verweis auf "gewisse Seegebiete" ist hier deutlich. Zwei Kapitel des Berichts behandeln die "Gefahren" der Umklammerung der östlichen und südlichen NATO-Flanken. Der Bezug ist also derselbe; was sich geändert hat, ist lediglich die Sprache, sie ist etwas vorsichtiger.

Eine der auffallendsten Besonderheiten des Berichts ist seine stillschweigende Bezugnahme auf die Doktrin der Gegenintervention. Diese besagt, daß der Weg, einen Einflußverlust oder eine Niederlage im Machtkampf zu vermeiden, darin besteht, die eigenen Kräfte zwischen den feindlichen Kräften und jedem möglichen "Krisenherd" aufzubauen. (40) Es ist gut bekannt, daß die Militärs einiger Länder am Aufbau einer Gegeninterventionsmacht für den indischen Ozean arbeiten. Sie sehen die Expansion der Sowjetmarine "im Zusammenhang mit der zunehmenden Instabilität in diesem Gebiet". Die Beschreibung der "Wachablösung" im abschließenden Bericht ist in diesem Lichte besonders interessant:

> "Die Auswirkung des immer ausgedehnteren Aufmarsches sowjetischer Kriegsschiffe wird sich in den kommenden Jahren wohl in Krisenherden in aller Welt bemerkbar machen. Die frei operierende sowjetische Flotte wird kaum eine mögliche Gelegenheit zur Intervention in politischen Krisenherden auslassen, wo das wirtschaftlichen, politischen und strategischen Nutzen bringt. Es ist interessant, daß die Regierungen Kenias und Tansanias, als sie 1964 von Aufständen bedroht wurden, sich mit der Bitte um Hilfe an die nächst erreichbaren Flotten wandten. Damals waren es Einheiten der britischen Flotte... die ihnen zur Hilfe kamen. Sollte sich eine solche Situation wieder ergeben, hält es Ihr Berichterstatter für wahrscheinlicher, daß die erreichbaren Flotteneinheiten nicht der britischen oder einer anderen NATO-Flotte angehören, sondern sowjetische Flotteneinheiten wären. Sollte die sowjetische Flotte eingreifen, könnte sich ihre Beziehung zu der Regierung, die sie zur Hilfe gerufen hatte, völlig verändern. Eine wachsende sowjetische Seemacht auf der ganzen Welt könnte deshalb langfristig eine Wachablösung auf der internationalen Bühne bedeuten." (41)

Die stillschweigenden Folgerungen werden hier nicht ausgesprochen. Es wird jedoch deutlich, daß der Berichterstatter und viele andere sich bemühen, eine solche Entwicklung zu verhindern. Sie legen im abschließenden Bericht Vorschläge vor, die die NATO dem Aufbau einer gemeinsam mit anderen Mächten im indischen Ozean betriebenen Gegeninterventionsstreitmacht näherbringen sollten. Dies war die Absicht, die mit so vielen Worten nirgends angesprochen wurde. Die Analyse deutet wohl auf eine Beziehung zu ihren Vorschlägen hin. Wenn die Vorschläge nicht ganz soweit gehen, wenn sie "nur" ein System der Erkennung und Überwachung anregen sollen, ist kaum einzusehen, warum "Einflußsphären" und "Wachablösung" so betont werden.

Die Vorschläge des abschließenden Berichts wurden viel vorsichtiger gefaßt. Einige waren allgemein, einige speziell. Sie waren im ganzen zurückhaltender und weniger deutlich als

die, die im Arbeitspapier-Entwurf aufgestellt wurden. Ausgeführt würden sie wahrscheinlich in dieselbe Richtung führen. Die wichtigeren allgemeinen Schlußfolgerungen und Vorschläge hinsichtlich der südlichen Ozeane waren die folgenden:

> "Der Unterausschuß ist der Ansicht, daß es vom militärischen Standpunkt gesehen nicht sinnvoll ist, daß der Aufgabenbereich der NATO am Wendekreis des Krebses enden soll." (42)
>
> "Der Unterausschuß sieht hingegen keinen Grund, warum die militärischen Behörden der NATO die Verteidigungsplanung und Überwachung nicht über diese Grenze hinaus ausführen sollen...
> und sieht keinen Grund, warum nicht in Friedenszeiten Nachrichtenverbindungen von jenseits dieser Grenze zu SACLANT und IBERLANT sichergestellt werden sollten." (43)
>
> "Erwogen werden sollte eine ständige westliche Präsenz im indischen Ozean, um den sowjetischen Einfluß in diesem Gebiet auszugleichen." (44)

Im endgültigen Bericht nahm die Idee einer gemeinsamen Verteidigungsstreitmacht einen weit weniger hervorragenden Platz ein, sie wurde als überlegenswert vorgetragen; eine Reihe wichtiger Vorschläge weisen jedoch in diese Richtung. Nach ihnen sollten Arbeits-Absprachen eine begrenzte militärische Zusammenarbeit in den südlichen Ozeanen herstellen. Südafrika wird nicht erwähnt. Eine Reihe von militärischen Quellen machen es jedoch klar, daß selbst diese Art von Vorschlägen die Mitarbeit der Regierung von Südafrika erfordert. (45) Der Schlußbericht machte keinerlei spezifische Vorschläge in bezug auf Portugal. Das Thema erwies sich offensichtlich als überaus kontrovers. Dennoch ist klar, daß die Mitglieder des Unterausschusses sich mit dieser Frage beschäftigten. Der abschließende Bericht enthält nämlich einen Verweis auf die mögliche Nützlichkeit gewisser portugiesischer Inseln und auf Einrichtungen auf dem afrikanischen Festland:

> "Portugal, ein NATO-Mitglied, wäre in der Lage, Militäreinrichtungen auf den Azoren, den Kapverdischen Inseln, Madeira und Sao Tome bereitzustellen zusammen mit Einrichtungen auf dem afrikanischen Festland, um bei der Wahrnehmung des Schutzes der Kap-Route - wenn dies seitens der NATO erforderlich wäre - zu helfen." (46)

Dies kommt fast einem Angebot gleich, von Portugals Militäreinrichtungen in der südlichen Hemisphäre Gebrauch zu machen. Denn diese Ausführungen müssen in ihrem Zusammenhang gesehen werden. Die Bedeutung dieses ganzen Arguments in dem Schlußbericht liegt darin, daß die NATO zu einer aktiven Verteidigungsplanung in den südlichen Ozeanen geführt werden soll. Die Ausführung eines Verteidigungsplanes in den fraglichen Gebieten würde Militäreinrichtungen erfordern. Portugal ist ein NATO-Mitglied und besitzt die gewünschten Einrichtungen.

Tatsächlich würde es wohl schwer sein, irgendeinen Verteidigungsplan überhaupt auszuführen, wenn der Gebrauch dieser Einrichtungen nicht gestattet wäre. In diesem Zusammenhang ist solch eine Aussage, so unglaublich sie auch scheinen mag, eine scharfsinnige Forderung, das Verbot abzuschaffen, das bis jetzt die NATO als Organisation aus Portugals afrikanischen Gebieten herausgehalten hat. Die Portugiesen haben schon seit einiger Zeit versucht, die NATO nach Afrika zu bringen. Sie wissen, daß, falls ihre Angebote einmal angenommen würden, die NATO ein Interesse an der Sicherung der Stabilität in den Gebieten haben wird, in denen ihre Kräfte portugiesische Militäreinrichtungen benutzen.

Nach Billigung des abschließenden Berichts durch den Militärausschuß wurde die Diskussion bei den Treffen der gesamten Versammlung in Bonn fortgesetzt. Im Laufe dieser Treffen unterbreitete das Militärkomitee der Versammlung eine diesbezügliche Empfehlung. Diese Empfehlung, Empfehlung 22, über die "sowjetische Seebedrohung" beinhaltet viele der ursprünglich von Patrick Wall benutzten Formulierungen. Die Präambel betonte nochmals, daß sich eine ernsthafte Bedrohung des Einflusses und der Interessen der NATO-Mächte "außerhalb der Grenzen des NATO-Bereichs" entwickle. Die Versammlung empfahl dem Nordatlantikrat:

> "a. die Empfehlungen der Paragraphen 147 bis 180 des Berichts des Unterausschusses des Militärausschusses über sowjetische Seebedrohung (Berichterstatter Patrick Wall, Dokument P 119 MC (72) 5) zu studieren;
>
> b. SACLANT die Bevollmächtigung zu erteilen, den Schutz der für die europäischen NATO-Staaten lebenswichtigen Schiffahrtslinien im indischen Ozean und im Südatlantik zu planen, einschließlich Überwachung und Nachrichtenwesen;
>
> c. eine detaillierte Übersicht zu erstellen über den gegenwärtigen Ölbedarf von Nordamerika und der europäischen NATO zusammen mit einem 10-Jahresplan unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und voraussichtlichen Vorratsquellen; die Frage der strategischen Vorräte in der europäischen NATO noch einmal neu zu überdenken und Wege und Möglichkeiten der Vergrößerung gegen-

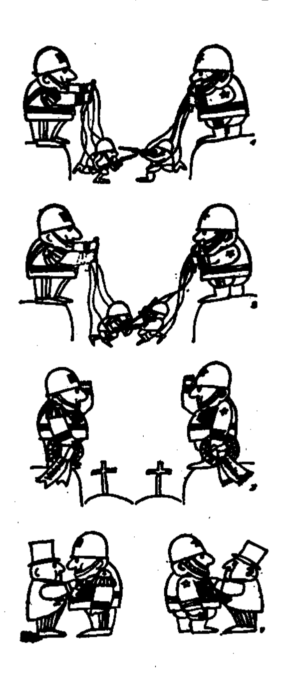
wärtiger Vorräte zu untersuchen." (48)

Nach einiger Diskussion wurde diese Empfehlung von der Versammlung angenommen. So wurde sie eine Empfehlung der parlamentarischen Körperschaft der NATO an eines der Exekutivorgane der NATO selbst. In diesem Stadium gab die Empfehlung keinerlei offizielle Position der NATO wieder. Die Versammlung hat nur beratende Funktion. Nichtsdestoweniger war die ganze Angelegenheit sehr weit gediehen; und der Weg zur Handlung war vorbereitet. Wall und seine Anhänger hatten ihre Kampagne bis zu höchsten Ebenen gebracht. Und es gelang ihnen, etwas herzustellen, das sich als Übereinstimmung unter den NATO-Mächten darstellen läßt.

Die Passage der Empfehlung 22 bei den Bonner Sitzungen der Versammlung löste beträchtliche Unruhe in einigen europäischen Ländern aus. Parlamentarier in Norwegen, Dänemark und den Niederlanden vertraten die Ansicht, daß, obwohl die Empfehlung keinen direkten Bezug zur Politik habe, sie als grünes Licht von militärischen Planern und Politikern betrachtet werde. Sie werden jetzt, so wird argumentiert, eine Lobby aufbauen für die Durchführung der Verteidigungsplanung und von vielleicht viel mehr. Die Kritiker meinten, daß die Passage der Empfehlung ein Mißgriff war. Einige wandten ein, daß sie eine "verdeckte Ausweitung der NATO ins südliche Afrika" bringe (49).

Westliche Regierungen haben sehr empfindlich auf diese Kritik reagiert. Und sie gaben es auf, den Vorgang überhaupt zu leugnen. Das US-Verteidigungsministerium zum Beispiel behauptete, daß die Kritik aus einer "Fehlinterpretation" der Ereignisse beim Bonner Treffen resultiere. In einer Note an das "House Subcommittee on Africa" verwies das Ministerium auf die Diskussion bei der Bonner Versammlung über den möglichen Gebrauch der Kapverdischen Inseln durch die NATO (50). Es hielt daran fest, daß es "keinerlei offizielle Information über die Möglichkeit einer Einverleibung der Kapverden in den NATO-Zuständigkeitsbereich" habe. Es behauptete auch, daß die Diskussion die NATO nicht offiziell betreffe, da die Versammlung "kein offizielles NATO-Organ" sei. Es gab zu, daß die Versammlung dem Rat empfohlen hatte, es möge SACLANT bevollmächtigen, den Schutz der lebenswichtigen Schiffahrtslinien in den südlichen Ozeanen zu planen. Das Department behauptete, die Berichte, daß die NATO sich selbst in Aktivitäten südlich des Wendekreises des Krebses einmische, beruhten wahrscheinlich auf einer "öffentlichen Fehlinterpretation der Ansichten der Parlamentarier der NATO-Versammlung". Kurz, die Note des Departments besagte, daß nichts von Bedeutung in Bonn geschehen sei.

Es ist heute klar, daß dies nicht stimmt. Die Erwägungen der Nordatlantischen Versammlung von 1972 erwiesen sich als weit mehr als ein Sandkastenspiel. Sie waren das Vorspiel zu einem offiziellen Beschluß in Richtung einer gemeinsamen Verteidigungsplanung mit den weißen Regimes. Der Beschluß wurde von einem Exekutiv-Organ der NATO getroffen, wenn auch nicht vom NATO-Rat. Auf einer Ministersitzung in Brüssel im Juni 1973 verabschiedete das Verteidigungsplanungskomitee der NATO ein geheimes Kommuniqué bezüglich der Empfehlung 22. Das Kommunique gab SACLANT die Vollmacht, für Eventualfälle "außerhalb des NATO-Bereichs" zu planen. Damit war der Mechanismus offiziell in Gang gesetzt.



Das Verteidigungsplanungskomitee vereint die Verteidigungsminister der NATO-Mächte (51), es ist das wichtigste mit Verteidigungsfragen befaßte Exekutiv-Organ der NATO. Seine Entscheidungen in diesen Fragen haben das gleiche Gewicht wie die des Rats. Die Erörterungen des Verteidigungsplanungskomitees im Juni 1973 machten die Empfehlung der Versammlung zur offiziellen Politik, sie legten die NATO als Organisation auf ein Engagement in den südlichen Ozeanen fest. Das war ein augenfälliger Schritt in Richtung auf eine militärische Zusammenarbeit mit den weißen Regimes. Die für diese heimliche Wende Verantwortlichen wissen das. Deshalb haben sie sich solche Mühe gegeben, die ganze Angelegenheit geheim zu halten.

SACLANT befaßt sich heute aktiv mit Eventualplänen. Aber sogar innerhalb der NATO wird betont, daß diese Planung in keiner Weise eine Verpflich-

tung für weitere Handlungen einschließe. Solche Behauptungen sind zweifellos politisch notwendig. Sie sind jedoch auch offensichtlich irreführend. SACLANT ist jetzt tatsächlich dabei, einen Plan für die Verteidigung des Südatlantiks und des indischen Ozeans aufzustellen. Das heißt, es stellt im wesentlichen eine Studie über Probleme, Bedarf und Möglichkeiten usw. auf. Es wendet sich an NATO-Regierungen, um herauszufinden, welche Informationen sie zu diesen Fragen haben. Es wurde vereinbart, daß keine Nicht-NATO-Regierungen in diesem Untersuchungsprozeß konsultiert werden. Es kann jedoch kein Zweifel bestehen, daß die Südafrikanische Regierung schon auf der jetzigen Planungsstufe indirekt teilnehmen wird. Denn die britische Regierung wird über die durch das Simonstown-Abkommen geschaffenen Kanäle unvermeidlich das südafrikanische Marine-Kommando konsultieren. Auf andere Weise wäre sie nicht in der Lage, viel an aktueller Information über die relevanten Fragen beizutragen. So wird Südafrika, auch wenn die Zusammenarbeit mit diesem Land ausdrücklich untersagt wurde, über die Briten Informationen weiterleiten. Mit anderen Worten - Südafrika kommt durch die "Hintertür" herein. Südafrika kann auch Informationen über andere bilaterale Kanäle liefern. All dies wird innerhalb der NATO zugegeben.

NATO-Quellen haben sehr viel Wert darauf gelegt, zu betonen, daß die Planung unter sehr restriktiven Bedingungen vorgehe. Als das Verteidigungsplanungskomitee an SACLANT seine Anweisungen gab, stellte es einige Vorbedingungen, um alle offensichtlichen politischen Schwierigkeiten zu vermeiden. So bestand es offensichtlich darauf, daß

1. Planungsaktivitäten nur die SACLANT-Hauptquartiere einschließen sollten und keine anderen NATO- oder nationale Kommandos,
2. keine Nicht-NATO-Regierung von SACLANT selbst konsultiert werden sollte,
3. die Planung nur auf dem Papier bestehen sollte, d.h. Vorausplanung, es sollten keine gemeinsamen Manöver oder Unternehmungen stattfinden,
4. keine Ausführung der geplanten Vorbereitungen stattfinden sollte ohne die ausdrückliche Bewilligung des Verteidigungsplanungskomitees,
5. besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte der Planung der Verteidigung der Öl-Nachschublinien vom Persischen Golf, d.h. dem indischen Ozean,
6. es selbstverständlich sei, daß die Tatsache der Verteidigungsplanung der Routen des Südatlantiks und des indischen Ozeans keinerlei Verpflichtung von seiten der NATO darstelle.

Diese Einschränkungen schienen die NATO vor der Verantwortung unbedachter Verstrickung mit den weißen Mächten im südlichen Afrika zu schützen. Jedoch berichten NATO-Quellen, daß diese Beschränkungen formal und sonst wohl nichts seien. Man weiß und gibt zu, daß das Meiste zwischen den Zeilen steht, sowohl im Kommunique des Verteidigungsplanungskomitees als auch in den Äußerungen der SACLANT-Offiziere.

Es sollte bemerkt werden, daß selbst die gegenwärtige Planung wahrscheinlich eine Verletzung der Artikel der NATO darstellt. Der Vertrag bestimmt den NATO-Bereich als das Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses. Es stimmt, daß Südafrika zur Zeit nicht offiziell von SACLANT konsultiert wird. Aber Portugal wird zu einer Reihe von Fragen konsultiert. SACLANT untersucht gerade den Stand des Nachrichtenwesens, die Kapazität der Flugplätze, die Verkehrsdichte auf den Meeren usw. Es stellt also Nachforschungen zu Fragen an, die die portugiesischen Afrikagebiete und Inselbesitzungen betreffen. Zusammenarbeit der NATO mit Portugal in Angelegenheiten außerhalb des NATO-Bereichs ist vermutlich immer noch eine Verletzung des Vertrages. Sicherlich ist es die Ansicht vieler Parlamentarier, daß die NATO sich nicht dem Verdacht aussetzt, in die portugiesischen Afrikabesitzungen einzumischen.

Der bedeutendste Punkt ist jedoch, daß die Änderung, die von Wall und seinen Anhängern in Bewegung gesetzt wurde, wohl schwerlich bei der Vorbereitung eines papierenen Planes zur militärischen Verteidigung der südlichen Ozeane auf dem Papier bleiben wird. Was auch immer NATO-Sprecher sagen mögen, solche Pläne werden für einen bestimmten Zweck aufgestellt. NATO-Regierungen haben gezeigt, daß sie sich mit der ganzen Angelegenheit befassen. Indem sie nämlich ihre Politik geheimhalten, sind sie ein beträchtliches Risiko eingegangen. Wenn ein Plan aufgestellt worden ist, kann man kaum annehmen, daß er einfach in der Schublade landet. Der eine oder andere Plan wird irgendwann ausgeführt werden müssen.

Wenn ein Plan aufgestellt ist, bleibt noch eine Reihe von Fragen. Jeder Plan zeigt, daß eine bestimmte Verteilung militärischer nebst flankierender Einrichtungen notwendig ist, um die Kap-Route zu "schützen". Und diese Kräfte werden in Bereitschaft gehalten werden müssen. Daher wird die Ausführung jedes Eventualplanes die Beteiligung Portugals und Südafrikas erfordern; es werden Basen nötig sein;

Nachrichtenverbindungen werden eingerichtet werden müssen; die Luftüberwachung von Bewegungen auf dem Meer wird organisiert werden müssen. Marine-Einheiten werden benötigt werden, um das Gebiet zweckmäßig zu erfassen. Die NATO-Länder können diese Dinge nicht in den Südatlantik und den indischen Ozean liefern. Sie werden sich deshalb auf Portugal und Südafrika verlassen müssen. Die südlichen Ozeane können ohne die aktive Mitarbeit dieser beiden Mächte nicht beschützt werden. So führen alle Wege zur Einrichtung einer gemeinsamen Verteidigungstruppe in dieses Gebiet. Genau das haben Militärplaner nunmehr seit einigen Jahren vorgeschlagen. In ihrem Artikel in "The Naval War College Review" argumentierte Commander Coye:

> "Im Lichte des Anliegens der USA, ihre Interessen im indischen Ozean zu schützen und um den sowjetischen und chinesischen Initiativen in diesem Gebiet zu begegnen, sollte die Schaffung einer stark sichtbaren multilateralen militärischen Präsenz, vor allem zur See, ein langfristiges Ziel sein. ... Die Vereinigten Staaten sollten die Nationen dieses Gebiets ermutigen, mit ihren Streitkräften in einem multinationalen Flottenverband zu operieren. Die Marine der Republik Südafrika sollte zur Teilnahme eingeladen werden, auch wenn mit politischen Schwierigkeiten gerechnet werden muß. Dieser Staat verfügt über die einzigen starken Seestreitkräfte im südlichen Afrika. Diese Art vereinter Präsenz wird zum Schutz der Interessen aller Nationen führen und die Stabilität in diesem Gebiet fördern." (52)

Man muß wohl fragen, warum die NATO-Mächte sich solche Mühe geben, auf eine militärische Zusammenarbeit hinzusteuern. Warum haben sie fortgesetzt Druck ausgeübt gegen solch starke Opposition in verschiedenen Ländern. Warum sind sie alle Risiken eingegangen, die mit einer Ausweitung der NATO auf einer informellen Ebene verbunden sind ohne volle öffentliche Auflegung der Angelegenheit. Warum sind sie das Risiko eingegangen, die Bonner Empfehlung unter dem Mantel der Verschwiegenheit auszuführen?

Die Antwort auf diese Fragen ist noch nicht vollkommen klar. Aber sie ist klar genug, um ernste Besorgnis zu rechtfertigen. Es muß vor allem festgestellt werden, daß die Kap-Routen-Argumentation in ihrer konventionellen Fassung von zwei verschiedenen Gefahren ausgeht. Die erste Gefahr besteht darin, daß die sowjetische Seemacht benutzt werden wird, um die lebenswichtigen Versorgungswege um das Kap abzuschneiden. Dieses Argument wurde benutzt, um die "südliche Sache" innerhalb der NATO voranzutreiben.

SACLANT stellt Pläne zur Verteidigung dieses Gebietes auf, weil das Verteidigungsplanungskomitee schloß, daß Europas Ölzufuhrrouten verletzbar sind. Die sowjetische Seemacht, so wurde argumentiert, stelle eine militärische Bedrohung der Kap-Route dar. Die Schwierigkeit bei dieser Argumentation besteht darin, daß sie sehr wenig Sinn ergibt. Die Individuen und Regierungen, die sich mit dieser speziellen Frage beschäftigt haben, haben nie richtig klar gemacht, was sie unter dieser "Bedrohung" verstehen. Tatsächlich haben eine Reihe von militärischen Analytikern gesagt, daß es kein glaubwürdiges "Drehbuch" für eine militärische Bedrohung der Kap-Route gibt (53). Es ist höchst unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion in der Lage ist, die fraglichen Schiffahrtslinien auch nur zu stören geschweige denn abzuschneiden. Zum ersten hat sie gar nicht genügend Kräfte in diesem Gebiet stationiert, es sind nämlich kaum mehr als vier Kampfeinheiten gleichzeitig im indischen Ozean. Zum zweiten sind die eingesetzten sowjetischen Einheiten nicht von dem Typ, den man zur angesprochenen Bedrohung benötigte. Die sowjetischen Kampfverbände scheinen wesentlich eine Ausgleichsmacht zu sein, deren Einsatz im indischen Ozean eine Antwort auf den amerikanischen Einsatz von Polaris-U-Booten dort ist (54). Und drittens ist die "Kap-Route" ein viel zu großes Gebiet, um überwacht zu werden. Es gibt eine große Meeresfläche zwischen dem Kap und der südlichen Eislinie. Sie könnte von etwas wie den anwesenden sowjetischen Streitkräften nicht abgedeckt werden. Der indische Ozean und der Südatlantik stellen weit größere Probleme. Schließlich hat die Sowjetunion einfach nicht die logistischen und anderen Hilfseinrichtungen zur Stationierung einer Flotte, die eine militärische Bedrohung der Kap-Route darstellen könnte. Wenn sie keine große Flotte in diesem Gebiet unterhalten kann, dann kann auch keine konventionelle militärische Bedrohung für die Seerouten bestehen.

Geoffrey Jukas faßte die Gründe gegen diese Version der Kap-Routen-Argumentation vor einigen Monaten in einem Papier für das "Internationale Institut für strategische Studien" in London zusammen:

> "Die sowjetische Flottenpräsenz im indischen Ozean ist bislang für weitreichende Operationszwecke nicht groß genug und nicht genügend ausgestattet. Sie stellt wohl eine Kombination dar zwischen einer mehr symbolischen Streitmacht, einem Kommando zur Erkundung des Terrains, eine Mischung von SSM, SAM und ASW-Schiffen, ausgerichtet auf eine Anti-Polaris- und/oder Flugzeugträger-Funktion, mit dem zusätzlichen politischen Ziel der Si-

cherung der Kernwaffenfreiheit des indischen Ozeans." (55)

Deshalb dürften die für die Schritte in Richtung auf eine militärische Zusammenarbeit mit den weißen Regimes angegebenen Gründe schwerlich die wirklichen Gründe sein. Jedoch bezieht sich die Kap-Routen-Argumentation auf eine zweite Gefahr. Es ist die Gefahr, daß die sowjetischen Marinestreitkräfte zur Ausweitung des sowjetischen Einflußes eingesetzt werden. In den Dokumenten der NATO-Versammlung von 1972 spielt diese Version des Arguments eine wichtige Rolle. Tatsächlich läuft die ganze Argumentation in diesen Dokumenten darauf hinaus, daß dies die Hauptgefahr ist. Dies scheint das Problem zu sein, das in bestimmten Kreisen Alarm ausgelöst hat. Denn, wie man sah, wird die militärische Situation in Südafrika sehr ernst; die weißen Regimes geraten zunehmend unter Druck. Es besteht die Möglichkeit, daß die Portugiesen in ein oder zwei Jahren aus Mozambique vertrieben werden. Eine solche Entwicklung wäre natürlich verhängnisvoll. Und die westlichen Mächte sind klar besorgt darüber, daß eine sowjetische Präsenz im indischen Ozean irgendwie das Ergebnis der sich anbahnenden politischen Umwälzungen in diesem Gebiet beeinflussen könnte. Folglich, so scheint es, versuchen sie eine Gegenpräsenz aufzustellen, um die sowjetische Macht dort zu neutralisieren.

Der wirkliche Grund also für die informelle Ausweitung der NATO in die südlichen Ozeane hinein ist also, den Druck auf die weißen Regimes zu mindern. Die Schaffung einer westlichen Meerespräsenz im indischen Ozean würde einen neuen Faktor in die Politik dieser Region einführen. Für Portugal und Südafrika würde selbst eine indirekte Rolle bei dem Aufbau einer solchen Streitmacht von Vorteil sein. Ihre Macht in diesem Gebiet würde sehr verstärkt werden. Ein Mitglied des Unterausschusses über die "sowjetische Seebedrohung" bestätigte kürzlich, daß dies der Grund sei: Der scheinbare Grund, so äußerte er, für den Druck, die Empfehlung 22 zu verabschieden, war nicht der wirkliche. Das Problem war nicht irgendeine plötzliche "Bedrohung" der Schiffahrt im indischen Ozean oder irgendwo sonst. Die wirkliche Bedrohung entstand aus dem sich ändernden Gleichgewicht der Kräfte im südlichen Afrika. Der Zweck der Empfehlung an den NATO-Rat bestand darin, "unseren potentiellen Verbündeten im südlichen Afrika" zur Hilfe zu kommen, falls die Notwendigkeit sich ergeben sollte. Die informell getroffenen Abmachungen zur Ausweitung der NATO, die zu dieser Zeit vorgeschlagen wurden, sind nötig, wenn diese "potentiellen Alliierten" Hilfe brauchen.

Anmerkungen

1. Siehe z.B. L.W. Bowman, "Southern Africa and the Indian Ocean", in: The Indian Ocean, Cottrell and Burrell (Hrsg.), New York 1972
2. Die gesamte Darstellung in Punkt 1 faßt die Ansicht von Joseph Palmer in "The Bounds of NATO", NATO's Fifteen Nations, Februar-März 1972, zusammen.
3. ebd. S. 25
4. Dies ist allgemeine Ansicht in Militärkreisen. Siehe z.B. Menaul, a.a.O.; auch: "The Cape Route", Bericht auf einem Seminar bei der Royal United Services Institution, 25. Februar 1970, R.U.S.I., London 1970
5. Die Zahl schwankt je nach der Definition von Europa. Im Bericht über die "Sowjetische Seebedrohung", vorgelegt vom Militärausschuß der Nordatlantischen Versammlung auf seinem Bonner Treffen 1972, war die angegebene Zahl 50 % (S. 34)
6. Das US-Außenministerium sagte in seiner Schrift über "US National Security and the Indian Ocean" (Current Foreign Policy series, November 1971): "Es ist in unserem Interesse, daß Länder in diesem Gebiet nicht unter die Kontrolle uns feindlicher Kräfte gelangen. Besonders wären wir betroffen, wenn der chinesische oder sowjetische Einfluß in diesem Gebiet sich auf die Kontrolle des Wassers oder bedeutender Küstenstriche ausdehnen würde." (S. 3)
7. Gutteridge, a.a.O., S. 14
8. Auch das ist allgemeine Auffassung in Militärkreisen
9. US-Botschafter John M. Steeves, "Foreword", in: The Indian Ocean: A Conference Report, Cottrel and Burrell (Hrsg.), Center for Strategic and International Studies, Georgetown University, Washington, D.C., 1971
10. Die britischen Streitkräfte östlich von Suez sind jetzt sehr klein. Dort sind Verbände, die den in Dhofar kämpfenden Truppen des Sultans von Oman angeschlossen sind.
11. Siehe z.B. Conservative Commonwealth and Overseas Council, a.a.O., 1970, III. Teil, "The Cape Route", S. 7-8 (Textabdruck in 'blätter des iz3w', Nr. 2/3, Januar 1971)
12. Hanson Baldwin, "The Indian Ocean Contest: II, Staking their claims", New York Times, 21. März 1972
13. Nach Ansicht des Conservative Commonwealth and Overseas Council von 1970 "könnte es Angriffe auf britische Schiffe und/oder andere Formen der Störungen geben, die weit unter der Schwelle des erklärten Krieges liegen...", a.a.O., S. 7

14. Coye, a.a.O., S. 36: "Diese Veränderungen in der Umgebung des Indischen Ozeans, zusammen mit der Unsicherheit und Gewalt in verschiedenen Teilen der Gegend, lassen eine Neubewertung der möglichen Rolle, Zusammensetzung und Stationierung amerikanischer militärischer Macht in dieser Gegend ratsam erscheinen."
15. "The Western Ocean", Kapitel V von Cottrell and Burrell (Hrsg.), a.a.O., 1971, S. 62
16. Daily Mail (London), 3. Juli 69, zit. bei Herschelle S. Challenor, "Dialogue and Dissent: The Discontinuities of Global and Regional Interaction over the Situation in Southern Africa" (vervielfältigtes Manuskript, American Political Science Association meetings, Washington, D.C., 1972), S. 41
17. Jorg Kastl, "Future Problems of the NATO-Alliance", ein Vortrag, Journal of the Royal United Services Institution, März 1970, S. 36. Das Journal druckte die Mitschrift der Diskussion, die dem Vortrag folgte, ab.
18. Ders.
19. Das Dokument des Conservative Commonwealth and Overseas Council von 1970 stellte bezüglich der Kaproute unter der Überschrift "Erforderte und vorgeschlagene Aktionen" fest, daß: "Wenn der Aufgabenbereich der NATO nicht auf diese lebenswichtige Versorgungsroute ausgedehnt werden kann..., dann könnten aus sowohl politischen als auch strategischen Gründen die Voraussetzungen für einen regionalen Verteidigungspakt zwischen dem Vereinigten Königreich, Südafrika, Argentinien und Brasilien vorliegen." A.a.O., S. 8. Sollte selbst dies sich als unmöglich erweisen, gab es eine informelle Ausdehnung als Ausweg an.
20. Wie bereits angedeutet, sträubten sich einige Länder gegen die Vorstellung einer Ausweitung der Aktivitäten über den NATO-Bereich hinaus.
21. Geoffry Rippon, "The Importance of South Africa", Survival, September 1970, S. 296. Dieser Artikel war ein Nachdruck aus "The Round Table" (London), Juli 1970
22. Entwurf eines Arbeitspapiers zur "Sowjetischen Seebedrohung", Militärausschuß der Nordatlantischen Versammlung, Juni 1972. Patrick Wall war der mit der Abfassung des Arbeitspapiers beauftragte Berichterstatter des Unterausschusses. Der Entwurf des Arbeitspapiers trug die Aufschrift: "Bis zu seiner Billigung durch den Militärausschuß stellt dieses Dokument nur die Ansicht des Berichterstatters dar."
23. Der Entwurf des Arbeitspapiers forderte nicht ausdrücklich die Aufstellung einer gemeinsamen Verteidigungsmacht in dem Gebiet, seine Vorschläge würden aber effektiv eine solche Macht geschaffen haben. Andererseits stellt Coye, a.a.O., sehr deutlich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Verteidigungsmacht dar (S. 46).
24. Arbeitspapier vom Juni 1972, "Allgemeine Schlußfolgerungen", S. 47-48
25. ebd., S. 6
26. ebd., S. 19
27. ebd., S. 38
28. ebd., S. 48
29. ebd., S. 47
30. ebd., S. 48
31. ebd., S. 38
32. ebd., S. 41
33. Ders.
34. Ders.
35. Ders.
36. Nordatlantische Versammlung, 18. Jahressitzung, offizieller Bericht der zweiten Sitzung (Zweiter Teil), 23. November 1972, S. 28-29
37. Nordatlantische Versammlung, Militärausschuß, Protokoll des Treffens in Bonn, 20. November 1972, S. 5
38. Der Bericht enthält zwei Kapitel über den Südatlantik und den indischen Ozean, genauso wie der Entwurf des Arbeitspapiers. Seine Schlußfolgerungen widmeten der Kaproutenfrage genausoviel Aufmerksamkeit wie diejenigen der früheren Version.
39. Bericht über die "Sowjetische Seebedrohung", Militärausschuß Nordatlantische Versammlung, November 1972, S. 7
40. S. Samuel Huntington, a.a.O., S. 13-15
41. Bericht vom November 1972, S. 4
42. ebd., S. 42
43. ebd., S. 43
44. Ders.
45. Interview mit Admiral Koudijs, Königlich Niederländische Marine, Amsterdam, November 1973
46. Bericht vom September 1972, S. 35
47. Nordatlantische Versammlung, verabschiedete Texte der Nordatlantischen Versammlung bei ihrer 18. Jahressitzung, Bonn, 19.-24. November 1972, S. 14
48. Ders.
49. Van der Spek in den Verhandlungen der Tweede Kamer, Sitzungsperiode 1972-1973, 16de Vergadering - 20. Februar 1973, S. 628
50. Hearings des Unterausschusses für Afrika, House Committee on Foreign Affairs, a.a.O., 1973, S.133
51. Frankreich nimmt nicht an der Arbeit des Verteidigungsplanungskomitees teil.
52. Coye, a.a.O., S. 46
53. Siehe z.B. Jack Spence, a.a.O., passim
54. Geoffrey Jukes: "The Indian Ocean in Soviet Naval Policy", Interantional Institute for Strategic Studies, London, Mai 1972, S. 22 und passim
55. ebd., S. 22
56. Persönliches Interview

SAR: Konflikt mit der Kirche

Eine Resolution des Südafrikanischen Kirchenrates hat zu einer ernsten Konfrontation zwischen dem Rat und der südafrikanischen Regierung geführt. Diese Resolution wurde auf einer Konferenz des Kirchenrates in Hammanskraal gefaßt und soll über die Mitgliedskirchen an alle Gemeindeglieder gerichtet werden.

Premierminister John Vorster hat die Resolution scharf kritisiert und erklärt, er betrachte sie als eine "sehr ernste" Angelegenheit, die Konsequenzen für Südafrika haben könnte. "Ich möchte ernsthaft darauf hinweisen, daß jene, die in dieser Weise mit dem Feuer spielen, es sich sehr gründlich überlegen müssen, bevor sie sich ihre Finger unwiderruflich verbrennen", sagte Vorster. Der südafrikanische Verteidigungsminister Piet Botha hat rechtliche Schritte angekündigt. Die afrikaans-sprachige Zeitung "Die Burger", die die Regierungspolitik unterstützt, bezeichnete die Resolution als "verrückte Moralität" (epd, 5.8).

Nachstehend bringen wir Auszüge aus der Resolution:

"... erklärt die Konferenz,

....

5. daß in der Republik Südafrika gegenwärtig eine grundsätzlich ungerechte und diskriminierende Gesellschaftsordnung besteht und daß diese Ungerechtigkeit und Diskriminierung die primäre, institutionalisierte Gewalt darstellt, die erst die Gegengewalt der Terroristen oder Freiheitskämpfer ausgelöst hat,
6. daß die Streitkräfte unseres Landes darauf vorbereitet werden, diese ungerechte und diskriminierende Gesellschaftsordnung zu verteidigen und daß die Drohung mit militärischer Macht schon jetzt dazu benutzt wird, den Status quo gegen Bemühungen um einen radikalen Wandel zu verteidigen, die außerhalb der weißen Wählerschaft unternommen werden,
7. daß es heuchlerisch ist, die Gewaltanwendung der Terroristen oder Freiheitskämpfer zu bedauern, während wir selbst uns darauf vorbereiten, unsere Gesellschaft mitsamt ihrer institutionalisierten Gewalt durch Anwendung noch größerer Gewalt zu verteidigen,
8. daß die Ungerechtigkeit und Bedrängnis, unter denen die schwarzen Völker Südafrikas leiden, weitaus größer sind als die, gegen die die Buren ihren ersten und zweiten Unabhängigkeitskrieg führten. Wenn wir die Gewaltanwendung der Buren (oder die Gewalt des englischen Imperialismus) gerechtfertigt und behauptet haben, daß Gott auf ihrer Seite sei, so ist es Heuchelei zu leugnen, daß dasselbe auf die Schwarzen und ihren gegenwärtigen Kampf zutrifft,
9. daß sie die Grundlagen in Frage stellen muß, auf denen den Streitkräften Militärpfarrer gestellt werden, damit es nicht so aussieht, als drücke ihre Anwesenheit dort moralische Unterstützung für die Verteidigung unserer ungerechten und diskriminierenden Gesellschaft aus.

Kriegspsychose in Südafrika

Publik-Forum 2o.9.74

„Verwerfliches Verhalten der Kirchen"

Die Kontroverse zwischen dem Staat Südafrika und den Kirchen spitzt sich dabei zu. Im Hinblick auf eine Entschließung des *Südafrikanischen Kirchenrates* hat die Regierung den Entwurf eines Gesetzes im Parlament eingebracht. Danach soll jeder Versuch, einen Wehrpflichtigen zur Verweigerung des Wehrdienstes aufzurufen oder zu überreden, mit Geldstrafen bis 40 000 DM, Gefängnis bis zu zehn Jahren oder Geld- und Freiheitsstrafen geahndet werden.

Verteidigungsminister Botha begründete den Gesetzentwurf damit, daß die gegenwärtige Gesetzgebung keine Handhabe gegen Personen und Organisationen biete, die sich, wie der *Südafrikanische Kirchenrat*, „dieses verwerflichen Verhaltens" schuldig machten.

Arthur Meyer-Baerman

Darum stellt die Konferenz folgendes fest:

....

2. Sie ruft ihre Mitgliedskirchen auf, ihre Mitglieder angesichts des Vorhergesagten zur Beschäftigung mit der Frage anzuregen, ob der Aufruf Christi, sein Kreuz auf sich zu nehmen und ihm nachzufolgen, um sich dadurch mit den Unterdrückten zu identifizieren, nicht in unserer Situation bedeutet, daß man den Wehrdienst aus Gewissensgründen verweigert.
3. Sie ruft jene Mitgliedskirchen, die den Streitkräften Militärpfarrer stellen, auf, die Grundlage der Ernennung dieser Pfarrer zu überprüfen.
4. Sie würdigt den Mut und das Zeugnis derer, die bereit waren, ins Gefängnis zu gehen, um gegen ungerechte Gesetze und eine ungerechte Politik in unserem Land zu protestieren, und die uns allen damit ein Beispiel gegeben haben.
6. Sie betet für die Regierung und die Menschen in unserem Land und ruft sie eindringlich auf, schnelle Schritte zu einem radikalen und friedlichen Wandel in unserer Gesellschaft zu unternehmen, damit die Gewalt und der Krieg, in die unsere Gesellschafts-, Wirtschafts- und Innenpolitik uns hineinzieht, vermieden werden können.

aus: Junge Kirche, 8-9/74



Leserumfrage

Die Redaktion der Blätter des iz3w unternahm Anfang dieses Jahres in Form einer Fragebogenbeilage (Heft Nr. 32/33) eine Leserumfrage unter den Abonnenten der Blätter. Von den damals 2466 festen Abonnenten reagierten 268 auf die Umfrage. Das entspricht einem Antwortenrückgang von ca. 11 %. Diese etwas gering ausgefallene Antwortsrate (ein Prozentsatz um 10 % herum entspricht allerdings den allgemeinen Erfahrungen aus Umfragen dieses Charakters) zwingt zur Vorsicht in der Beurteilung der nachfolgenden Ergebnisse. Wir werden also mit diesen Ergebnissen nicht den Anspruch erheben können, ein repräsentatives Bild zu liefern über Beruf, Alter, Interessenlage usw. unserer Leserschaft (soweit es sich dabei um Abonnenten handelte; der Einzelheftverkauf über Buchhandlungen oder über Büchertische bei Veranstaltungen oder in der Universität beläuft sich im Durchschnitt pro Heft nochmals auf ca. 1200 Exemplare). Wir glauben oder hoffen zumindest, daß dessen ungeachtet die durch den geringen Antwortenrückgang bedingte statistische Verzerrung bei zumindest einigen Frageergebnissen nicht so gravierend ist, daß uns durch die Umfrage gänzlich irreführende Anhaltspunkte geliefert werden. Aber selbst wenn den vorliegenden 273 Fragebogenrückgängen im allgemeinen Sinne keine statistische Verläßlichkeit zuzubilligen ist, so scheint uns die Umfrage in einem speziellen Punkt durchaus wertvoll: Bei der Durchsicht der ausgezählten Antworten fällt auf, daß der überwiegende Teil, nämlich 89 % der Leser, die uns den genannten Fragebogen beantwortet zurückgesendet haben, in verschiedenen Bereichen (nicht nur in der Dritte Welt-Arbeit!) politisch aktiv ist. Ohne Frage nun ist mit annähernd 90 % der politisch engagierte (Arbeit in politischen Gruppen) Teil der Leser der Blätter in dem vorliegenden Sample von 268 weit überrepräsentiert. Vermutlich liegt diesbezüglich der tatsächliche Anteil bei nicht mehr als 20, 30 oder maximal 40 Prozent. Man wird demnach sagen können, daß die Antworten auf unsere Umfrage vorzugsweise aus dem Viertel oder Drittel der politisch aktiven Leser der Blätter kommen und demnach dieser Teil der Leserschaft von unserer Umfrage relativ gut erfaßt wird. Dies scheint uns insofern bemerkenswert, als es uns bislang immer wesentlich darauf angekommen ist, mit den Blättern Impulse für konkrete politische Arbeit zu liefern.

Die Umfrage-Ergebnisse im einzelnen:

Beruf:

41 % Studenten (110); 15 % Angestellte (39); 13 % Schüler (35); 9 % Lehrer (25); 5 % Pfarrer (12); 8,5 % sonstige Akademiker (23); Rest (9 %): Ersatzdienstleistende, Lehrlinge, Hausfrauen, Arbeiter...

Alter:

15 % Altersgruppe 15-20 Jahre (40);
37 % Altersgruppe 21-25 Jahre (99);
24 % Altersgruppe 26-30 Jahre (64);
21,5 % Altersgruppe 31-40 Jahre (58);
Rest (2,5 %) über 40 Jahre.

Geschlecht:

80 % männlich (215);
20 % weiblich (53).

Partei/politische Gruppierung (gefragt war hier im genaueren: "Welcher der folgenden Parteien oder politischen Gruppen stehen Sie am nächsten? CDU/CSU, FDP, SPD, Juso, DKP, Sozialistisches Büro, KBW, KPD".):

35 % Juso (94); 30 % Soz. Büro (80); 21 % SPD (57); 8,5 % KBW (23); 6,5 % DKP (17); 4 % KPD (11); Rest: CDU (2) od. FDP (5); 9,5 % der Antwortenden geben keine Gruppe an und 6 % nennen eine andere Gruppe.

Anmerkung: 35 Leser sind unentschieden und nennen mehrere der angegebe-

nen Parteien oder politischen Gruppierungen.

Aktive politische Arbeit:

Nur 11 % der Antwortenden (30) geben an, politisch nicht aktiv zu sein. Von den übrigen 238 Antwortenden (89 %) arbeiten im Bereich Dritte Welt: 124 Leser (52 %); Kirche: 57 (24 %); Sozialarbeit: 44 (18 %); Schule: 44 (18 %); Universität: 40 (17 %); Gewerkschaften: 36 (15 %); Betriebe: 15 (6,5 %); Umweltschutz: 9; Frauenemanzipation: 8. 40 Leser nennen darüber hinaus noch weitere politische Betätigungsbereiche (Strafvollzug, Wohnungsfragen usw.). Eine Vielzahl von Antwortenden betätigen sich in mehr als einem der oben genannten Arbeitsbereiche. Daraus resultierten 97 Mehrfachnennungen (die dabei häufigste Kombination: Kirche und Dritte Welt).

Regelmäßige Lektüre anderer Zeitschriften (gefragt war hier im speziellen nach "links", "publik forum", "Afrika heute", "Neues Forum", "der Überblick", "akid", "epk"):

94 Leser (35 %) unseres Antwort-Samples lesen keine der im Fragebogen angegebenen Zeitschriften. Die Verteilung der übrigen 174 Antworten gliedert sich wie folgt: "links" 88 (bezogen auf die Gesamtheit der Fragebogenrückgänge: 32 %); "Afrika heute" 64 (24 %); "der Überblick" 45 (17 %); "epk" 45 (18 %); "publik forum" 34 (13 %); "Neues Forum" 28 (10,5 %); "akid" 23 (8,5 %).

Anmerkung: erwartungsgemäß gab es auch hier zahlreiche Mehrfachnennungen.

Intensität im Lesen der "blätter":

Zumeist vollständig gelesen werden die "blätter" von 31,5 % (85); etwa die Hälfte der Artikel jeden Heftes lesen 34 % (91); diesen und jenen Artikel lesen 33 % (88).

Aktuelle Informationen oder der Erwerb von Hintergrundwissen:

Den Beantwortern des Fragebogens geht es in der überwiegenden Mehrzahl um beides: 211 (79 %); Beschränkung auf die Vermittlung aktueller Informationen: 13; Hintergrundwissen: 42.

Fächerung der Themenauswahl:

89 % der Antwortenden plädieren für eine breite Fächerung der in den "blättern" zu behandelnden Themen; nur 7 % wünschen sich eine Konzentration auf nur wenige Themenbereiche.

Interessenschwerpunkte (die Frage lautete hier: "An welchen Themen sind Sie besonders interessiert?" Als Antwortmöglichkeiten waren im Fragebogen 12 verschiedene Themenbereiche vorgegeben):

1) Länderanalysen:
190 Nennungen (71 %); lateinamerikanischen Ländern galt hierbei das größte Interesse: 129; dahinter folgen die Länder Afrikas südlich der Sahara: 106; Asien: 75; Nahost: 62;

2) Privatinvestitionen/Konzerne in der Dritten Welt:
151 Nennungen (60 %);

3) Berichte über Befreiungsbewegungen:
151 Nennungen (56 %);

4) Chronik: 135 (50 %);

5) Analysen zur sog. Entwicklungspolitik der BRD und anderer Staaten:
128 (48 %);

6) Ideologiekritik:
112 (43 %);

7) Dritte Welt-Arbeit oppositioneller Aktionsgruppen:
111 (43 %);

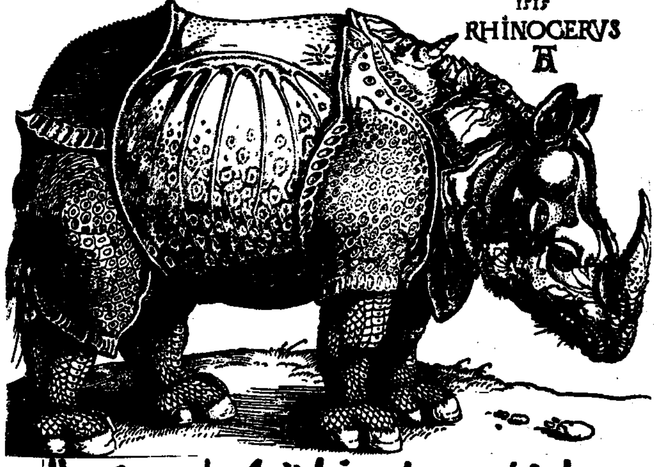
8) Analysen zur Situation der Fremdarbeiter in der BRD:
84 (31 %);

9) Analysen von Berichten in Presse und Fernsehen über Dritte Welt-Länder:
78 (29 %);

10) Kirche in der Dritten Welt:
76 (28 %);

11) Kirchliche Entwicklungspolitik:
56 (21 %).

Anmerkung: pro Fragebogen fanden sich im Durchschnitt 4 bis 5 der oben aufgeführten Themenbereiche genannt.



Nur ganz hartnäckige lesen und noch nicht unserem Förderkreis beigetreten!

Inhaltliche Beurteilung der "blätter":
Gefragt war hier: "Nennen Sie einen oder mehrere Artikel aus den letzten 'blättern', die Ihnen gut oder die Ihnen schlecht gefallen haben?" Nur 64 % der Antworter auf unsere Umfrage sind auf diese Frage eingegangen. Insgesamt wurde 54mal an einzelnen Artikeln Kritik geübt. Demgegenüber wurde in bezug auf verschiedene Artikel 287 mal "Lob" geäußert, oder anders ausgedrückt: in den 172 Fragebögen, in denen bis Februar 1974 erschienene Arti-

kel der "blätter" einer Bewertung unterzogen werden, stehen insgesamt 278 positiven Urteilen 53 negative Urteile gegenüber (eine, wie wir meinen, recht erfreuliche Bilanz).

Gut aufgenommen wurden insbesondere folgende Beiträge in den "blättern": Ideologie-Kritik-Serie: 32 Positiv-Nennungen; Chronik der abhängigen Welt: 32 Positiv-Nennungen (die Chronik wurde zugleich je 6 mal kritisch beurteilt); Indonesien-Serie: 23 Positiv-Nennungen (zugleich 6 mal kritisch bewertet); Siemens-Prozeß (Heft Nr. 32/33): 21 Positiv-Nennungen (dem stehen 17 Negativ-Nennungen gegenüber); Analyse der Sahel-Hunger-Katastrophe (Heft 32/33): 19 Positiv-Nennungen; die Chile-Berichterstattung (insgesamt): 18 Pos.-Nen.; Guinea-Bissau - Nach der Unabhängigkeit (Heft Nr. 31): 11 Pos.-Nen.; Guatemala - Geschichte der Ausbeutung (Heft Nr. 31): 10 Pos.-Nen.; Struktur-Daten Äthiopien: 7 Pos.-Nen.; Chile - Die historische Entwicklung (Heft Nr. 31): 5 Pos.-Nen.; Tanzania-Artikel (insgesamt): 5 Pos.-Nen.; Fremdarbeiter - Industriebetreuung durch Tanz und Spiel (Heft 30): 5 Pos.-Nen.

Kritik geübt wurde insbesondere an folgenden Beiträgen:
Siemens-Prozeß (Heft 32/33): 17 Negativ-Nennungen; Indonesien-Serie: 6 Neg.-Nen.; Chronik: 6 Neg.-Nen.; Ideologie-Kritik (allgemein): 4 Neg.-Nen.; Mao in Chile (Heft 30): 4 Neg.-Nen.

Methodische (didaktische) Kritik (gefragt war, "gibt es in den 'blättern' Artikel, die Ihnen schwer oder gar nicht verständlich waren"): Kritik wurde in dieser Hinsicht nur von 50 Lesern geäußert, während 156 Leser die vorliegende Frage explizit verneinten. 62 Leser gingen auf diese Frage nicht ein.

Von den Kritikern einzelner Artikel in den "blättern" wurde am häufigsten die Verwendung zu vieler Fremdwörter getadelt: 24 Nennungen; je 20 mal wurde der zu hohe Abstraktionsgrad und der zu komplizierte Satzbau verschiedener Artikel kritisiert; 13 mal wurde eine unklare Argumentation moniert; 9 Leser fanden, daß einzelne Artikel ein zu großes Grundwissen voraussetzen; 3 mal wurde als Kritikpunkt "schlechte Gliederung" genannt.

Im methodischen Sinne kritikwürdig galt u.a. die Artikelserie "Ideologie-Kritik": 15 Nennungen (bezogen auf die Serie insgesamt); darüber hinaus wurden hier noch im speziellen die Serien-Beiträge "Bildungshilfe" (3 Nennungen) und "Marginalität" (2 Nennungen) kritisiert. An Beiträgen wird diesbezüglich weiter genannt: Indonesien-Serie: 3 Nennungen; Artikel zur Sahel-Katastrophe: 3 Nennungen; Guinea-Bissau - nach der Unabhängigkeit: 2 Nennungen (Rest der Nennungen verteilt sich mit je einer Nennung auf verschiedene andere Artikel).

Methodische Kritik an den "blättern" kam relativ häufiger von Nicht-Studenten als von Studenten: Nicht-Studenten: 34 Nennungen (= 68 % der Nennungen insgesamt; Anteil der Nicht-Studenten an dem vorliegenden Sample von 268 beantworteten Fragebögen: 59 %); Studenten: 16 Nennungen (= 32 % gegenüber einer 41prozentigen Repräsentation im Sample). Von den einzelnen Berufsgruppen übten die Lehrer relativ am häufigsten Kritik: 8 Nennungen (= 35 % der Lehrer, die auf die Umfrage reagiert haben). Im weiteren folgen: Schüler mit 9 Nennungen (26 %); Angestellte mit 10 Nennungen (26 %)...

Beurteilung der äußeren Erscheinung der "blätter" (Drucktechnik, Layout, Illustrierung, Einband, Titelblatt ...): Kritik wurde diesbezüglich von 43 Lesern geübt; demgegenüber zeigten sich 184 Leser (68 %) mit dem Äußeren der "blätter" zufrieden; kein Kommentar: 41 Leser. Kritisiert wurde etwa gleich häufig Titelblatt (18 Nennungen), Drucktechnik (17 Nennungen) und die Art der Illustrierung (16 Nennungen).



iz3w-Redakteur bei Auswertung der Leserumfrage

Bei der jetzt noch übrig gebliebenen Frage nach dem Verwendungszweck der "blätter" (gefragt wurde, "wozu benutzen Sie die 'blätter' schwerpunktmäßig?") erwies sich eine Auswertung der eingegangenen Antworten als nicht möglich, da die im Fragebogen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten mißverständlich formuliert waren.

SÜDKOREA

Terror gegen Demokraten

VERHINDERT DEN MORD AN DEN KOREANISCHEN FREIHEITSKÄMPFERN

In Südkorea wurden im Juli dieses Jahres 55 Oppositionelle (53 koreanische, 2 japanische) gegen das faschistische Park-Regime nach einem nur knapp einen Monat dauernden Schauprozeß zu ungewöhnlich harten Strafen verurteilt.

Von dem Militärischen Sondergericht wurden 14 zum Tode, 15 lebenslänglich, 18 zu 20 Jahren, 6 zu 15 Jahren und 2 Japaner zu 20 Jahren Zuchthaus verurteilt. Ihnen wird vorgeworfen, einen kommunistischen Umsturzversuch geplant zu haben.

Die Tatsache ist jedoch: daß die fortschrittlichen Studenten, Intellektuellen und Christen als Vortrupp für das koreanische Volk gegen die skrupellose Unterdrückung und den faschistischen Terror durch das diktatorische Park-Regime kämpfen. Sie haben sich mutig erhoben, um demokratische Verhältnisse im Lande herzustellen.

Wie ist die Lage in Südkorea?

Das sogenannte "Wirtschaftswachstum", auf das das Park-Regime so stolz ist, hat in der Wirklichkeit nur auf die wenigen privilegierten Großunternehmer riesigen Reichtum konzentriert und brachte den Untergang der Mittel- und Kleinbetriebe sowie die Verelendung der Mehrheit des Volkes mit sich.

7 Mill. Südkoreaner sind arbeitslos oder Tagelöhner (Gesamtbevölkerung 32 Mill.). Die Arbeitszeit beträgt zwischen 10 und 12 Stunden am Tag und 6 Tage in der Woche. Und das bei einem Monatsverdienst von 60-80 DM ('Die Armut des Volkes", rororo). Es herrscht akute Lebensmittel- und Energieknappheit. Ein Großteil des Volkes ist ohne Wohnung.

All das sind die Folgen der Wirtschaftspolitik Parks, der die ausländischen Monopole begünstigt und die Wirtschaft nicht nach den nationalen Bedürfnissen und Möglichkeiten ausrichtet.

Zum anderen existieren in Südkorea schon seit langem keine demokratischen Rechte. Nachdem das Park-Regime, das 1961 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen ist, in einer Nacht- und Nebelaktion die Verfassung so abänderte, daß Park eine dritte Kandidatur ermöglicht wurde, und nachdem das Regime mit Hilfe von Panzern und Kanonen das Parlament und die Parteien aufgelöst und willkürlich eine neue Verfassung "Oktober-Yusin" ("Oktober-Erneuerung") geschaffen hat (1972), versucht es jetzt, mit offenem Terror gegen den Willen des koreanischen Volkes sein "Reich" aufrechtzuerhalten.

Presse und Rundfunk werden total zensiert. Man hat keine Redefreiheit, denn man wird überall, in den Städten und in den Dörfern, bespitzelt durch den KCIA (koreanischer Geheimdienst), keine Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, geschweige denn Streikrecht.

In den"blättern des iz3w" Nr.32/33,Febr./März 1974, veröffentlichten wir einen Solidaritätsaufruf für die Belgrader "Praxis"-Sozialisten.Untenstehend ein Bericht über neuerliche Angriffe auf diese Gruppe:

Montag, 30. September 1974
Südd.Zeitung

Jugoslawien vor neuem „Praxis"-Streit?

Sechs marxistische Intellektuelle verurteilt / Professoren protestieren

Von unserem Korrespondenten Olaf Ihlau

Belgrad, 29. September

Die Verurteilung von fünf Studenten und einem Professor durch ein Kreisgericht in Ljubljana droht die sich anbahnende Normalisierung des Verhältnisses zwischen marxistischen Intellektuellen und der Parteiführung in Jugoslawien wieder zu gefährden. Wegen „böswilliger und verleumderischer Darstellung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse" waren am Wochenende in der slowenischen Hauptstadt der Zagreber Philosophieprofessor Lino Veljak und die aus Belgrad, Zagreb und Ljubljana stammenden Philosophiestudenten Milorad Stojanovic, Zoran Djindjic, Mario Rubi, Darko Strajn und Vinko Zalar mit jeweils zehn Monaten Gefängnis bestraft worden.

Hauptsächlich wurde den Angeklagten zur Last gelegt, als Studentendelegierte der drei philosophischen Fakultäten Ende Januar in Ljubljana eine Resolution ausgearbeitet zu haben, die einem „direkten Angriff auf die heutige Gesellschaftsform und die politische Ordnung in Jugoslawien" gleichkomme. Der an alle Universitäten verteilte und gerichtlich verbotene Resolutionsentwurf stellt auf der Linie der linken Belgrader Studentenrebellion vom Juni 1968 eine radikalsozialistische Kritik an innerjugoslawischen Fehlentwicklungen dar. So hieß es, statt bei der Arbeiterklasse liege die Macht im wirtschaftlichen und politischen Bereich in den Händen einer „Elite". Die jugoslawischen Hochschulen wurden als „technokratisch konzipierte Kaderfabriken" und „Hilfsstätten zur Erneuerung des bürokratischen Mechanismus" eingestuft.

Als „geistige Väter" der studentischen Kritik galten jene undogmatischen „Praxis"-Professoren, die sich besonders an der Belgrader Universität monatelang wütenden Attacken des konservativ-orthodoxen Parteiflügels zu erwehren hatten. Anfang August war auf Titos Wink hin diese Auseinandersetzung ganz plötzlich abgebrochen und vom Bund der Kommunisten durch Rückgabe der beschlagnahmten Reisepässe die Bereitschaft zu einem Kompromiß signalisiert worden. Die „Praxis"-Marxisten machten eine völlige Beilegung des Konflikts indes von der Einstellung sämtlicher repressiven Maßnahmen gegenüber den Studenten und von einer Rehabilitierung aller bestraften Sympathisanten abhängig.

In Belgrader „Praxis"-Kreisen macht man jetzt kein Hehl daraus, daß der mühsam gefundene Kompromiß nunmehr ernsthaft gefährdet erscheint. Der Lehrbeauftragtenrat der Belgrader philosophischen Fakultät beschloß am Wochenende, ein Protestschreiben an die serbische Republikführung zu richten.

Aktivitäten des südkoreanischen Geheimdienstes in der BRD

Das Agentennetz des südkoreanischen Geheimdienstes KCIA reicht bis in die BRD: 1967 wurden 17 Südkoreaner nach Korea entführt und dort verurteilt. Der KCIA ist aber auch weiterhin in der BRD tätig: viele der insgesamt 13 000 Südkoreaner, die in der BRD leben, wurden aufgrund regierungsfeindlicher Äußerungen von Karatekämpfern des KCIA zusammengeschlagen. "Man lud sie zu Diskussionen ein und holte sie mit Autos ab. Zum Diskutieren sind sie nach diesen Fahrten nie gekommen. Irgendwo im Wald, in leeren Wohnungen oder auf einsamen Grundstücken gab es dann Schläge." (Stern, 22.11.73) Aus Furcht vor weiterem psychischem oder physischem Druck wagen es die Betroffenen nur selten, die Öffentlichkeit zu informieren. Bekannt geworden ist in letzter Zeit der Fall des Doktoranden Kim Sung-Soo. Er war Vorsitzender der Deutsch-Koreanischen Arbeitsgemeinschaft im Rhein-Main-Gebiet, die den Koreanern (vorwiegend Krankenschwestern) das Einleben in der BRD erleichtern will. Kim Sung-Soo hat im letzten Jahr mehrfach die Politik des Park-Regime kritisiert. Wegen angeblicher "Spionage für Nordvietnam" wurde er daher im November 73 vom südkoreanischen Geheimdienst bedroht und mußte um Asyl in der BRD bitten. (FR, 8.11.73) Anscheinend wollte die südkoreanische Botschaft an Kim ein Exempel statuieren und von der innenpolitisch bedrängten Lage der koreanischen Regierung ablenken.

Zur neueren Entwicklung in Südkorea

Trotz des seit Oktober 1972 verhängten Kriegsrechts gingen die Studenten auf die Straße und verlangten das Ende der faschistischen Herrschaft. Christen und Intellektuelle initiierten eine Kampagne für die Aufhebung der Yusin-Verfassung. Die Antwort darauf waren Notstandsmaßnahmen: Nach Notstandsmaßnahme Nr. 1 (vom 8.1.74) wird jedermann ohne Haftbefehl bis zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, der die derzeitige Verfassung "verleumdet" oder ihre Revision fordert. Die Notstandsmaßnahme Nr. 2 legitimiert die Tätigkeit der KCIA; Kriegsgerichte werden eingesetzt und unbegrenzte Untersuchungshaft wird gebilligt.



Trotz dieser brutalen Unterdrückung demonstrierten die Studenten Anfang April d.J. wieder und forderten Aufhebung des Yusin-Systems und Herstel-

---

PETITION AN DEN PRÄSIDENTEN DER REPUBLIK KOREA

WIR FORDERN:

1. die sofortige und bedingungslose Freilassung aller nach den Ausnahmerechtsverordnungen Nr. 1, 2 und 4 verurteilten, angeklagten und inhaftierten Personen;

2. die sofortige Aufhebung der noch bestehenden Ausnahmeverordnungen und die Auflösung aller in Zusammenhang damit eingerichteten Institutionen und die Erklärung der Nichtigkeit ihrer bisherigen Akte von Anfang an;

3. die Garantierung der Grundrechte und Grundfreiheiten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 und in der Internationalen Konvention über zivile und politische Rechte niedergelegt sind; insbesondere das Verbot der Folter, grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung während des Verhörs und während der Haft; die Sicherstellung eines Verfahrens für politisch Angeklagte vor einem unabhängigen Gericht und die Möglichkeit der Verteidigung nach rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Name	Anschrift	Unterschrift
1		
2		

b.w.

lung der Demokratie, Auflösung des brutalen KCIA, eine grundlegende Veränderung der Wirtschaftspolitik, radikale Steuersenkung, Mindesteinkommen, Freiheit für die Arbeiterbewegung usw. (Forderungen von "Nationale Föderation der Jugend und Studenten für die Demokratie").

Die Antwort des Park-Regimes war Notstandsmaßnahme Nr. 4. Danach wird jegliche Unterstützung oder Sympathie mit der "Nationalen Föderation der Jugend und Studenten für die Demokratie" bestraft und Versammlungen oder Demonstrationen der Studenten streng verboten.

Offiziellen Angaben zufolge waren bis Ende Mai 1974 insgesamt 1024 Oppositionelle verhaftet. Darunter auch die nun Verurteilten. Die Süddeutsche Zeitung berichtet am 26.7.74, daß die Angeklagten nicht schlafen durften; ihnen wurde Wasser in die Nasenlöcher gespritzt und sie mußten immer wieder unter Strom stehende Leitungen berühren, bis sie die vom KCIA vorbereiteten, schriftlichen Geständnisse unterzeichnet hatten. Pfarrer Schneiß von der Ostasienmission, der kürzlich aus Südkorea zurückkehrte, berichtet unter anderem davon, daß dem Herausgeber einer christlichen Zeitung bei den Verhören beide Beine gebrochen wurden, eine Studentin der EWHA-Frauen-Universität auf eine tierische und perverse Art zu Tode gefoltert wurde Nach Angaben des japanischen Magazins "Sekai" wurde ein Student der YOUNSEI-Universität durch Elektrofolter getötet. Professor CHOI Jong-Kil, der schon 1967 aus der BRD entführt wurde, beging während des Verhörs "Selbstmord".

Wir rufen auf zur Solidarität mit den südkoreanischen Widerstandskämpfern! Sammeln Sie Unterschriften für die untenstehende Petition und senden Sie sie an:

KONTAKTADRESSE:
amnesty international BRD
Koordinationsgruppe Korea
5303 Bornheim-Walberberg
Heinrich-von-Berge-Weg 37
Tel. 02227/7132

Die weltweite Empörung hatte bisher schon Erfolg: Notstandsmaßnahmen Nr. 1 und Nr. 4 wurden bereits aufgehoben. Die Lage der Verurteilten bessert sich dadurch aber nicht, und die Notstandsmaßnahme Nr. 2 ist noch in Kraft.

Spenden, die im übrigen steuerabzugsfähig sind, auf eines der beiden folgenden Konten kommen unmittelbar den betroffenen Gefangenen bzw. ihren Familien zugute.

anmnesty international BRD,
Deutsche Bank AG Hamburg,
Konto-Nr. 61/00333,
Verw. Nr. 5000197 -
Vermerk: Aktion

Evangelisches Missionswerk,
Deutsche Bank AG Stuttgart,
Konto-Nr. 96/30005 -
Vermerk: Aktion Südkorea

Dokumente über Verfolgung und Widerstand koreanischer Christen und Kirchen in Korea und in der Bundesrepublik enthält die Broschüre: "Christen und Kirchen für Demokratie und Gerechtigkeit in Korea". (epd-dokumentation Nr. 38/74, 19.8.74)

Umfang: 73 Seiten

Bezugsquelle:
Evangelischer Pressedienst
Frankfurt am Main
Friedrichstr. 34

3

4

5

6

7

8

9

SIEMENS-PROZESS

CABORA-BASSA-PROTEST RECHTSWIDRIG

Am 16.3.1972 fand im Kongreßsaal des Deutschen Museums in München die Aktionärs-Hauptversammlung der Siemens-AG statt. Unter 2500 Teilnehmern befanden sich ca. 60 Cabora Bassa-Gegner (mit je einer Aktie versehen), die durch ihren Protest auf der Hauptversammlung die breite Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen wollten, daß der Bau des Cabora Bassa-Staudamms in Mozambique - der ohne die Beteiligung der Siemens-AG nicht möglich gewesen wäre - gegen die Interessen der afrikanischen Bevölkerung der portugiesischen Kolonie gerichtet war.

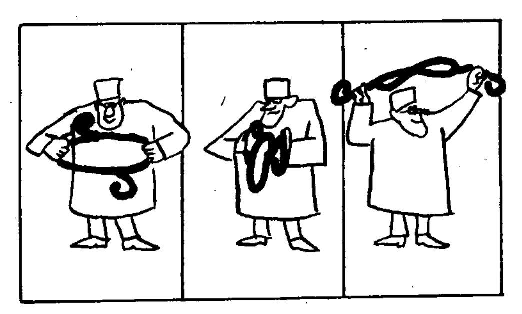
Nach ihrer Ansicht war das Projekt ein - vom heutigen Standpunkt wohl als gescheitert anzusehender - Versuch, das portugiesische Kolonialregime zu stärken und den weißen Block im südlichen Afrika enger zusammenzuschließen. Durch die Einbeziehung ausländischen Kapitals in die koloniale Wirtschaft sollte der Rückhalt der Kolonialpolitik des Caetano-Regimes im Ausland gestärkt und durch die Konzentrierung des Kapitals in der strategisch exponierten Tête-Provinz die Bereitschaft zu ausländischer Militärhilfe gefördert werden.

Nachdem fünf Stunden lang eine Themenpalette, deren Umfang ans Lächerliche grenzte, abgespult worden war, wurden von über 50 Wortmeldungen zu Cabora Bassa eine zugelassen, während alle anderen - trotz aktienrechtlichen Rede- und Auskunftsrechts - untersagt wurden.

Wolf Geisler, Josef Geue und Hartmut Müller hatten darauf mit einer Reihe anderer Cabora Bassa-Gegner das Rednerpodium bestiegen. Nachdem einige Zeit in äußerst friedfertiger Weise über weiteres Rederecht verhandelt wurde, entfernte die Polizei auf Wunsch der Firmenleitung die Cabora Bassa-Gegner vom Podium.

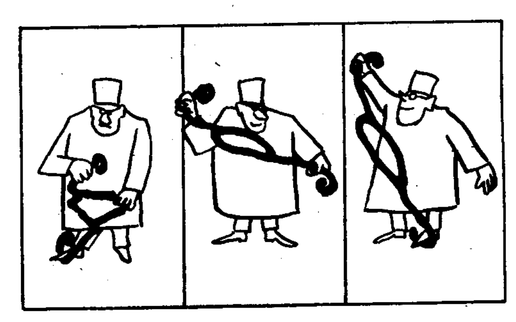
Rechtzeitig zur nächsten Hauptversammlung beantragte die Siemens-AG einen Strafbefehl. Der Widerspruch der Angeklagten blieb erfolglos, die Berufungen der Angeklagten und der Staatsanwaltschaft wurden zurückgewiesen.
Das Bayerische Oberste Landesgericht hat mit Beschluß vom 29. August 1974 - Az: Reg 3 St 148/74 a-c - die Revisionen der Angeklagten gegen das Urteil des Landgerichts München I vom 29. Oktober 1973 entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft als offensichtlich unbegründet verworfen.

Das angefochtene Urteil enthält offensichtliche Rechtsfehler; diese können jedoch nicht vom Bundesgerichtshof - mit dessen Rechtsprechung es deutlich im Widerspruch steht - überprüft werden, da in Bayern für leichtere Strafsachen das Oberste Landesgericht Revisionsinstanz ist. Außerhalb Bayerns gibt es keine entsprechende Instanz, so daß die Möglichkeit, bis zum Bundesgerichtshof zu kommen, meist gegeben ist.



Das Bundesverfassungsgericht könnte durch eine Verfassungsbeschwerde veranlaßt werden, die verfassungsrechtlichen Aspekte des Verfahrens zu überprüfen. Hierfür bestehen theoretisch einige Erfolgschancen; das Gericht ist aber derart überlastet, daß es 98 % aller Verfassungsbeschwerden nicht entscheidet, sondern in Vorprüfungsverfahren ablehnt.

Die Verurteilten haben deshalb beschlossen, auf die Einlegung des letzten noch möglichen Rechtsmittels zu verzichten.



Mag der Siemens-Vorstand angesichts der geänderten Lage in Mozambique bereuen, daß er sich seinerzeit nicht von seinen Kleinaktionären von der Teilnahme an dem verzweifelten Versuch Lissaboner Kolonialisten, ihre Herrschaft in der Tête-Provinz zu stabilisieren, abbringen lassen wollte; mögen Hauptversammlungs-Aktionen mittlerweile von der Solidaritätsbewegung als wenig sinnvoll erkannt worden sein, bemerkenswert und bei zukünftigen Aktionen zu berücksichtigen ist, wie die Justiz dazu tendiert, auf ihre eigenen Legalitätsgrundsätze zu verzichten, wenn sie in Gefahr gerät, politisch mißliebige Bestrebungen zu rechtfertigen.

Anmerkung

1) vgl. 'blätter des iz3w', Nr. 20, 21/22 und 30

Red.

Portugal

PUTSCH IN PORTUGAL

Hintergründe und Konsequenzen

Diese Broschüre enthält neben einer ausführlichen Chronik der Ereignisse (April-Juli) und dem Lebenslauf Spinolas eine sehr gute Analyse der ökonomischen Ursachen, die zum Putsch führten. G. Säumling zeigt hier auf, wie zu Beginn der siebziger Jahre die portugiesischen Kolonien ihre Funktion als wichtigster Rohstofflieferant und Absatzmarkt des "Mutter"landes verloren. Für die fortgeschrittene Kapitalfraktion, die die Aufbauphase zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen abgeschlossen hatte, bedeutete der Kolonialkrieg und der damit verbundene EG-Ausschluß eine zunehmende Behinderung. Das Caetano-Regime war zu erstarrt, um die Politik den neuen langfristigen Interessen des Kapitals anzupassen. So kam es zur "Stunde der Militärs", die (ähnlich wie in Chile) stabile Verhältnisse, d.h. gesicherte Profitchancen garantieren sollten. "Ursache für den Putsch war somit nicht ein jäher Einbruch der Profitrate des Kapitals, sondern das Zerbrechen der langfristigen Stabilität - d.h. die Unfähigkeit des Regimes, den langfristigen Erfordernissen der Profitmaximierung in privater Hand gerecht zu werden." (S. 60) Offen bleibt bei Säumling die Frage, ob die neue Regierung nur ein besserer Garant der privaten Profite ist, oder ob sie die Möglichkeit schafft, die Position der portugiesischen Arbeiter zu stärken.

Umfang: 72 Seiten
Preis: DM 2,--. und Porto (Vorauskasse)
Bezugsquelle:
AKAFRIK, 48 Bielefeld,
August-Bebel-Str. 62

Guinea Bissao

Schule der Befreiung

Im Heft 8/74 des Magazins "Betrifft: erziehung" geben R.-H. Hintze und M. Ruetz einen Bildbericht über das von der PAIGC aufgebaute Schulsystem in Guinea-Bissao.

Thema: "Guinea-Bissao:
Schule der Befreiung"
(S. 25-29)

Türkei

DAYANISMA

Türkei-Information

Die Nr. 2 behandelt aktuelle Ereignisse, die die Situation und politische Auseinandersetzung in der Türkei und hier kennzeichnen:

- die Amnestiefrage in der Türkei
- die Verfolgung fortschrittlicher Arbeiter und Studenten in Westeuropa

Wir wollen in Zukunft unsere Informationsarbeit über die Türkei bzw. die türkischen Emigranten hier verstärken und daher die Türkei-Infos regelmäßig herausgeben.

Abonnement-Preis (5 Nummern incl. Versand) Fr./DM 10,--

Konten:

Türkei-Komitee, Zürich PC 80-55430
(für Schweiz)
Nr. 3978749 Commerzbank Filiale
Marburg/Lahn (K. Strehler) (für BRD)

Türkei-Komitee,
Postfach 299, CH-8035 Zürich

Kambodscha

Die ESG Clausthal gab im Mai 74 ein Info zu Kambodscha heraus. In knapper Form wird zuerst die Geschichte des Befreiungskampfes referiert. Danach wird das Leben in den befreiten Gebieten geschildert und verglichen mit der Lage der Bevölkerung in den von Lon Nol beherrschten Gebieten. Abschließend wird die Rolle aufgezeigt, die der US-Imperialismus in dieser Situation spielt.

Das Info eignet sich als Einführung in diese Problematik. Weiterführende Informationen sind darin jedoch nicht enthalten.

Gegen eine Schutzgebühr von 0,50 DM zu bestellen bei:

Gemeinderat der Evangelischen
Studentengemeinde Clausthal
3392 Clausthal-Zellerfeld
Graupenstr. 1a

BERICHTIGUNG

Die von uns in der Nr. 36/37 auf Seite 3 unten angegebene Adresse der Roten Hilfe Ostwestfalen hatte sich (bereits vor unserer Veröffentlichung) geändert. Sie lautet jetzt: Rote Hilfe Ostwestfalen, c/o Dagmar Riekenberg, 48 Bielefeld, Paulusstr. 37.

Wir bitten um Entschuldigung!

"Es ist eine unglückliche, aber nicht zu umgehende Tatsache, daß der verhängnisvolle Ausgang des chinesischen Bürgerkrieges von der Regierung der Vereinigten Staaten nicht verhindert werden konnte. Der Bürgerkrieg war das Werk von im Inneren Chinas lebendigen Kräf= ten , die wir zu beeinflussen suchten, aber nicht zu beeinflus= sen vermochten."

Außenministerium der USA (Hrsg.), "United States Relations with China", Washington 49,S.XVI

CHILE
SS-STANDARTENFÜHRER IM EINSATZ

Es ist kaum zu glauben: Seit neuestem hilft ein Endlösungsspezialist des Dritten Reiches, das Morden in Chile zu organisieren. Der SS-Standartenführer und Gestapooffizier Walter Rauff wurde zum leitenden Berater der DINA (Direccion de Inteligencia Nacional Anticomunista) ernannt. Die DINA koordiniert die gegen den demokratischen Widerstand gerichteten Aktionen der Geheimdienste und Terrorhorden ("Weiße Garden", Todesschwadrone brasilianischen Musters).

Walter Rauff war verantwortlicher Einsatzleiter der Vergasungswagen, in denen bis Juli 1942 rund 100 000 Juden in Polen, Jugoslawien und der Ukraine vernichtet wurden. Darauf war er Chef des Sicherheitsdienstes in Tunis, dann Leiter des Vernichtungslagers in Chemno. Ab 1944 leitete er den Sicherheitsdienst in Mailand. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches konnte er sich über Ecuador und Bolivien nach Chile absetzen und ließ sich als "Kaufmann" in Punta Arenes nieder. Nichts kennzeichnet das Regime besser als der Einsatz dieses Mannes, dem Gelegenheit gegeben wird, die Reihe seiner Verbrechen fortzusetzen.